

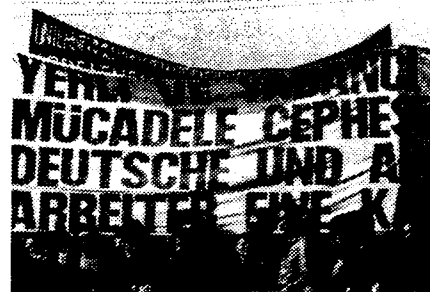
Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Politische Berichte



12. März 1983
Jg. 4 Nr. 5

G 7756 D Preis:
2,50



Ausländergesetzgebung: Zimmermann betreibt die Versklavung der ausländischen Arbeiterbevölkerung Seite 10



Aufschwung: Die Gestaltung des neuen Wirtschaftswunders durch die Kapitalisten Seite 13



BRD-„Entwicklungshilfe“: Das Ministerium bereitet eine Plünderungs- und Erpressungsoffensive vor Seite 29

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des BWK · 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 73 76
Erscheint vierzehntäglich bei: GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte, m.b.H., 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 74 57. Preis: 2,50 DM

<i>Bundestagswahlen:</i> Kohl & Genscher: Wahlcoup gelungen – Vogel: beim Grün-Alternativen-Fangen gescheitert	Seite 3
Erklärung der gemeinsamen Wahlkampfkommission von KPD und BWK vom 8. März 1983	Seite 4
Internationale Pressestimmen zur Bundestagswahl	Seite 5
<i>Aus Politik und Wirtschaft — kurz berichtet</i>	Seite 6
<i>Lohnbewegung Metall:</i> Die Kapitalisten haben es eilig mit Lohnsenkungsabschlüssen	Seite 7
<i>ÖTV-Forderung:</i> 5%, mindestens 110 DM: jeder Abstrich wird teuer	Seite 7
<i>Volkszählung:</i> Die Bourgeoisie soll größeren Nutzen von der Statistik haben	Seite 8
<i>Stahlindustrie:</i> Weichen der „Sanierung“ werden gestellt	Seite 9
<i>Großbritannien:</i> Demonstration gegen rassistische Gesetze	Seite 9
<i>Ausländergesetzgebung:</i> Zimmermann betreibt die Versklavung der ausländischen Arbeiterbevölkerung	Seite 10
§218: 5000 demonstrierten für Streichung des §218	Seite 11
<i>Zivildienstgesetz:</i> Erste Strafbefehle gegen Streikteilnehmer	Seite 12
<i>Aufschwung:</i> Die Gestaltung des neuen Wirtschaftswunders durch die Kapitalisten	Seite 13
Niedriglöhne bei Bosch erleichtern den Kapitalisten die Ausweitung der Schichtarbeit	Seite 14
Die Imperialisten in der EG betreiben die Ausweitung der Schichtarbeit	Seite 16
Wessen Gesundheit durch die Ausbeutung ruiniert ist, den werfen die Kapitalisten aus dem Betrieb	Seite 17
<i>Nachrichten aus der Arbeiterbewegung</i>	Seite 18
<i>Kommunalpolitik:</i> Forderungen des DGB Kreis Mannheim an die Stadt	Seite 19
<i>Krankenhaus:</i> Der Druck auf die Beschäftigten wächst ..	Seite 19
<i>Niedersachsen:</i> Scharfer Angriff der CDU-Landtagsfraktion auf das Bildungsurlaubsgesetz	Seite 20
<i>Daimler-Benz:</i> Ärzte prangern an	Seite 21
<i>Berufsausbildung:</i> Modell „billige Arbeitskraft in Schicht ...“	Seite 21
<i>HBV-Banken-Tarifrunde:</i> Die 6%-Forderung liegt unter dem tatsächlichen Reallohnverlust	Seite 22

Bankgehälter und der „Warenkorb“	Seite 23
<i>Arbeitsbeschaffung:</i> Hamburger Senat: „Arbeit gibt Freiheit“	Seite 23
<i>Werften:</i> „Modell“ Nobiskrug: 5% Lohnsenkung	Seite 23
<i>Die Grünen:</i> Tribunal gegen Erstschlagwaffen	Seite 24
<i>KKW Wyhl:</i> Einrichtung eines Kompaktlagers geplant ..	Seite 24
<i>Bayerische Motorenwerke (BMW):</i> Ein neues Werk, um die Ausbeutung zu steigern für neue, weltweite Erfolge	Seite 25
BMW — „bayerische Perle, auf die wir schon recht stolz sind“ (Strauß, 1982)	Seite 26
Stichwort: Regionale Wirtschaftsförderung	Seite 27
<i>Internationale Nachrichten</i>	Seite 28
<i>BRD-„Entwicklungshilfe“:</i> Das Ministerium bereitet eine Plünderungs- und Erpressungsoffensive vor	Seite 29
<i>Frankreich:</i> Verluste der Linken bei Kommunalwahlen ..	Seite 29
<i>Japan:</i> Kapitalisten wollen Lohnsenkung	Seite 30
<i>Indien:</i> Assam-Wahlen militärisch durchgesetzt	Seite 30
<i>Palästina:</i> Palästinensischer Nationalrat bekräftigt Einheit	Seite 31
<i>Azania:</i> Neue Unterdrückungsgesetze des Regimes	Seite 31
<i>Iran:</i> Vier Jahre nach dem Sturz des Schah noch weit von der Unabhängigkeit entfernt	Seite 32
Dokumente zur Organisation der Arbeiterbewegung im Iran	Seite 33
<i>Aus Kultur und Wissenschaft</i>	Seite 34
<i>Kabarett und Volksmusik:</i> Bayerische Kleinkunst: Gerhard Polt und die Biermösl Blosn	Seite 34
DDR-Science Fiction über die USA	Seite 34
Alemannische Fasnet	Seite 34
Vom Mut der einfachen Menschen	Seite 35
<i>Koalitions- und Streikrecht:</i> Schelsky fordert die Zerschlagung der ÖTV	Seite 35
<i>Siemens-Stiftung:</i> „Der Ernstfall“ oder der „nichtnormierte“ Ausnahmezustand	Seite 36
Abrißwohnungen	Seite 37
Finanzen der Rentenversicherung (II) / Der staatliche Zuschuß	Seite 38
Familienbesteuerung und Steuerklassen	Seite 39

Kohl & Genscher: Wahlcoup gelungen – Vogel: beim Grün-Alternativen-Fangen gescheitert

Die politische Linke in der BRD, so unbrauchbar der Begriff auch ist, um irgendwas Aktionsfähiges zu beschreiben, kann sich für einen Moment geeint fühlen: Sie wünschte die parlamentarische Absegnung von Kohl/Genscher nicht, und diese ist doch eingetreten. Rund 56% der Stimmen für die Regierungskoalition, die offensiv einen Freibrief verlangt hatte, alles per Staatsgewalt aus dem Weg räumen zu dürfen, was den Geschäftserfolg der Kapitalisten in irgendeiner Weise beeinträchtigen könnte, mit diesem Ergebnis hat man sich zu beschäftigen.

Nach diesen Wahlen ist ziemlich klar, wie diese Regierung eine solche Mehrheit gewonnen hat (und ziemlich unklar, wieso fast die ganze Linke davon überrascht werden konnte).

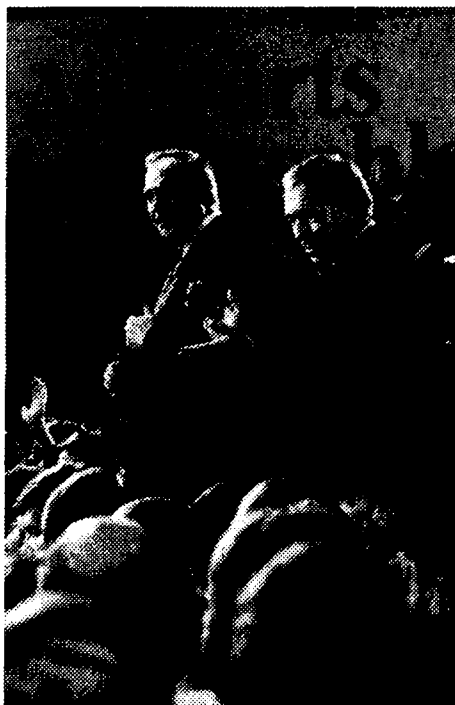
Seit geraumer Zeit sind größere Umwälzungen der technischen Grundlage der großen Industrie absehbar, ja in Gang. Dies führte zu einer merkwürdigen Umkehrung der Situation innerhalb der Kapitalistenklasse. Gewöhnlich machen die großen Kapitalgesellschaften die höchsten Profite. Im letzten Jahrzehnt warteten diese indes technischen Neuentwicklungen ab. Die Rate der Profite auf eingesetztes Kapital sank im Bereich der großen Industrie unter die Profite, die bei Klein- und Mittelbetrieben zu erzielen waren. Diesen wiederum fehlte Kapital für die im kleineren Maßstab oft schon mögliche Umstellung der Produktion auf neue Verfahren. Sie gingen borgen. Die großen Konzerne machten selbstverständlich der Masse nach auch die großen Profite. Sie investierten aber vielfach nicht selber, sondern verborgten diese. Die Regierung aus SPD und FDP kam dem Großkapital, das nicht recht wußte, wohin mit dem Kies, entgegen. Sie eröffnete mit der neuen Ostpolitik neue Märkte und erschloß durch energische Politik im westlichen Bündnis Investitionsmöglichkeiten. Was übrig blieb, nahm sie für ziemlich hohe Zinszahlungen in staatliche Pension. Diese Politik ermöglichte den großen Kapitalien, enorme Zinsen zu nehmen. Das systematische Ansteigen der Zinsen trieb im letzten Jahr auf einen Punkt hin, an dem die sehr große Zahl von Bauern, Handwerkern, Kleingewerbetreibenden und die noch viel größere Zahl der Eigenheimabzahler in ernsthafte Existenzsorgen geraten mußte, und dies zu einem Zeitpunkt, an dem der Arbeitsmarkt von der großen Industrie mit einer beachtlichen Zahl von wegrationalisierten Arbeits-

kräften beschickt wurde. In der Folge schwoll das Geldvermögen der Großkonzerne so an, daß dieses öffentlich rufbar wurde und wahrscheinlich Schwierigkeiten auftraten, es unterzubringen.

Die politischen Vertreter des Eigentums erkannten die Möglichkeiten für einen politischen Coup. Würde man die Staatsverschuldung bremsen, so würden unter diesen Bedingungen die Zinsen fallen müssen. Für die Zinserwartungen der mit den Banken verschmolzenen großen Kapitalien schmerzlich? Aber woher denn, diese haben die vergangenen Jahre genutzt, um sich durch direkte Beteiligung an den kleineren Unternehmungen ihrer Branche sicherzustellen. Übrig bleibt, daß der rasch erfolgte Zinsrückgang sowohl den bankverschuldeten Hand-

Grundtenor sozialdemokratischer Propaganda, nach der das Florieren kapitalistischer Geschäfte Ziel der Politik, weil Voraussetzung des Arbeiterglücks sei. Viele, die von der Entlastung des Eigentums überhaupt nichts spürten, spürten doch, daß die Geschäftserwartungen des Kleingewerbes, des Handwerks und der Industrie optimistischer wurden. Warum dann nicht einer Politik zustimmen, die das Ziel sozialdemokratischer Politik wenigstens zur Hälfte, die Besserung der Lage der Wirtschaft betreffend, immerhin nach dem Urteil eben dieser Wirtschaft näherbrachte?

Sollte sich nun rasch erweisen, daß diese Machenschaften bloß weitere Stockungen provozieren, nun, ein Schuldiger wird sich finden lassen, genau genommen: drei Schuldige. Die



Die Wahlsieger: Kohl, Geißler, Strauß ...



werkern wie den hypotheekenbeladenen Bauern wie auch der unerhörten Zahl der bankgepeinigten Eigenheimbauer eine unmittelbar spürbare Entlastung brachte.

Die Regierungskoalition aus CDU, CSU und F.D.P. gewann diese Wahlen, weil es ihr gelang, eine so große Zahl von an ihrer Existenz verzweifelten Kleineigentümern schnell und spürbar zu entlasten. Sie machte davon nicht so viel her, gewann aber Propagandisten ihrer Politik auf sehr realer Grundlage. Diese rasch gesicherte Ausgangsposition mischte sich mit dem

Arbeiterbewegung und ihre Ansprüche, die Grün-Alternativen und ihre Eigenschaft als Investitionshindernis, die sog. Friedensbewegung, weil ihre Abrüstungsforderungen das Vertrauen im Bündnis stören und Investitionssphären verschließen könnten.

Die Mobilisierung eines Fußvolkes von neuerlich an den Rand der Verzweiflung gedrängten Kleineigentümern kann bisher aus der Geschichte der BRD Bekanntes weit in Schatten stellen.

Um so erfreulicher ist, daß die Versuche, die Grün-Alternativen aufzu-

saugen, erfolglos blieben. Die Unionsparteien ergossen sich in Aufrufen zur Rettung des Waldes, die SPD unter Vogel betonte ihre Abneigung gegen Raketen wie nur je ein Lüstling seine Keuschheit, und die F.D.P. erinnerte an ihren abgeholzten Innenminister. Das alles hat nicht gefruchtet, wenigstens nicht hinreichend.

Warum ist die Bildung der Grün-Alternativen zu einer Partei unter diesen Bedingungen so wichtig? Die soziale Basis der Grün-Alternativen besteht wesentlich im akademisch gebildeten Mittelstand, genauer in jenen Leuten, die ein Leben in Lohnabhängigkeit vor Augen haben, freilich einer Lohnabhängigkeit, die vom Zwang zu harter körperlicher Arbeit ausgenommen ist

und ein Lohneinkommen hat oder in Aussicht hat, das die ärgste materielle Enge erspart.

Die Kapitalisten brauchen dieses Personal zur Organisation und Leitung ihrer Produktion sowie der Staatsverwaltung. Der Wahlausgang zeigt, daß ein beträchtlich großer Teil dieser Leute von einem tiefen Mißtrauen gegenüber den Kapitaleignern, denen sie dienen, oder dem Staatsapparat, in dem sie dienen, befallen ist.

Weit verbreitet ist die Enttäuschung, daß das Wahlergebnis die Grün-Alternativen nicht in die Rolle einer Sperrminorität gebracht hat; weit verbreitet im bürgerlichen Lager die Absicht, die Grün-Alternativen zunächst in die Schranken des Rechtsstaates einzu-

sperrern und sodann als bedeutungslos wieder aus der politischen Arena zu schicken. Wie man hören konnte, erklären die Grün-Alternativen nun, ihre Position durch außerparlamentarische Aktionen festigen zu wollen. Dies klingt gut, aber wäre es nicht wichtig, einmal festzustellen, wozu die jetzt bestehende Bundestagsfraktion der Grün-Alternativen nützlich sein soll?

Es ist nicht egal, ob sie der anlaufenden deutschlandpolitischen Offensive entgegenreten oder nicht. Es ist nicht egal, ob sie die Maßnahmen gegen die Arbeiterbevölkerung ausländischer Staatsangehörigkeit dort schweigend dahingehen lassen oder nicht. Es ist nicht egal, wie sie sich zur 2%-Lohnvorgabe für den öffentlichen Dienst

Erklärung der gemeinsamen Wahlkampfkommission von KPD und BWK vom 8. März 1983

Das hauptsächliche Ergebnis der Bundestagswahl ist eindeutig: Die politische Reaktion und die hinter ihr stehenden finanzkapitalistischen Kreise haben einen klaren Sieg davongetragen, die Arbeiterbewegung und die Linke haben eine schwere Niederlage erlitten.

Eine starke Mehrheit der wahlberechtigten Bevölkerung hat mit der CDU/CSU und der FDP den Parteien ihre Stimme gegeben, die

- im Wahlkampf deutlich wie seit langem nicht mehr die Unterstützung der Kapitalisten hatten;
- die Steigerung der Unternehmergewinne durch die erzwungene Opferbereitschaft der Arbeiter und Angestellten und der ärmeren Bevölkerungsschichten im allgemeinen zur Leitlinie der Wirtschafts- und Sozialpolitik erhoben haben;
- am eindeutigsten für die Stationierung der Mittelstreckenraketen in der BRD, für die NATO, für eine großdeutsche Offensive und den Kurs verstärkter Konfrontation und Bedrohung gegenüber der Sowjetunion und den Staaten des Warschauer Pakts eintreten;
- durch den Abbau der demokratischen Rechte und Freiheiten, durch den Ausbau des staatlichen Unterdrückungsapparates, den verstärkten Druck auf die Gewerkschaften und die fortschrittlichen Organisationen, durch die Hetze gegen die ausländischen Kolleginnen und Kollegen „Deutschland wieder in Ordnung bringen“ wollen.

Der Wahlsieg der Reaktion kann nicht umstandslos als Zustimmung der Mehrheit der Bevölkerung zu diesen umfassenden reaktionären und aggressiven Bestrebungen gewertet werden. Die Verschlechterung der

Lebenslage der Massen in den letzten Jahren der SPD-geführten Bundesregierung hat bei vielen die Hoffnung geweckt, eine Unions-geführte Regierung könne vielleicht doch die Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage der Massen und insbesondere ein weiteres Anwachsen der Arbeitslosigkeit aufhalten und die Tendenz vielleicht sogar umkehren.

Sobald und soweit die Hoffnung zusammenbricht, daß im Aufschwung kapitalistischer Geschäftsmacherei wenigstens ein paar Brocken für die Volksmassen abfallen, wird man Sündenböcke brauchen: die Gewerkschaftsbewegung, weil deren Ansprüche die Geschäftserwartungen mindern, die Grün-Alternativen, weil ihre Kritik Investitionen blockiert.

Die Regierung aus CDU, CSU und FDP wird den unvermeidlichen Verschleiß ihres Schwindels durch Hetzkampagnen und verstärkte staatliche Unterdrückung der Gewerkschaften und der Grün-Alternativen auszugleichen suchen.

Die SPD führte einen Wahlkampf zwecks Aufsaugen der Grün-Alternativen. Unter der Parole „im deutschen Interesse“ vermied sie es sorgfältig, Widerstandsabsichten in der Arbeiterbewegung Anhaltspunkte zu liefern. In Betracht der Geschichte der Sozialdemokratie ist zu befürchten, daß ihre Haltung zu Klassenkämpfen von der Absicht bestimmt sein wird, sich den Kapitalisten als Regierungspartei neuerlich akzeptabel zu machen.

Die Kapitalisten haben bei dieser Wahl ihr Ziel erreicht. Die reaktionäre Formierung gegen die Arbeiterbewegung und die Linkskräfte ist fortgeschritten. Die Wende zur politischen und sozialen Reaktion kann nun mit einer sicheren parlamentarischen

Mehrheit vorangetrieben werden. Die Notwendigkeit zu Zugeständnissen an die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung, um parlamentarische Mehrheiten herzustellen, besteht für die Kapitalisten nicht. Die Tatsache, daß den Grünen der Einzug ins Parlament gelungen ist, ist zu begrüßen. Das Ergebnis der Wahl hat aber die Hoffnungen von vielen zunichte gemacht, dem Vormarsch der Reaktion durch die Wahl der SPD oder der Grünen kurzfristig parlamentarisch den Weg verstellen zu können. Wir meinen: Um so mehr geht es jetzt darum, im Klassenkampf, im außerparlamentarischen Massenkampf eine starke Front gegen die Offensive der Reaktion zu schaffen.

Das von BWK und KPD getragene Wahlbündnis revolutionärer Sozialisten hat diesen Gedanken bereits in seiner Wahlkampfführung zum Ausdruck gebracht. Das Wahlergebnis von 6000 Stimmen entspricht unseren Erwartungen. Denn ein Teil der revolutionären Sozialisten hat bei dieser Wahl durch eine Stimmabgabe zugunsten der SPD oder der Grünen versucht, Einfluß auf die Mehrheitsverhältnisse im Parlament zu nehmen, andere haben sich für Wahlboykott ausgesprochen.

BWK und KPD sind im Wahlkampf auch für die verstärkte Zusammenarbeit zwischen den revolutionären Organisationen und für den Gedanken der Vereinigung der revolutionären Sozialisten eingetreten. Daß eine gemeinsame revolutionäre Tätigkeit von Organisationen mit durchaus unterschiedlichen Auffassungen möglich ist, hat der gemeinsame Wahlkampf von BWK und KPD gezeigt. BWK und KPD sind sich einig, daß die Bemühungen um die Zusammenarbeit revolutionärer Organisationen und den Zusammenschluß der revolutionären Sozialisten verstärkt fortgesetzt werden müssen.

stellen. Kurzum, wer jetzt meint, es käme auf Gerede nicht an und es würden nur sog. Taten zählen, der irrt sehr.

Nicht wenige, das soll zum Abschluß bemerkt sein, erhoffen sich von einer in die Opposition geworfenen SPD Impulse für den Klassenkampf der Arbeiter. Diese Zukunftsvision können wir überhaupt nicht teilen. Sie, die SPD, wird sich vielmehr mit größtem Eifer der Aufgabe widmen, jegliche Opposition, die soziale und politische Interessen der ausgebeuteten und unterdrückten Klassen über die gegenwärtige Gesellschaftsordnung stellt, aufzusaugen. Sie wird jede weitere Verschlechterung



... und Graf Lambsdorff

des Arbeiterlebens genießerisch mit ansehen und sich in dem Argument wälzen, daß man daran sehen könne, wie notwendig ihre Rückführung an die Regierung sei. Sie wird den Satan tun und etwa Kämpfen der Arbeiterbewegung einen politischen Anhaltspunkt geben. Das Nahziel ihres Wahlkampfes war die Aufsaugung der Grün-Alternativen, dies bleibt auch ihr nächstes Ziel.

Die Entwicklung der Lage der Arbeiterklasse wird in den nächsten Jahren von ihrer Fähigkeit abhängen, sich politisch neu zu ordnen. Folgt sie der SPD, so bleibt sie dem Rechtsstaat ausgeliefert. Will sie kämpfen, so wird die Sozialdemokratische Partei als Hindernis in Erscheinung treten. Das wird ohne Zweifel Krach in der SPD geben. Aber solche Kräche ist der SPD-Partei-körper gewöhnt und scheidet die entsprechenden Kräfte aus.

Wir werden im nächsten Heft über die Politik der revolutionären Linken zu diesen Bundestagswahlen schreiben. Einstweilen liegen noch nicht ausreichend Stellungnahmen vor. Fest steht unserer Meinung nach allerdings, daß die revolutionäre Linke Fortschritte in der Kritik des Kapitalismus am meisten nötig hat. Viele meinen, Kohl sei ein Tölpel. Andere meinen, seine Wähler seien Tölpel. Wer sich wirklich über-tölpelt fühlen sollte: wir alle.

Internationale Pressestimmen zur Bundestagswahl

NRC Handelsblad (Niederlande), 7.3. 1983: „Bundestkanzler Kohl hat nach dem Sieg erklärt, die Politik der Mitte, die er seit seiner Amtseinführung betrieben hat, auf ganzer Linie fortzusetzen. Wir hoffen, daß ihm das gegen die CSU gelingt, die aus den deutschen Christdemokraten eine konservative Macht machen will. Dies wird nicht nur für die Innenpolitik der Bundesrepublik von Belang sein, sondern auch für die Außenpolitik. Die konservativen Kräfte wollen nämlich neben einer unnötigen Schärfe in den Ost-West-Beziehungen auch im mittleren Osten und im südlichen Afrika einen anderen Kurs fahren als Genscher.“

Le Figaro (Frankreich), 8.3. 1983: „Die Deutschen haben für die Sicherheit, die Expansion und eine stabile Regierung in einer sich verändernden Gesellschaft und Welt gestimmt. Die ‚konservative‘ Dominante, die des gesunden Menschenverstandes, gewinnt zum erstenmal seit Adenauer die Oberhand über die ‚progressistische‘ Richtung, die der Einbildung – oder der Utopie. Das ist wahrhaftig eine in bezug auf die Gesellschaft und die Weltanschauung historische Wahl, die die Weichen für die achtziger Jahre stellt – und vielleicht darüber hinaus.“

Kurier (Österreich), 7.3. 1983: „Die Grünen könnten als Brückenbauer zwischen Parlament und Bürgerinitiativen ein politischer Sauerbrunnen werden. Sollten sie aber durch den Druck der Straße ihr parlamentarisches Gewicht über jenes Maß hinaus vergrößern wollen, das ihnen der Wähler zugewiesen hat, dann wird die deutsche Politik um eine klärende Konfrontation nicht herumkommen. Helmut Kohl hat am Sonntag genügend Rückendeckung erhalten, um sich auch solchen möglichen Herausforderungen stellen zu können.“

Corriere della sera (Italien), 8.3. 1983: „Außenminister Emilio Colombo hat bei der Abreise nach Washington ... eine Erklärung zu den Wahlen in der BRD abgegeben: ‚Die deutschen Wähler‘, hat Colombo erklärt, ‚haben die Konditionierungsversuche des Ostens zum grundlegenden Problem der gemeinsamen Verteidigung zurückgewiesen und diejenigen belohnt, die sich am eindeutigsten gegen diese Versuche gewandt

hatten. Die westliche Position für Verhandlungen ist dadurch gestärkt und der Weg zu Verhandlungen eröffnet ... gegenüber denen jetzt die Sowjetunion Realismus und guten Willen beweisen muß.“

El Pais (Spanien), 7.3. 1983: „Das Bonner Kanzleramt bleibt in Händen der Christdemokraten, die mit den Liberalen koalieren ... 13 Jahre der Sozialdemokratie sind begraben mit dem erdrückenden Sieg Kohls ... Die vier Prioritäten dieses nach rechts abgeglittenen Deutschland sind Ordnung des Haushalts ... Beschäftigung und Wirtschaftsaufschwung, Frieden und Freiheit mit weniger Waffen und Gesellschaft mit menschlichem Gesicht. Die SPD kündigte an, daß Vogel die Führung der zukünftigen Parlamentsopposition übernehmen werde ... aber gestern hörte man in der Parteizentrale schon die Stimmen der Männer der Rechten in der SPD, die ... eine Wendung der SPD zu Positionen der Mitte fordern ... Petra Kelly kündigte parlamentarische Opposition gegen die Stationierung der neuen Atomraketen an und sagte, daß der außerparlamentarische Kampf fortgesetzt werde.“

Financial Times (Großbritannien), 8.3. 1983: „Die Sozialdemokraten haben, seitdem die Partei auf der Bad Godesberger Konferenz der 50er Jahre mit dem Marxismus brach, eine bemerkenswert gute Zeit hinter sich ... Die Koalition von Herrn Kohl, obwohl von einer anderen Persönlichkeit geführt, kann sich als nicht viel anders herausstellen als Herr Schmidt zu seinen besten Zeiten. Die Trennlinie war nie besonders scharf.“

Wall Street Journal (USA), 8.3. 1983: „Es gibt viele Gründe der Zufriedenheit mit Helmut Kohls entscheidendem Wahlsieg in den Wahlen am Sonntag. Die westdeutschen Wähler haben Jurij Andropow einen schmerzenden Tadel für seine frechen Versuche erteilt, die Wahl zu manipulieren ... Die westdeutschen Wähler haben deutlich gemacht, daß sie in der Allianz bleiben wollen. Die Anstrengungen der Sozialdemokraten, ihre Linke zufriedenzustellen, indem sie neutralistische und anti-amerikanische Gefühle hochspielten, haben schlicht nicht funktioniert.“

Wohngeld gekürzt bei steigenden Mieten

Am 1. März trat das neue Wohngeldgesetz in Kraft. Die Behauptungen der CDU/CSU/FDP-Regierung, daß ihre Mietgesetzgebung auf keinen Fall den armen und Sozialmietern Nachteile bringen werde, wird damit Lügen gestraft. Die Kürzungen und Streichungen, die mit diesem Gesetz wirksam werden, sind zutiefst christlich-familienfördernd: Weniger Wohngeld erhalten etwa 670000 Schwerbehinderte. Die Freibeträge, die sie bislang erhielten, weil sie aufgrund ihrer Behinderung in der Regel teurere Wohnungen mieten müssen, entfallen. Sollen sie doch künftig enger mit ihren Familien zusammenrücken, wenn sie die Miete nicht mehr zahlen können! Studenten und Schüler, die BAFöG beziehen, können künftig kein Wohngeld mehr erhalten — wenn einer arm ist

und dann noch studieren will, soll er gefälligst bei seinen Eltern wohnen bleiben! Wohngeldansprüche von weniger als 20 DM monatlich entfallen. Das Wohnungsbauministerium schätzt, daß Bund und Länder mit diesem Gesetz 1983 und 1984 rund 200 Mio. DM weniger Wohngeld zahlen werden. Allerdings sollen dafür in den Gemeinden die Ausgaben für Sozialhilfe um rund 50 Mio. DM ansteigen. Das Ministerium erwartet sinkende Wohngeldausgaben trotz zu erwartender und zum Teil schon wirksam gewordener drastischer Mietsteigerungen. So sind nach Erhebungen des Mieterbundes die Mieten im Januar 1983 gegenüber Dezember 1982 fünfmal so stark gestiegen wie die Lebenshaltungskosten. Auch im Februar hätten erneut viele Hausbesitzer ihre Mieten erhöht — das

Anfang des Jahres in Kraft getretene neue Mietgesetz hat ihnen Mietsteigerungen leichter gemacht. Am höchsten waren die Mieterhöhungen in den „Altbauwohnungen ohne Komfort“. Daß die Hausbesitzer der schlechtesten Wohnungen ihre Marktposition so verbessern konnten, mag mit der wachsenden Zahl derjenigen zusammenhängen, die mit sinkendem Lohnstandard sich eine einigermaßen ausgestattete Wohnung nicht mehr leisten können. So berichten Wohnungsbaugesellschaften, daß die Zahl der Mietschuldner seit langem nicht mehr so hoch war, und in München ergehen täglich 7 Räumungsurteile, 4 davon gegen Mietschuldner. Der Mieterbund berichtet von Plänen Schneiders, der den Hausbesitzern auch der heruntergekommensten Wohnungen neue Marktchancen verspricht: Die Sozialmieten sollen schrittweise auf die „freie Marktmiete erhöht werden“.

Asylantenbeseitigung und neue Kredite

Die Zahlung erfolgte prompt: Am 3. März, knapp drei Monate nachdem CDU/CSU und FDP die Sperrung der Türkeihilfe aufgehoben hatten, meldete die Militärjunta aus Ankara den Empfang der Gelder. 594,4 Mio. DM hat die Bundesregierung nachträglich für 1982 überwiesen, 264,4 Mio. DM als „allgemeine Finanzhilfe“, 130 Mio. DM als „projektgebundene Entwicklungshilfe“ und einen Handelskredit von 200 Mio. DM. Zusammen mit den im Haushalt 1983 vorgesehenen Zahlungen und der Militärhilfe wird die Militärjunta damit in diesem Jahr über 1 Mrd. DM von den westdeutschen Imperialisten bekommen, um ihr Unterdrückungswerk gegen die Arbeiter und Bauern in der Türkei fortzusetzen. Genauso prompt, wie sie die Kredite an die Junta zahlen, verweigern die BRD-Imperialisten inzwischen in der BRD den Gegnern der Militärjunta das Asylrecht und entwickeln dabei eine Praxis, die an Brutalität und Zynismus kaum noch zu überbieten ist. Am 1. März, um den bislang letzten Fall dieser Art zu nehmen, wurden erneut 40 abgewiesene Asylbewerber wegen „unbegründeter Anträge“ in die Türkei abgeschoben. Bei ihrer Ankunft wurden sie so-

fort von den Militärs verhaftet. Über ihr weiteres Schicksal, so die Auskunft der Junta, werde das Innenministerium entscheiden. Insgesamt 30 einzig wegen politischem Widerstand gegen die Junta gesuchte Asylbewerber hat die Bundesregierung im vergangenen Jahr nachweislich wieder in die Türkei abgeschoben, weitere 80 warten auf eine endgültige Entscheidung. Ende März muß nun erstmals das Bundesverfassungsgericht über diese Asylantenbeseitigungspraxis der Bundesregierung entscheiden. Ihm liegt eine Klage von Amnesty International und von einem türkischen Asylbewerber vor, der schon vor seiner Flucht aus der Türkei von der Junta schwer gefoltert wurde und jetzt mit einem fingierten Totschlag-Vorwurf wieder abgeschoben werden soll.

Zimmermanns „Job-Sharing“-Pläne

Das Innenministerium will Einzelheiten „intern“ halten. Zimmermann hat jetzt an die Dienststellenleiter der Bundesbehörden „Hinweise“ herausgegeben, wie bestehende tarifvertragliche und beamtenrechtliche Schranken sowie Einsprüche von Personalvertretungen gegen das „Job-Sharing“ bei diesen Behörden zu

umgehen sind. Künftig sollen die Bundesbehörden (und nach deren Muster Länder und Gemeinden) Arbeitsverträge abschließen, bei denen zwei Beschäftigte für eine Tätigkeit eingestellt werden. Die Beschäftigten müssen sich verpflichten, eine „kontinuierliche Aufgabenerfüllung“ zu gewährleisten: Ist der eine krank, muß der andere für ihn arbeiten. Das Innenministerium beabsichtigt mit „Job-Sharing“-Verträgen, neue Maßstäbe der Arbeitsintensität für die Beschäftigten zu setzen. Während der Lohn entsprechend der jeweiligen Arbeitszeit nur einen Bruchteil des Tariflohns ausmacht, soll allerdings die Arbeitskraft jeweils voll vernutzt werden. Zimmermann weist die Behördenleiter für mögliche „Job-Sharing“-Arbeitsverträge auf jene Tätigkeiten hin, bei denen das besonders leicht möglich ist, weil anfallende Aufgaben „nacheinander sachgerecht erledigt werden können“ — Schreibarbeiten im Akkord etwa, bei denen in vier Stunden soviel Arbeitsleistung abgepreßt werden soll, wie sonst in acht. Die ÖTV-Vorsitzende Wulf-Mathies protestierte gegen die Absichten Zimmermanns, wenn auch mit einem schwachen Argument: „Job-Sharing“ schaffe keine neuen Arbeitsplätze, sondern zerteile nur bestehende.

„Tendenzschutz“ à la Zimmermann

Wenn es um die Unterdrückung gewerkschaftlicher Rechte, um Lohnsenkungen und Angriffe auf den Lebensstandard der Lohnabhängigen in der BRD geht, dann waren die beiden christlichen Kirchen schon immer für jeden Angriff der Kapitalisten zu haben. Wenn sie nicht sogar den Vorreiter abgaben. Jetzt hat das Diakonische Werk der Evangelischen Kirche erneut eine solche Vorreiterrolle übernommen. Am 3. März, einem Tag nach Veröffentlichung des Zimmermannschen Kommissionsberichts zur künftigen Ausländerpolitik, beschloß der Diakonische Rat, das oberste Gremium des Diakonischen Werks in der BRD, daß von den 260000 Lohnabhängigen, von deren Arbeit sich das Diakonische Werk in der BRD nützt, künftig nur noch diejenigen für „Mitarbeitervertretungen“ wählbar sein sollen, die Mitglied einer christlichen Kirche in der BRD sind. Auch wenn uns der genaue Wortlaut der Verordnung bei Redaktionsschluß noch nicht vorlag, steht doch soviel fest: Der Beschluß bedeutet die Ausschließung sämtlicher ausländischen Lohnabhängigen beim Diakonischen Werk sowie aller westdeutschen, die nicht Mitglied einer der beiden Kirchen sind, vom passiven Wahlrecht zu diesen — sowieso in ihren Rechten völlig verstümmelten — Vertretungsorganen. So hat die Hauptmitarbeitervertretung der Westberliner Beschäftigten beim Diakonischen Werk in einem Protestschreiben gegen die Entscheidung darauf hingewiesen, daß allein an mehreren Westberliner Krankenhäusern des Diakonischen Werks auf diese Weise 40 bis 50% der Belegschaften vom passiven Wahlrecht ausgeschlossen werden — insbesondere diejenigen, die sowieso die schwerste und schlechtestbezahlte Arbeit leisten. Bei allen bestehenden Mitarbeitervertretungen des Diakonischen Werks zusammen werden bis zu 50% der jetzigen Vertreter nicht wiedergewählt werden können, da sie entweder Juden, nicht Mitglied einer christlichen Kirche in der BRD oder — was für den größten Teil von ihnen gilt — Ausländer sind. „Betriebsgemeinschaft“ à la EKD. Die Kapitalisten werden sich für diesen prompten Vollzug der Zimmermannschen Ausländer-Richtlinien bedanken.

Die Kapitalisten haben es eilig mit Lohnsenkungsabschlüssen

Bei Abschluß dieses Artikels hat die fünfte Verhandlungsrunde in Bayern noch nicht stattgefunden. In diesem Tarifbezirk aber wollen die Metallkapitalisten einen raschen Leitabschluß erreichen und, den Anzeichen nach, die IG Metall auch.

Erste Abschlüsse liegen indessen schon vor. Mehrere Unternehmen außerhalb des Metallkapitalistenverbands im Kreis Lippe haben mit 3,2 bis 3,8% mit der IG Metall abgeschlossen. Bei VW wurden am 1.3. in den Beginn der Warnstreikaktionen hinein 4% auf 15 Monate, beginnend mit dem 1.2. 1983, ausgehandelt. Auf zwölf Monate gerechnet sind das 3,2% und damit weniger, als ein Teil der Metallkapitalisten schon unter der Hand zu zahlen angedeutet hatte. Ein Mindestbetrag ist nicht vereinbart und war dort wie auch in anderen Tarifbereichen mit der Forderung nach Ausgleich der Inflationsrate nicht gefordert worden. Mit den 15 Monaten Laufzeit kriegen die VW-Kapitalisten drei Monate Lohnpause, nicht jetzt, wie bisher von den Kapitalisten gefordert, aber auf das letzte Vierteljahr des Tarifs. Und sie erzielen obendrein eine Aufsplitterung der Kräfte der Gewerkschaftsbewegung in der Metallindustrie durch Auskoppelung einer Konzernbelegschaft, deren Lohnbewegung obendrein in Richtung Urlaubszeit gedrückt werden könnte. Hinzu kommt: Zum Ende dieses Jahres läuft der Tarifvertrag zur Wochenarbeitszeit aus, und der Hauptvorstand der IG Metall hat als tarifpolitischen Schwerpunkt des nächsten Jahres die Verkürzung der Arbeitszeit angekündigt. Bei 15 Monaten

Laufzeit der Lohn- und Gehaltstarifverträge würde zum Jahresanfang über die Arbeitszeit, fünf Monate später über Löhne und Gehälter verhandelt. Über die Arbeitszeit könnten die Kapitalisten verhandeln auf der Basis, daß sie dreimal die Löhne real gesenkt und damit den finanziellen Druck auf die Belegschaften in Richtung Überstunden und Samstagsarbeit gesteigert haben.

Gesamtmittel hat, wie bei jedem Tarifabschluß üblich, in der Öffentlichkeit über den VW-Abschluß geschimpft. Er passe nicht in die Konjunkturlandschaft, eine Lohnpause sei schon jetzt nötig usw. Das „Handelsblatt“ indessen schrieb über seine Berichterstattung zu VW: „Die Fronten sind endlich in Bewegung geraten“ und stellte nicht ohne Befriedigung fest, daß jetzt definitiv heraus sei, daß die Spitze der IG Metall mit 3,2% auf 12 Monate zu packen sei. Und Gesamtmittel wurde einigermaßen dringlich nahegelegt, nicht unnötig zu mauern, sondern die 3,2% bzw. etwas darunter zum Abschlußziel zu machen und die unübersehbare Kompromißbereitschaft der IGM-Spitze auszunutzen.

Wieder einmal war es Hans Janßen vom Hauptvorstand der IG Metall gewesen, der es als seine hohe Tarifexpertenpflicht angesehen hatte, den VW-Abschluß, obschon doch unbestreitbar eine Fortsetzung der Lohnsenkungen und im Gegensatz zu Zielsetzungen und Forderungen der Tarifkommissionen, als „Zeichen sozialer Vernunft“ zu loben. Der Abschluß sei gar „dem Ziel Ausgleich der Preissteigerungsrate sehr nahe“. Und wem es

dann immer noch nicht klar gewesen sein sollte, der erfuhr, daß die regionalen Verhandlungskommissionen der Metallindustriellen nun an diesem Ergebnis nicht vorbeikämen.

Ungefähr 250 000 haben in der ersten Märzwoche an Warnstreiks, Demonstrationen und Kundgebungen gegen die Metallkapitalisten teilgenommen, auch danach wurden die Aktionen fortgesetzt. Häufig haben Vertrauensleutkörper mit Flugblattaktionen von den jeweiligen Kapitalisten die Erfüllung der Forderungen verlangt. Sie haben dabei zumeist auf die Lage der Beschäftigten in den unteren Lohngruppen hingewiesen und auf Mindestforderungen bestanden. Die Mahnung des „Handelsblatts“, die Kapitalisten sollten sich bei den Tarifverhandlungen sputen, deutet auf die Furcht, daß es doch noch zu Urabstimmung und Streik kommen könnte. Bereitschaft dazu wurde mit den Aktionen der letzten Tage demonstriert.

Quellenhinweis: Handelsblatt; IGM-Tarifinformationen; BWK-Nachrichtendienst

ÖTV-Forderung

5%, mindestens 110 DM: jeder Abstrich wird teuer

Am 23.2. stellte die Große Tarifkommission der ÖTV die Forderung für die ca. 2,7 Mio. Arbeiter und Angestellten im Öffentlichen Dienst auf: Erhöhung der Löhne und Gehälter um 5%, mindestens 110 DM, Laufzeit ab 1.3. zwölf Monate; 30 Tage Urlaub für alle ab 1.1. 1983.

Der oberste Dienstherr Zimmermann verfolgt vor allem zwei Ziele: das gesetzliche 2%-Lohndiktat gegen die Beamten auf den gesamten öffentlichen Dienst auszuweiten und überproportionale Anhebungen der unteren Lohn- und Gehaltsgruppen zu verhindern. Gegen diese Absichten ist die Forderung der ÖTV schwach, aber nicht hoffnungslos.

Eine 5%-Erhöhung gleicht für die Masse der Lohnabhängigen die zu erwartenden Preissteigerungen (einschließlich der Mehrwertsteuererhöhung) nicht aus, geschweige denn die Reallohn- und -gehaltsverluste des letzten Jahres. Daß die Große Tarifkommission der ÖTV eine Mindestforderung aufgestellt hat, ist unbedingt zu begrüßen. Doch die Sache hat einen großen Pferdefuß. Die 110-DM-Mindestforderung ist so niedrig, daß nur die Arbeiter und Angestellten mit weniger als 2200 DM brutto mehr bekommen als bei einer 5%-Erhöhung, und dann auch nicht genug, um den Reallohn zu sichern. Man muß befürchten, daß der ÖTV Ähnliches widerfährt wie im letzten Jahr. 1982 hatte sie die vom



Stuttgarter Metallarbeiter gegen Baden-Württembergs Kapitalistenchef Stihl

damaligen Innenminister Baum geplante 1%-Kürzung, Bestandteil des Haushaltsstrukturgesetzes, zwar zurückgeschlagen und damit das Tarifrecht im öffentlichen Dienst als wichtiges Prinzip verteidigt. Zugleich aber hatte sie einem Abschluß zugestimmt, der so weit z.B. unter dem Metallabschluß lag, daß die Beschäftigten im öffentlichen Dienst mit dem Metallabschluß minus der 1%-Kürzung sich 1982/83 besser gestanden hätten. In diesem Jahr nun schickt sich die ÖTV an, die Anhebung der unteren Lohn- und Gehaltsgruppen als Prinzip zwar zu verteidigen, durch die niedrige Höhe der Mindestforderung praktisch jedoch etwas lächerlich zu machen.

Trotzdem werden die Lohnabhängigen im öffentlichen Dienst gerade um

diese Mindestforderung hart kämpfen müssen. Innenminister Zimmermann hat sich sofort darauf eingeschossen und will sie unbedingt vom Tisch haben. Zweitens ist aus den Erfahrungen so mancher Lohnauseinandersetzung zu befürchten, daß Mindestforderungen zuallererst fallengelassen werden; bei einem Abschluß aber wie bei VW von 4% (ohne die 15 Monate) würden 110 DM mindestens allen Arbeitern und Angestellten bis ungefähr 3200 DM brutto nützen. Drittens schließlich: 110 DM sind für einen größeren Teil der Beamten mehr als 2%. Die Beseitigung des gesetzlichen Lohndiktats gegen Beamte wird bei voller Verteidigung der Mindestanhebung erleichtert.

Quellenhinweis: Das ÖTV-Magazin, Nr. 3, März 1983; Politische Berichte 10/82, S. 7.

personals nur noch alle drei Jahre und dergleichen mehr. Zwar hat die neue Bundesregierung sich zum Fürsprecher der Kapitalisten gemacht, die ihrerseits Weiterführung der bisherigen Lohnstatistik nach Größenklassen verlangt haben, hat aber zahlreichen anderen Wegfällen, wo die Daten für die Lohnabhängigen von Interesse wären, zugestimmt, u.a. auf dem Gebiet der Umweltstatistik und der Bodennutzungs- und Ernteerhebung. Durch Vermeidung der Feststellung der Einkommen zugleich mit dem Haushaltsbogen sind die Kapitalisten und ihr Troß fein heraus, denn nun müssen sie nirgendwo Angaben über ihre Einkünfte machen. Das Statistikbereinigungsgesetz hatte sie bereits von der Erbschaftssteuerstatistik befreit. Der bürgerliche Staat aber erhält immer noch genügend Anhaltspunkte zwecks Planung seiner Steuer- und Rentengesetzgebung.

Gegen die Volkszählung wendet sich eine Bewegung, die in ihren Motiven sehr gemischt ist. Viele empören sich über die Ausforschung im privaten Bereich, die über die Wohnungs- und Haushaltsbögen betrieben wird. Viele wären jedoch schon zufrieden, wenn aus Gründen des Datenschutzes die Angaben zur Person nicht auf demselben Datenbogen erfaßt würden. Die bürgerliche Presse hat ein Manöver zur Abstumpfung des Protestes gestartet, indem sie Persönlichkeiten zu Wort kommen läßt, die sich vorbehalten wollen, einige Fragen nicht zu beantworten. Der „Stern“ führt u.a. Jens, Klose, Traube und Borm vor.

Organisationen, die sich gegen die Volkszählung stellen, sind die Abgeordneten der GAL Hamburg, die IG Druck und GEW Hamburg, inzwischen auch die Grünen, die zum Boykott der Volkszählung aufrufen. Die Westberliner Alternative Liste fordert die Volkszähler, die aus den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes rekrui-

Volkszählung

Die Bourgeoisie soll größeren Nutzen von der Statistik haben

Die vierte Volkszählung in der BRD ist auf den 27. April 1983 angesetzt. Das Volkszählungsgesetz ist vom Bundestag am 3. März 1982 beschlossen worden, nachdem der Termin wegen Streitigkeiten zwischen Bund und Ländern über die Finanzierung um mehr als ein Jahr verschoben worden war. Vier Erhebungen sollen gleichzeitig durchgeführt werden: die Zählung der Einwohner, der Wohnungen und Arbeitsstätten und die Feststellung der Berufe. Der Umfang des Fragenkatalogs wurde zusammengestrichen. Verzichtet wird auf die Erhebung der Grundstücke. Mit Erfolg haben die Interessenverbände der Kapitalisten durchgesetzt, daß ihnen die Frage nach dem Umsatz erspart bleibt. Die Besitzer und Betreiber von Betriebsstätten außer von landwirtschaftlichen Betrieben sollen angeben die Anzahl der Beschäftigten, Anzahl der Männer und Frauen, den Anteil der Teilzeitbeschäftigten und die 1982 ausgezahlte Lohn- und Gehaltssumme. Die Zusammenstellung dieser Fragen gibt Aufschluß darüber, in welcher Richtung die Kapitalistenklasse ihren Auftrag an den Staatsapparat formuliert hat. Für sie ist von Interesse, was bei einem Vergleich der Betriebe, in denen Teilzeitarbeit angewendet wird, im Vergleich zu anderen herauskommt, bei welcher Struktur der Arbeitslosigkeit, des Umfangs der Frauenerarbeit und der Verteilung auf die Branchen sie sich besonders lohnt. Die Ergebnisse nutzen können hauptsächlich die Konzerne, die in der Lage sind, ihr Standortnetz an Gebiete mit zu günstigen Bedingungen zur Verfügung stehender Arbeitskraft anzupassen. Handwerksbetriebe werden dazu kaum

in der Lage sein. Mitteilen dürfen die Kapitalisten, wie viele Sprechstellen sie haben, damit ihre Versorgung ausgebaut werden kann.

Der Verzicht auf die Erhebung der Löhne und Gehälter bedeutet für die Gewerkschaften eine Verschlechterung ihrer Möglichkeiten, Forderungen auf zentrale statistische Erkenntnisse zu stützen. Mit der Volkszählung setzen die Gesetzgeber die Linie fort, die sie bereits mit dem 2. Statistikbereinigungsgesetz eingeschlagen haben. Im Entwurf war vorgesehen, daß die Lohnstatistik verkürzt wird, indem die Löhne nicht mehr nach Größenklassen der Betriebe erhoben werden, weiter Wegfall der Zählung der Beschäftigten in Forstbetrieben wegen der hohen Fluktuation, Zählung des Hochschul-



Werbematerial des Statistischen Bundesamtes: Wunschträume für die Wohnbedingungen des Volkes



tiert sind, auf, den Einsatz zu verweigern. Die Liberalen Demokraten wollen Verfassungsklage anstrengen, in der Hauptsache, weil die Daten personenbezogen erhoben werden. Gemeinsam ist den über 200 örtlichen Initiativen, die sich mit dem Ziel des Boykotts der Volkszählung gebildet haben, der Versuch, über die Möglichkeiten des bürgerlichen Staatsapparates aufzuklären, anhand der frischen und kompletten Daten die polizeiliche Unterdrückung und Kontrolle der Bevölkerung zu verschärfen, insbesondere die Möglichkeiten des Bundeskriminalamts.

Da mit der Volkszählung eine Angleichung mit den Melderegistern vorgesehen ist, deren Daten dann für das BKA zugänglich sind, kann die Rasterfahndung, bei der Personengruppen nach Merkmalen erfaßt werden, effektiviert werden. Ergänzt wird die lückenlose Erfassung durch die für den Herbst 1983 vorgesehene Ausgabe von fälschungssicheren Personalausweisen. Die Einwohnermeldeämter werden die Daten benutzen können, um nicht Gemeldete aufzuspüren. Druck wird damit vor allem auf Ausländer ausgeübt, die in dem Fall, ebenso wie bei ungenügendem Wohnraum den Ausländerbehörden die Handhabe für die Ausweisung bieten. Die Erfassung von im Ausland begangenen Straftaten und ihre Speicherung im Bundeszentralregister ist in erster Lesung Anfang November 1982 im Bundestag beraten worden.

Um die polizeilichen Zugriffsmöglichkeiten abzusichern, wird der angewendete Zwang bei der Volkszählung verschärft. Wer ganz oder teilweise die Angaben verweigert oder falsche macht, wird nicht nur wegen Ordnungswidrigkeit mit Bußgeld bedroht, sondern ins Gesetz wurde vorsorglich aufgenommen, daß Widersprüche vor Gericht keine aufschiebende Wirkung mehr haben.

Die Maßnahmen, die zum Boykott vorgeschlagen werden, dienen im allgemeinen nur der Verzögerung der Volkszählung und ihrer Auswertung. Werden die Bögen mit Kuli statt Bleistift ausgefüllt oder geknickt, so daß die Lesegeräte nicht funktionieren, so müssen die Angaben übertragen werden. Das Erfolgskalkül der Initiativen beruht auf der Annahme, daß die Boykottbewegung viele mitreißen wird, weil eben alle betroffen sind. Diese Hoffnung ist aber zu hoch angesetzt, weil die Beweggründe, sich den Fragen nicht auszusetzen, stark verschieden sind und zum großen Teil durch geringfügige Zugeständnisse der nächsten Bundesregierung aus der Welt geschafft werden könnten.

Quellenhinweis: Bundestagsdrucksachen 9/1068; 9/1228, 9/2029, 9/2068; Bundestagsprotokoll 9/88; Stern 10/83; Konkret 3/83; taz 17.2., 24.2. 1983

Stahlindustrie Weichen der „Sanierung“ werden gestellt

Nachdem die „Stahlmoderatoren“ Ende Januar ihr Konzept zur Neuordnung der westdeutschen Stahlindustrie vorgelegt haben, verhandeln zur Zeit die Vorstände von Thyssen und Krupp sowie von Hoesch und Peine-Salzgitter über die Einzelheiten der geplanten Fusionen. Bis zum 31. März als Stichtag müssen die angekündigten Subventionsforderungen in Höhe von mindestens 2 bis 3 Mrd. DM bei der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) angemeldet werden.



Warnstreik bei Klöckner Bremen, 25.2.

Dies erfordert die Vorlage der mit dem Konzept verbundenen Rationalisierungsmaßnahmen.

Die sind bisher nicht im einzelnen bekannt. Die „Maximierung des Gesamt-Rationalisierungspotentials der deutschen Stahlindustrie“ und die „Optimierung der zukünftigen Investitionen“ sind die an erster Stelle genannten Ziele des Konzepts der „Moderatoren“. Doch schweigt die veröffentlichte Stellungnahme darüber, welche Anlagen stillgelegt werden sollen, welche Investitionen vorgesehen sind und welche anderen Maßnahmen ergriffen werden sollen.

Dies ohne Zweifel aus gutem Grund. Bereits in den letzten Jahren konnten die westdeutschen Stahlkapitalisten enorme Fortschritte in punkto Auspressung der Stahlarbeiter erzielen. 1955 betrug die Tonnenleistung pro Arbeiter an den Hochöfen noch 1864,5 t Roheisen, 1981 betrug sie 2634,2 t. In den Stahlwerken stieg sie im gleichen Zeitraum von 1101,5 t Rohstahl auf 1956,6 t, in den Walzwerken (ohne nahtlose Röhren) von 317,1 t pro Mann auf 611,2 t. Nach den gleichen Angaben liegt die Ton-

nenleistung pro Mann heute trotz der Kurzarbeit, von der fast die Hälfte der Stahlarbeiter betroffen ist, höher als selbst im Stahlboomjahr 1974.

Umso brutaler wird sich der neuerliche Rationalisierungsschub auswirken. Klar ist, daß die Produktion auf die bestausgerüsteten Anlagen und Standorte konzentriert werden soll. Diese sollen ausgebaut werden, während die schlechteren, zumeist älteren, stillgelegt werden sollen. Gleiche Produkte, die bisher in verschiedenen Werken produziert wurden, wie im Schmiedebereich bei Thyssen und Krupp, sollen auf jeweils einen Standort konzentriert werden. Und schließlich wird die Kurzarbeit von den Stahlkapitalisten schon jetzt zur weiteren Intensivierung der Arbeit genutzt.

Entsprechend lehnte die Stahlkonferenz der IG Metall am 24. Februar einhellig das Konzept der „Stahlmoderatoren“ ab. Was die IG Metall aber dagegen machen will, ist weiterhin unklar. Wem soll es nützen, wenn Eugen Loderer die Forderung nach einem „Stahlausschuß“ aus Vertretern der Kapitalisten, des Bundes, der Länder und der IG Metall in den Vordergrund stellte, durch den die Fusionen und damit ja auch die Rationalisierungsmaßnahmen „koordiniert“ werden sollen? Als eine „Sofortmaßnahme“ wurde die Forderung nach Lohnausgleich bei Kurzarbeit erhoben. Sind aber dadurch, daß über das Auslaufen der Tarifverträge zum 31. März und die aufzustellende Lohnforderung gar nicht gesprochen wurde, nicht eine erneute Schlappe der IG Metall und neuerliche Lohnsenkungen für die Stahlarbeiter schon vorgegeben, die es den Stahlkapitalisten dann auch erleichtern werden, die Rationalisierungsmaßnahmen umzusetzen?

Quellenhinweis: Handelsblatt, 26.1.1983; Rede von Eugen Loderer, IGM-Stahlkonferenz, 24.2.1983; Roter Morgen, Zeitung der KPD, 4.3.1983; Stat. Bundesamt, Vierteljahresberichte Eisen und Stahl, div. Jahrgänge

Großbritannien Demonstration gegen rassistische Gesetze

Das britische Innenministerium will Muhammad Idrish, einen Lehrer aus Bangladesch, abschieben. Grund: Nach fünf Jahren hat er sich von seiner Frau getrennt, einer Engländerin. Mahmud Kan aus Pakistan soll ebenfalls abgeschoben werden, weil seine erste Ehe mit einer Engländerin eine „Zweckehe“ gewesen sei, behauptet das Innenministerium. Er sitzt seit mehreren Monaten in Haft, wurde sogar schon zum Flughafen gefahren, wo er unter Druck aufgefördert wurde, eine „freiwillige Deportationserklärung“ zu unterschreiben. Mit ihm sol-

len seine Frau und sein Kind ausgewiesen werden. Sarah Jabar aus Newport soll nach Südafrika ausgewiesen werden, sie sei illegal eingewandert. Die Männer von Familien aus Zypern, die nach dem türkischen Einmarsch 1975 nach Großbritannien kamen, werden in Deportationszentren als „illegale Einwanderer“ festgehalten.

Mehrere tausend Fälle von solchen Verfolgungen sind in den letzten Monaten bekannt geworden, viele hundert Einwanderer bereits ausgewiesen worden. Dabei richten sich die Aktionen des Innenministeriums gezielt gegen schwarze und asiatische Einwohner. Die früheren Siedler aus Zimbabwe z.B. werden mit offenen Armen empfangen.

Die „Kampagne gegen rassistische Gesetze“ ruft für den 27. März zu einer von vielen Organisationen unterstützten Demonstration nach London auf. Hauptforderungen sind die Rücknahme des Einwanderungs- und des Staatsbürgergesetzes, ein Ende der willkürlichen Polizeikontrollen in schwarzen und asiatischen Wohnvierteln der Großstädte und die Beendigung der Ausweisungen.

Das Einwanderungsgesetz der Regierung Thatcher, das die Einwanderung nichtbritischer Einwanderer fast vollständig verbietet, Kindern über dem Volljährigkeitsalter den Nachzug nicht erlaubt und für Verlobte und Ehepartner die Einwanderung stark erschwert, hat die Einwanderung schwarzer und asiatischer Einwanderer fast vollständig zum Erliegen gebracht. Jetzt wird das Gesetz dazu verwandt, die sogenannte „geförderte Rückkehr“ durchzusetzen. Die „Förderung“ besteht darin, daß nach Anweisungen des Innenministerium bei Familien, bei denen der Verdacht auf illegalen Status besteht, die Wohnungsämter keine Wohnungen bereitstellen und die Sozialämter weder Kindergeld noch Sozialhilfe zahlen, die Ärzte und Krankenhäuser private Zahlung fordern.

Die eindeutig rassistische Anwendung des Einwanderungsgesetzes wird ergänzt durch Polizeikontrollen in den Hauptwohngebieten von Schwarzen und Asiaten, die schon mehrfach in den letzten drei Jahren Auslöser schwerer Kämpfe waren.

Das Staatsbürgerschaftsgesetz der Regierung von 1981 ergänzt die rassistische Gesetzgebung. Es legt drei Klassen von britischen Staatsbürgern fest und schließt zwei davon – nämlich solche „Briten“, die in den Kolonien die Staatsbürgerschaft verliehen erhielten – vom Wohnrecht in Großbritannien aus. Wieder sind dies vor allem Schwarze und Asiaten, auch Kinder, die in England geboren wurden.

Quellenhinweis: Socialist Worker, versch. Ausgaben; Class Struggle, Januar und Februar 1983; Race & Class, Britain 1981

Ausländergesetzgebung

Zimmermann betreibt die Versklavung der ausländischen Arbeiterbevölkerung

Seit dem 2. März liegt der Bericht der „Kommission Ausländerpolitik“ der Öffentlichkeit vor. Diese Kommission war nach Beschluß des CDU/CSU-/FDP-Kabinetts von Bundesinnenminister Zimmermann eingesetzt, ihre Aufgabe war die Vorbereitung einer neuen, verschärften Ausländergesetzgebung.

Verschiedene Organisationen wie z.B. der Initiativausschuß „Ausländische Mitbürger in Hessen“, der schon am 10. Februar den Bericht von Zimmermanns Kommission enthüllte und angriff, werten die „Empfehlungen“ als „ausschließlich auf die Abwehr der Ausländer, auf die Reduzierung ihrer Zahl angelegt“. Wir wollen dagegen auf eine andere, nach unserer Meinung

der Ausländergesetze, trotz der galoppierenden gesetzlich abgesegneten, streng rechtstaatlichen Ausländerfeindlichkeit, die alle Parlamentsparteien seit Jahren betreiben, ist ihnen das nicht gelungen. Mit den „Empfehlungen“ der ehrenwerten Kommission, die bald Gesetz werden sollen, versucht man nun, das Ziel zu erreichen.

Es ist schier unmöglich, all die Gemeinheiten des 220seitigen Kommissionsberichts auch nur annähernd wiederzugeben. Zwei Schwerpunkte lassen sich jedoch herauskristallisieren:

1. Die Familienzusammenführung und Familiengründung von Ausländern aus Nicht-EG-Staaten wird weitgehend verhindert.



Duldet die Arbeiterbewegung die Versklavung der ausländischen Arbeiter, wird sie sich niemals von der Lohnsklaverei befreien.

als schwerwiegender zu beurteilende Absicht hinweisen.

Die Abschiebung hunderttausender ausländischer Arbeiter und ihrer Familien würde zwar den Kapitalisten „Kosten“ sparen, die Kosten für Arbeitslosigkeit, Kindergeld, Renten v.a. Noch mehr aber würde sich für sie auszahlen, wenn ihnen gelänge, die ausländischen Arbeiter zu reinem Arbeitsvieh zu degradieren, deren Lohn auf ein Minimum gedrückt, deren politischer Wille gebrochen ist und die deshalb zur Lohndrückerei und zur Spaltung der Arbeiterbewegung einsetzbar sind. Die Kapitalisten haben das versucht, seit sie in den 60er Jahren massenhaft billige ausländische Arbeitskraft eingekauft haben. Trotz allem, trotz der grundgesetzlichen Entrechtung von in der BRD lebenden Ausländern, trotz

Die Kommission will den Ehegatten-nachzug bei Ausländern der „1. Generation“, d.h. der angeworbenen Ausländer, auch weiterhin so erschweren wie bisher: Nachzug nur möglich bei ein- bis dreijähriger Aufenthaltsdauer in der BRD, bei ungekündigtem Arbeitsverhältnis und „angemessener Wohnung“. Den Nachzug bei „Ausländern der 2. oder 3. Generation“, d.h. der hier aufgewachsenen Ausländer, will die Kommission überhaupt nur noch für den Fall zugelassen sehen, daß „eine von dem in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Ausländer beantragte Einbürgerung ... aus einem von ihm nicht zu vertretenden Grunde (scheitert)“. Sowieso ist ein hoher Prozentsatz der ausländischen Bevölkerung gezwungenermaßen ehelos, von den 25- bis 40jährigen unge-

fähr ein Drittel, da die herrschende Klasse v.a. männliche Arbeitskraft importiert hat, die Anzahl weiblicher Ausländer also weitaus geringer als die der männlichen Ausländer ist, Ehen zwischen Deutschen und Ausländern, aus welchen Gründen auch immer, Ausnahmen sind und der Ehepartner-nachzug immer schon stark behindert worden ist. Einem erheblichen Teil der rund 500 000 ausländischen Jugendlichen aus Nicht-EG-Ländern im Alter von 15 bis 25 wird Ehe und Familien-gründung nun praktisch ganz unmöglich gemacht, da sie nicht einmal mehr die theoretische Möglichkeit haben, ihre Partner im Ausland zu suchen.

Den *Nachzug von Kindern* will die Kommission mehrheitlich durch die Senkung des Höchstenachzugsalters vom vollendeten 16. auf das 6. Lebens-jahr begrenzen. Um sich das Ausmaß zu verdeutlichen: Ein Drittel aller Kin-der (unter 16) von Ausländern aus Nicht-EG-Ländern lebt gegenwärtig nicht in der BRD, rund 430 000, denen großteils nun der Nachzug zu ihren El-tern verwehrt wird.

Die Absicht dieser Zwangsmaßnah-men ist die Schaffung einer Schicht von ehe- und (faktisch) kinderlosen Arbeitern, deren Reproduktionskosten entsprechend niedriger sind und deren Lohn die Kapitalisten weit, weit drük-ken können.

2. Die ausländische Arbeiterbevölke-rung soll unter der Peitsche ständiger Ausweisungsgefahr leben.

Schön abgestuft übrigens, damit selbst diese Gedrücktesten noch ge-spalten und gegeneinander ausgespielt werden können. Da braucht nach den Kommissionsempfehlungen zukünftig die *Aufenthaltserlaubnis* für alle dann nicht *verlängert* werden, wenn:

- der Lebensunterhalt nicht gesichert ist; das schließt die zu schaffende rechtliche Möglichkeit ein, ausländi-sche Arbeiter nicht nur wie bisher bei Empfang von Sozialhilfe, sondern schon beim Empfang von Arbeitslo-senhilfe abzuschieben;

- eine ordnungsgemäße und nicht un-zureichende Wohnung nicht vorhan-den ist – eine den Wohnverhältnissen der Arbeiter, und nicht nur der ausländischen Arbeiter, Hohn sprechende, deshalb jederzeit anwendbare und auf reine Schikane bedachte Bestimmung;

- „erhebliche Verstöße gegen die deutsche Rechtsordnung“ vorgehalten werden können, wiederholtes „Schwarz-fahren“ z.B. oder illegaler Kinder-nachzug; die Kommission will dabei die Möglichkeit schaffen, mutmaßlich straffällige Ausländer schon vor der Verurteilung abzuschieben;

- „Abhängigkeit von Heroin oder anderen Drogen“ besteht.

Mit dieser Verschärfung der Auswei-sungsgründe nicht genug. Zukünftig wird die Aufenthaltserlaubnispflicht

nach den Vorstellungen der Kommis-sion ebenfalls über Kinder unter 16 Jahren verhängt, das heißt: Die Auf-enthaltserlaubnis kann Kindern nun auch entzogen werden. Weiter sollen die Leistungsträger (für Sozial-, Ar-beitslosen- und Jugendhilfe z.B.) ver-pflichtet werden, „personalbezogene Sozialdaten“ von Ausländern an die Ausländerbehörden weiterzugeben, damit diesen Polizeiorganen die lückenlose Kontrolle ihrer Opfer mög-lich ist. Ähnlichem Zweck dient die „Empfehlung“, daß Ausländer in der BRD ähnlich den Schwarzen in Südaf-rika verpflichtet werden, stets ihren Paß bei sich zu tragen.

Mit der Drohung der Ausweisung soll auch die *vollständige Entrechtung* der ausländischen Arbeiterbevölke-rung durchgesetzt werden. Die Kom-mission setzt sich wärmstens dafür ein, das vollständige „Verbot politischer Betätigung von Ausländern im Einzel-fall zu erleichtern“. Erwogen wird, „bestimmte Formen der politischen Betätigung (z.B. Versammlungen, De-monstrations, Flugblattaktionen)“ grundsätzlich für Ausländer zu verbie-ten. Stellen die Behörden durch die po-litische Betätigung von Ausländern die „Gefährdung der freiheitlichen demo-kratischen Grundordnung oder der Si-cherheit der Bundesrepublik Deutsch-land fest“, gilt dies zukünftig – neben anderem als zwingender Ausweisungs-grund. Ausgewiesen werden soll kön-nen, wer sich „in extremistischen Ver-einigungen“ betätigt. Nach dem kurz vor dem Kommissionsbericht ebenfalls im Hause Zimmermann erschienenen Verfassungsschutzbericht sind damit rund 90 000 demokratische und revolu-tionäre Ausländer aus Nicht-EG-Staa-ten unmittelbar von Ausweisung be-droht. Die politisch verschärften Aus-weisungsbestimmungen lassen sich aber im Ernstfall ohne große Not auf die hunderttausende ausländische Ge-werkschaftsmitglieder anwenden.

Die Existenzunsicherheit der ausländischen Arbeiterbevölkerung in der BRD und Westberlin wird über die ständige Drohung der Ausweisung hin-aus noch dadurch verschärft, daß die Erreichung einer *unbefristeten Aufent-haltserlaubnis* noch weiter erschwert wird. So müssen z.B. 18jährige Aus-länder die eigenständige Sicherung ih-res Lebensunterhaltes nachweisen. Für den aber, der sich kriechend in die „deutschen Lebensverhältnisse“ hin-eingerobbt hat, wird am Ende die *Ein-bürgerung* erleichtert.

Zu verhindern, daß diese Kommis-sionsempfehlungen Gesetz werden, ist eine der großen Aufgaben der Arbei-ter- und Gewerkschaftsbewegung in den nächsten Monaten. Kann die Bourgeoisie die Lebensbedingungen ei-nes beträchtlichen Teils der Arbeiter-bevölkerung in der BRD so drücken,



Ausländer: überwiegend harte Arbeit in den unteren Lohngruppen

wie sie dies beabsichtigt, wird jede Ge-genwehr gegen die dauernden, allge-meinen Lohnsenkungen auf absehbare Zeit zum Scheitern verurteilt bleiben. Kann sie einen beträchtlichen Teil der Arbeiterbewegung praktisch unter Ausnahmerecht stellen, dann wird sie auch die jetzt noch besonderen Unter-drückungsgesetze für Ausländer auf die Lohnabhängigen überhaupt aus-weiten können. Durch die Unterstüt-zung des DGB für das Verbot der tür-kischen Organisationen Devrimci Sol und Halk Der und seine teilweise Zu-stimmung zu den Kommissionsempfeh-lungen ist die Arbeiterbewegung aller-dings schon in einer miserablen Lage.

Bundesminister des Innern, Bericht der Kommission „Ausländerpolitik“ aus Vertretern von Bund, Ländern und Gemeinden, Bonn, 2.3. 1983

§218

5000 demonstrierten für Streichung des §218

„Wir wollen keine Kinder kriegen, die später in der Gosse liegen“, „218 ist ein Paragraph, der immer nur die Ar-men traf“, „Statt Abtreibung Adop-tion, das ist die Lösung der Reaktion“, „Streichung des §218!“ – unter die-sen Losungen demonstrierten am 26.2. mehr als 5000 – zumeist Frauen – in Karlsruhe gegen die Pläne der Reak-tion, den Strafparagraph 218 neuerlich zu verschärfen und als ersten Schritt dazu die Finanzierung von Abtreibun-gen durch die Krankenkassen wieder zu beseitigen (siehe Pol. Ber. 4/83, S. 6). Aufgerufen zu der Demonstration hatte eine „nationale §218-Koordina-tion“, die wesentlich von Frauengrup-pen und §218-Komitees gebildet wor-den war. Einzelne Gewerkschaftsorga-nisationen wie der DGB-Karlsruhe hat-ten ebenfalls zur Demonstration aufge-rufen bzw. Grußadressen geschickt. Insgesamt aber war die Unterstützung

der Aktion durch die Gewerkschaften gering. Obwohl sich inzwischen auch die Frauenausschüsse der IG Metall und der HBV gegen die geplante Streichung der Bezahlung von Schwangerschaftsabbrüchen bei „sozialer Indikation“ durch die Krankenkassen ausgesprochen haben, waren die Gewerkschaften nur durch eine kleine Delegation vertreten.

Dabei hätten die Gewerkschaften Grund genug, gegen die Pläne der Reaktion entschiedener aufzutreten. Zwei

men und von „besseren“ Familien adoptiert. Tausende weitere Kinder verschwanden für den Rest ihrer Jugend in Kinderheimen. Mehr als die Hälfte dieser Kinder waren jünger als drei Jahre. Verglichen mit der Zahl der im gleichen Jahr geborenen Kinder heißt das: jedes 50. Kind wurde kurz nach seiner Geburt adoptiert. Vor zehn Jahren war „nur“ jedes 100. Kind adoptiert worden.

Dieser „Aufschwung“ im Kinderhandel – immerhin haben die Kirchen

ordnete darüber hinaus einen Tag Nacharbeit an und befahl Strafversetzungen in Hunderte von Kilometer entfernte neue Dienststellen.

In der Verfügungsbegründung gegen einen Marburger Streikteilnehmer erklärte das Bundesamt, daß der Streik „ein gravierender Verstoß gegen das Zivildienstgesetz“ und der verfassungswidrige Versuch sei, „auf solche Weise auf die Entscheidung eines Verfassungsorgans Einfluß zu nehmen (§26 ZDG)“. Das Zivildienstgesetz entspricht dem Wehrstrafgesetz. Wie bei der Bundeswehr ein Fahnenflüchtiger kann ein Zivildienstpflichtiger bei eigenmächtiger mehr als dreitägiger Abwesenheit von der Dienststelle mit Freiheitsstrafe von zwei Wochen bis zu fünf Jahren bestraft werden. Dieselbe Strafe kann verhängt werden gegen einen Zivildienstpflichtigen, der „die Befolgung einer dienstlichen Anordnung dadurch verweigert, daß er sich mit Wort oder Tat gegen sie auflehnt“.

Verglichen damit erscheinen die jetzt verhängten Strafen nicht sehr hoch. Die jetzigen Verfügungen sind aber erst der Anfang. Die Reaktion sieht den Streik nicht als geringfügig an. Sie wird die Bestrafung gegen alle durchziehen wollen und versuchen, zukünftige Streikmaßnahmen zu unterdrücken. Denn die Bourgeoisie will die Zivildienstpflichtigen in größerem Umfang als rechtlose Arbeitsdiensttruppe einsetzen und im Kriegsfall als Hilfstuppe zur widerspruchslosen Verfügung haben. Mit dem Einsatz dieser rechtlos gehaltenen Arbeitsdiensttruppe in den öffentlichen Diensten sichert die Bourgeoisie Bedingungen, zu denen auch andere Teile der Lohnabhängigen zur Arbeit gebracht werden sollen. Für den geplanten größeren Einsatz von Sozialhilfeempfängern und Arbeitslosen und den Aufbau eines „zweiten Arbeitsmarktes“ im sozialen Bereich ist damit ein Maßstab für die Entrechtung gesetzt. Schon jetzt haben die Zivildienstpflichtigen kein Recht auf gewerkschaftliche Organisation und kein Streikrecht. Die jetzt 34000 Zivildienstplätze sollen um 8500 vermehrt und 10000 der vorhandenen Stellen durch andere ersetzt werden, insbesondere in der Landschaftspflege und dem Umweltschutz. Minister Geißler forderte auch den Dienst im Zivilschutz.

Der DGB hatte das neue Gesetz abgelehnt. Dringend ist, daß die Gewerkschaften die Forderungen nach Streikrecht und Recht auf gewerkschaftliche Organisation der Zivildienstpflichtigen unterstützen und sich gegen die Strafmaßnahmen wenden. Schließlich ist schon jetzt ein Einsatz der Zivildienstpflichtigen als Streikbrecher in den öffentlichen Diensten rechtlich möglich.

Quellenhinweis: taz, 1.3. 1983; Bundestagsdr. 9/2293



Demonstration in Karlsruhe. Ein Termin für die Entscheidung des BVG steht noch nicht fest.

Wochen vor der Aktion hatte die katholische Deutsche Bischofskonferenz sich erneut gegen die Finanzierung von Abtreibungen aus sozialer Notlage durch die Krankenkassen ausgesprochen und eine Ausdehnung der Strafverfolgung gegen Abtreibungen gefordert: „Wir können und werden uns mit der jetzigen Gesetzeslage und der Abtreibungspraxis ... nicht abfinden.“

Für diejenigen Lohnabhängigen, die unter dem Druck dieser Strafandrohung künftig auf eine Abtreibung verzichten, wollen die Bischöfe ihre Arme um so weiter öffnen: „Die Kirche bietet deshalb in vielen Bereichen ihre Hilfe an, gerade auch Müttern, die sich in einer schwierigen und für sie oft ausweglos erscheinenden Situation befinden.“ Im Klartext: Der kirchliche Kinderhandel, auch Adoptionsvermittlung genannt, soll weiter ausgedehnt werden!

Schon in den letzten Jahren hat dieser Kinderhandel einen lebhaften Aufschwung genommen, ein Beweis mehr, daß selbst bei der gegenwärtig erlaubten „sozialen Indikation“ Jahr für Jahr noch Tausende von lohnabhängigen Familien Kinder zur Welt bringen müssen, deren Aufzucht ihnen selbst bei äußerster Anstrengung nicht möglich ist. 11200 Kinder wurden allein 1978, dem Jahr mit der bislang höchsten Zahl von Adoptionen in der BRD, für immer ihren Familien weggenom-

men und von „besseren“ Familien adoptiert. Tausende weitere Kinder verschwanden für den Rest ihrer Jugend in Kinderheimen. Mehr als die Hälfte dieser Kinder waren jünger als drei Jahre. Verglichen mit der Zahl der im gleichen Jahr geborenen Kinder heißt das: jedes 50. Kind wurde kurz nach seiner Geburt adoptiert. Vor zehn Jahren war „nur“ jedes 100. Kind adoptiert worden.

Quellenhinweis: Deutsche Bischofskonferenz, Presse- dienst, 24.2.83; Presse- und Informationsamt der Bundes- regierung, Gesellschaftliche Daten, Ausgaben 1979, 1982.

Zivildienstgesetz Erste Strafbescheide gegen Streikteilnehmer

Das Bundesamt für Zivildienst hat jetzt die ersten Disziplinarverfügungen gegen am Streik der Zivildienstpflichtigen Beteiligte erlassen. 12000 Zivildienstpflichtige hatten den Streik gegen das neue Zivildienstgesetz durchgeführt. Bekannt wurde, daß sich die Verfügungen zunächst hauptsächlich gegen Streikteilnehmer richten, die in diesen Wochen aus dem Dienst entlassen werden. Die Strafen betragen zwischen 80 und 100 DM. Das Bundesamt

Aufschwung

Die Gestaltung des neuen Wirtschaftswunders durch die Kapitalisten

Die Wall Street in New York bebt, die Aktienkurse klettern, unverkennbar seien inzwischen die Indikatoren für einen neuen Aufschwung, vor allem die Unions- und FDP-Politiker wiesen in ihren Wahlauftritten unermüdlich darauf hin. Ihr Programm würde gewährleisten, daß auch hierzulande der Aufschwung einsetzen würde. Sie würden schon dafür sorgen, daß der Staat jene Rahmenbedingungen schaffe, die die Investitionen der Kapitalisten wieder lohnend machen. Es soll im Folgenden weniger die Rede sein von dem Teil der Rahmenbedingungen, die als Kürzungen im Sozialbereich gekennzeichnet sind. Die andere Seite der Aktienkurse

schwung etwa die Rückkehr zur sogenannten Vollbeschäftigung zu versprechen. Die Kapitalisten in der BRD befinden sich insofern in einer glänzenden Lage, als feststeht, daß in den nächsten Jahren sich die Anzahl der den Kapitalisten auf dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehenden Kräfte unaufhörlich erhöht, weil mehr junge unverbrauchte Kräfte ins erwerbsfähige Alter eintreten als alte ausscheiden. Die Annehmlichkeiten der Existenz einer industriellen Reservearmee blieben den Kapitalisten selbst dann erhalten, wenn sie die gegenwärtige Anzahl der Arbeitslosen in den nächsten Jahren zusätzlich einstellen würden.

versität Kiel und ehemals Mitglied des Sachverständigenrates, vor zwei Wochen den anwesenden Kapitalisten des Verbandes Deutscher Maschinen- und Anlagenbau (VDMA) auf einem Symposium vor. Den Kapitalisten geht es um zwei Dinge. Die unteren Tariflöhne oder Mindestlöhne müssen drastisch gesenkt, und die Intensität der Arbeit allgemein gehoben werden. Professor Giersch beklagt einen Rückgang in der Steigerung der Arbeitsintensität von 4,9 auf 3,2%. Obwohl auch nach seinen Zahlen der gemessene Produktivitätsfortschritt in der BRD am größten im Vergleich mit den Konkurrenzländern ist, sei das nicht zufriedenstellend. Er macht geltend, daß in den USA in den siebziger Jahren die Beschäftigung um 25% ausgeweitet wurde und die neuen Arbeitskräfte als weniger Tüchtige und Qualifizierte den Durchschnitt gedrückt hätten, während umgekehrt in der BRD die Durchschnittszahlen künstlich forciert worden wären durch die Hinausdrängung knapp unterdurchschnittlich produktiver Arbeitskräfte aus dem Wirtschaftsprozess. Im Klartext heißt das, daß die im Produktionsprozeß verbliebenen eigentlich mehr hätten bringen müssen an Intensität der Arbeit. Die Hinausdrängung von Arbeitskräften aus dem Wirtschaftsprozess sei zudem eine zwangsläufige Folge der überhöhten Löhne in der BRD gewesen. Mit diesen Fehlentwicklungen soll jetzt Schluß sein. Wie die alte und neue Bundesregierung auch sagt der Präsident des VDMA: „Hierzu sind Korrekturen im System ordnungspolitischer Anreize erforderlich, Korrekturen, die im betrieblichen, im privaten, aber auch vor allem im öffentlichen Bereich unsere wichtigsten Leistungsquellen: den Erfindungsreichtum, den Fleiß, den Leistungswillen und das Können des einzelnen wieder freilegen.“

Einige der wichtigsten „Segnungen des neuen Aufschwungs“, wie sie von den Maschinenbaukapitalisten angedroht werden, sollen erwähnt werden. Gedacht ist an die Ermäßigung der Steuersätze für alles, was aus sogenannter zusätzlicher Leistung erwachsen ist, also z.B. Anfangsgewinne neuer Unternehmen; Subventionen für alte und neue Arbeitsplätze, sofern die Arbeiter Lohnkonzessionen machen; Abbau sogenannter aktivitätshemmender Restriktionen, dafür Zulassung einer sogenannten freien Lohnbildung, einschließlich Zonen freier Wirtschaftsaktivität in strukturschwachen



Die Kapitalisten beabsichtigen, die Schweißauspressung in Akkord-, Nacht- und Schichtarbeit auszudehnen.

in New York ist die Armenküche in Detroit, das ist schon vielen klar geworden, ebenso wie die andere Seite der Förderung der Wohnungsbauprogramme der Bundesregierung die drastische Steigerung der Zwangsräumungen und Wohnungsaufösungen infolge nicht bezahlbarer Mieten ist.

Wir wollen vorderhand jenen Umstand zunächst außer acht lassen, der Millionen Lohnabhängige im Zusammenhang mit kapitalistischer Krise und eventuellem Wirtschaftsaufschwung bewegt und als das eigentliche Übel kapitalistischen Wirtschaftens erscheint: die Arbeitslosigkeit. Nur soviel bliebe festzuhalten: Keine der im Bundestag vertretenen Parteien hat es mehr gewagt oder als notwendig empfunden, im Zusammenhang mit einem Neuauf-

Was aber sind die eigentlichen Erwartungen, die die Kapitalisten mit dem oder treffender gesagt mit ihrem Aufschwung verbinden? „Jetzt, da das Schreckliche passiert und das Kind in den Brunnen gefallen ist, braucht man eine viel drastischere Formel: die Lohnabschlüsse müssen eigentlich so niedrig wie möglich sein, damit die Reallohne, soweit sie tarifliche Mindestlöhne sind, möglichst schnell möglichst stark sinken und die Zugangssperre des Mindestlohns bald aufhört, wirksam zu sein, und zwar für die potentiellen Unternehmer, die Existenzen gründen wollen, ebenso wie für die Arbeitslosen.“ Diese klare Formel für den Aufschwung der Kapitalisten trug Prof. Dr. Herbert Giersch, Präsident des Instituts für Weltwirtschaft an der Uni-

Niedriglöhne bei Bosch erleichtern den Kapitalisten die Ausweitung der Schichtarbeit

80 Prozent der 7182 Arbeiter bei Bosch Stuttgart-Feuerbach arbeiten im Schichtbetrieb. Werkstätten mit Normalarbeitszeitplätzen gibt es nur noch bei den Facharbeitern, in der Entwicklung und im Versuch, ansonsten ist Schichtarbeit die Regel.

Die Montageplätze an den Bändern sind nur Schichtarbeitsplätze von ausländischen Frauen im zweimal Achtstundentakt. Entlohnt werden sie nach den untersten Lohngruppen, da ihre Arbeit „körperlich“ leicht sei. Je nach Auftragslage wird die Schicht auf zehn Stunden verlängert, indem in der Frühschicht zwei Stunden angehängt und in der Mittagsschicht zwei Stunden früher angefangen wird. Nachtarbeit nach 23 Uhr ist nämlich für Arbeiterinnen in der Industrie gemäß § 19 Arbeitszeitordnung untersagt.

An den Maschinen und Transferstraßen wird vor allem in Achtstunden-Wechselschicht, aber auch im Dreischichtbetrieb und im Zehnstunden-Wechselschichtbetrieb gearbeitet (hauptsächlich ausländische Arbeiter). Die Zehnstunden-Wechselschicht dauert von sechs Uhr bis 17 Uhr, nachts von 18 Uhr bis fünf Uhr und ist besonders gesundheitsschädlich: Auf zwei anwesende Arbeiter kommt ein krank geschriebener Arbeiter, alle klagen über Appetitlosigkeit, Magenbeschwerden, Schlafstörungen, Kreislaufbeschwerden.

In Spitzenzeiten der Kapazitätsauslastung beträgt der Nachtarbeitanteil an der Gesamtstundenzahl 13%. Typisch ist dabei, daß die Geschäftsleitung gerade an den modernsten Anlagen auf Nachtarbeit drängt. Kein Trick ist ihr dabei zu billig. Einmal wird behauptet, eine Anlage müsse überarbeitet werden, deshalb sollten die anderen Anlagen 24 Stunden durchlaufen. Letzten Endes wird an allen Anlagen im Dreischicht-Betrieb gefahren ohne Reparaturarbeiten. Oder es wird behauptet, die Bosch-Qualität erfordere eine gleichmäßige Betriebstemperatur und deshalb müsse man die Pausen durcharbeiten und zur Nachtschicht antreten. Letzten Endes wird aber nach der erbrachten Stückzahl gefragt.

Mit wachsender technologischer Ausrüstung der Anlagen wird die Arbeit nicht erleichtert, sondern die Belastung potenziert sich durch gleichzeitig eintretende Behinderungen: Die Anlagen werden nicht mehr abgeschaltet, gemeinsame Pausen entfallen, die erbrachte Leistung wird durch den Fahrtenschreiber oder an

modernsten Anlagen durch den Computer überprüft, Motoren und Schalt-schränke strahlen Wärme aus, der konzentrierte Einsatz von Elektromotoren treibt den Lärmpegel hoch, so daß eigentlich Ohrenschützer getragen werden müßten, der dauernde Schichtwechsel im Dreischichtbetrieb läßt den Körper nicht mehr zur Ruhe kommen, Kommunikation ist kaum möglich, da die 20 Meter langen Anlagen nur noch von drei Arbeitern bedient werden.

Bei Bosch Feuerbach liegen keine technischen Gründe für die Nachtarbeit vor. Allein ausschlaggebend ist der Extraprofit, der an den modernsten Anlagen herausgeholt wird. Vor vier Wochen haben sich die Arbeiter an den computergesteuerten Prüfbändern im Pumpenwerk einheitlich gegen die Dreischichtarbeit ausgesprochen. Die Werksleitung brauchte die Zustimmung des Betriebsrates. Erzwungen wurde sie durch die Drohung, daß ohne Dreischichtarbeit 50 Arbeiter nicht unterzubringen seien. Allerdings begrenzte der Betriebsrat seine Zustimmung auf die Monate Februar bis April.

Der Widerstand der Metallarbeiter gegen die Ausweitung der Nacht-/Wechselschicht trieb die Kapitalisten schon vor acht Jahren in Baden-Württemberg zu Extrazahlungen. Im Manteltarifvertrag wurden die Schichtzuschläge um 10% erhöht, so daß heute in der Mittagsschicht zwischen zwölf Uhr und 19 Uhr ein Zuschlag von 20%, zwischen 19 Uhr und sechs Uhr ein Zuschlag von 30% gezahlt werden muß. Bei Bosch erhöht die Geschäftsleitung seit Jahrzehnten die Zuschläge übertariflich, um den Widerstand zu brechen. Im Dreischichtbetrieb wird morgens in der ersten Schicht ein Zuschlag von 1,6%, mittags in der zweiten Schicht ein Zuschlag von 20% oder 30% entsprechend dem Manteltarifvertrag gezahlt und nachts in der dritten Schicht ein Zuschlag von 50%. Arbeiter im Zehnstunden-Wechselschichtbetrieb erhalten pro Jahr fünf Tage Sonderurlaub. Bei Pausenüberlappung wird ein Tageszuschlag von 2,00 DM gewährt.

Mit Zuschlägen wird aber der Verschleiß der Gesundheit nicht ausgeglichen. Eine Aufschlüsselung des Krankenstandes bei Bosch nach Deutschen, Ausländern, weiblich, männlich zeigt den Tribut, den Schicht- und Akkordarbeit fordert. Krankenstand 1981: Deutsche, männlich (meist Angestellte und Facharbeiter) 5,07 Prozent, Deutsche, weiblich (meist Angestellte im unteren Tarifbereich) 6,46 Prozent,

Ausländer, männlich (meist Maschinenarbeiter) 9,77 Prozent, Ausländer, weiblich (meist Bandarbeiterinnen in den untersten Lohngruppen) 12,22 Prozent.

Trotzdem arbeiten bei Bosch-Feuerbach 80 Prozent Schicht. Warum? 60 Prozent aller Arbeiter üben eine angelernte Tätigkeit aus, arbeiten nicht entsprechend ihrer Ausbildung. Ohne Schicht und Akkord beträgt der Stundenlohn 9,34 DM in Lohngruppe 4, mit Akkord und Schicht 14,20 DM. Mit Hilfe des Akkord- und Schichtzuschlags kommen sie in die Nähe eines Facharbeiterlohns, wobei der Verschleiß weit höher liegt. Schicht- und Akkordarbeit und gegebenenfalls Überstunden geben vielen erst die Möglichkeit, als Alleinverdiener eine Familie zu unterhalten. Ein Bruttoverdienst von 3500 DM ist für einen angelernten Arbeiter bei Bosch im Zehnstunden-Wechselschichtbetrieb üblich, dafür arbeitet er auch monatlich 220 Stunden.

Die meisten der jüngeren Arbeiter haben kleine Kinder. Reicht der Arbeiterlohn nicht zum Lebensunterhalt, muß die Frau auch arbeiten. Kinderta-



Schichtarbeit und schwerste Arbeitsbedingungen ruinieren die Gesundheit frühzeitig.

gesheime sind dünn gesät und teuer. Damit die Erziehung der Kinder irgendwie gesichert ist, arbeiten Mann und Frau in Wechselschicht. Dies wird in den städtischen Kindertagesheimen noch gegen die Eltern gerichtet: Ein ausländisches Elternpaar mußte seine zwei Kinder aus einem Tagesheim wieder herausnehmen, als bekannt wurde, daß beide in Wechselschicht arbeiten. Für solche Fälle stellt Bosch in Feuerbach einen Kinderaufbewahrungsraum von 13 Uhr bis 15 Uhr zur Verfügung. Ein Elternteil bringt das Kind zur Arbeit mit, der andere holt es nach

Schichtende wieder ab. Forderungen nach einem Betriebskindergarten wurden von der Firmenleitung wegen angeblich hoher Kostenbelastung zurückgewiesen. Die Folgen einer Wechselschicht-Arbeitsteilung zwischen Mann und Frau sind verheerend. Der Elternteil, der Spätschicht hat, muß morgens die Kinder versorgen, da der andere Elternteil in der Frühschicht arbeitet. Die Nachtruhe beträgt dann vier bis fünf Stunden. Die zwölf Telefonzellen bei Bosch Feuerbach sind ständig besetzt, da sich die Familien werktags nur telefonisch absprechen können. Die Wochenenden sind vollgestopft mit Hausarbeit, da werktags die Zeit dazu fehlt.

Mit zunehmender elektronischer Datenverarbeitung in den der Fertigung vorgelagerten Bereichen weitet Bosch die Schichtarbeit aus. Auftragsbearbeitung, Fertigungsausführung, Lagerhaltung und Produktion sind heute schon so aufeinander abgestimmt, daß in allen Bereichen Schichtarbeit eingeführt ist. Minimale Lagerhaltung und genaue Teilebereitstellung erfordern Arbeitszeiten wie in der Produktion. Kollegen, die Anträge auf einen Arbeitsplatz in Normalarbeitszeit gestellt haben, sehen keine Aussicht auf Bewilligung. Die Ausweitung der Schichtarbeit in den Angestelltenbereich hinein stößt auf Widerstand, der sich bisher nur individuell geäußert hat.

In den bisherigen Auseinandersetzungen um Schichtarbeit bei Bosch hat sich gezeigt: Hartnäckigen Widerstand gibt es gegen die Nachtarbeit, weil hier die Gesundheitsschäden unmittelbar wirksam werden. Wechselschicht im Achtstundentakt wird wegen der niedrigen Löhne als Übel hingenommen.

Strengere Voraussetzungen für die Zulässigkeit von Nacht- und Wechselschichtarbeit hat der 13. Gewerkschaftstag der IG Metall 1980 in der Entschließung 12 gefordert. Außerdem sind dort Forderungen gegen den raschen Verschleiß der Arbeitskraft durch Schichtarbeit gestellt worden, zum Beispiel: Kürzere Schichtarbeitszeit, zwölf Minuten Mindesterholzeit bei Nachtarbeit, zusätzlicher Urlaub bzw. Freischichten, Festlegung bei Leistungsnormen unter Berücksichtigung der biologischen, sozialen und sonstigen Bedingungen der Schichtarbeit, Verbesserung der Gesundheitsvorsorge und des Arbeitsschutzes, Ermöglichung des Wechsels aus der Schichtarbeit in Normalarbeitszeit (Verdienstsicherung, zumutbare Arbeitsplätze, Umschulungen), Herabsetzung der Lebensarbeitszeit für Schichtarbeiter.

Regionen; kein Lohnanstieg während des Aufschwungs, solange und wo immer es nicht an Arbeitskräften fehlt; Einführung der Selbstbeteiligung bei den Sozialversicherungen etwa so wie bei der Kraftfahrzeugversicherung mit unterschiedlichen Tarifen; Übergang zu einer sogenannten freien Wohnungswirtschaft; Abbau aller Restriktionen, die die staatliche Wirtschaftsaktivität schützen, z.B. bei der Post, Eisenbahn und Telekommunikation; offener Wettbewerb für kommunale Versorgungsbetriebe und staatliche Bildungseinrichtungen.



Überwachungstätigkeit an CNC-Maschine: Abgruppierungen sind üblich.

Die Realisierung dieser Pläne der Kapitalisten ist mit dem Wort Ellbogengesellschaft wohl nur sanft umschrieben. Vom Inhalt her handelt es sich um die Beseitigung sämtlicher Schranken tariflicher und gesetzlicher Art, die die Arbeiter gegen die übermäßige Ausbeutung, wenn auch nur unzureichend, schützen. Eine Fülle von Sondergesetzen zur Ausschaltung der Tarifautonomie der Gewerkschaften wäre erforderlich. Die Erzielung höherer Intensität der Arbeit muß sich hingegen in der Fabrik vollziehen. Nur in Ausnahmefällen geschieht dies durch die einfache Schnellerschaltung der Bänder, in der Regel wird in Zusammenhang mit der Einführung neuer Maschinerie die Produktivität der Arbeit gesteigert im Verbund mit gleichzeitiger Steigerung der Intensität.

Die Entwicklung bei den Werkzeugmaschinen kennzeichnen bevorstehende Umrüstungen des Produktionsapparates. In den letzten Jahren vollzog sich bei den Werkzeugmaschinen der Übergang von konventionellen NC-Steuerungen zu speicherprogrammierbaren CNC-Steuerungen. 1980 wurden bereits 90% aller numerisch gesteuerten Werkzeugmaschinen mit CNC-Steuerungen ausgestattet. 12000 dieser Maschinen waren bis 1980 im Einsatz, der größte Teil davon, fast die Hälfte,

im Bereich des Maschinenbaus, zweitwichtigster Abnehmer war mit 13% der Fahrzeugbau. Die speicherprogrammierbaren Steuerungen erlauben gegenüber den herkömmlichen Steuerungen einen wesentlich flexibleren Einsatz und eine bessere Auslastung der Maschinen. Am häufigsten werden die Maschinen etwa folgendermaßen eingesetzt: Das Programmieren obliegt der Arbeitsvorbereitung (AV). Der Maschinenarbeiter richtet die Maschine ein, sorgt für Beschicken und Entladen, Bedienung und Überwachung. In Zusammenarbeit mit der AV übernimmt er einfache Programmoptimierungs- und Korrekturaufgaben. Außerdem muß er teilweise die gefertigten Werkstücke kontrollieren. Die Bewältigung dieser Aufgaben ist nicht einfach. Wegen der Verantwortung für seine Tätigkeit verlangt er Lohnzuschläge und bekommt sie teilweise. Das Personal, welches mit Arbeitsvorbereitung und Planung befaßt ist, wächst aber im Vergleich zum produktiv tätigen Personal. Hohe Investitionen ermöglichen den Kapitalisten automatischen Fertigungsablauf, trotzdem müssen bei Aufträgen kleiner Losgröße mit unterschiedlichen Varianten teilweise erhebliche Rüstzeiten und erhebliche Programmarbeitszeiten einkalkuliert werden. Gerade die Automobilindustrie aber auch mittlere Betriebe verlangen Fertigungssysteme, wo die Rüstzeiten entscheidend gesenkt und die Produktion vielfältiger Varianten bei den Werkstücken rentabler wird.

Um einen Eindruck zu geben von der Wirkung neuartiger Fertigungssysteme sei an dieser Stelle auszugsweise ein Bericht des Fraunhofer Instituts für Produktionstechnik und Automatisierung über Produktionsstätten in Japan wiedergegeben: „Die gesamte Fertigung bei Okuma macht einen sehr guten und sehr beschäftigten Eindruck. Es sind eine Vielzahl von handbedienten numerisch gesteuerten Maschinen im Einsatz, überwiegend Zwei- bzw. Drei-Maschinenbedienung und ein flexibles Fertigungssystem. Das Fertigungssystem besteht aus sieben Bearbeitungszentren, die von einem induktiv gesteuerten Flurförderfahrzeug bedient werden. An diesem System mit zentralen Spannplätzen sind zwei Mitarbeiter in der ersten und ein Mitarbeiter in der zweiten und kein Mitarbeiter in der dritten Schicht beschäftigt. Das System besteht aus 7 Okuma MC-5-H-Bearbeitungszentren mit Palettenwechsel. Das Flurförderfahrzeug wurde durch auf dem Boden angebrachte Kegel zentriert und hat somit die sieben nebeneinanderstehenden Werkzeugmaschinen und fünf zentral angeordnete Spannplätze versorgt. Vor jeder Maschine ist ein Bereitstellungsraum für vier Paletten vorgesehen. Neben der spanenden Fertigung bei Fa. Oku-

ma, die überwiegend auf Okuma Maschinen erfolgt, muß die Montage besonders erwähnt werden. Die Montage erfolgt auf zwei Taktbändern, wo z.B. CNC-Drehmaschinen in zwei Stunden Takt von 25 Mitarbeitern montiert werden. Bei Ende des Taktes ertönt Musik und alle beteiligten Arbeitsgruppen an dem Taktband müssen die Transportfreigabe geben. Ist eine Arbeitsgruppe mit ihrer Montagetätigkeit noch nicht fertig, wird die Musik unterbrochen und es erfolgt eine Anzeige, welche Arbeitsgruppe ihre Arbeit noch nicht beendet hat. Nach Auskunft der Mitarbeiter von Okuma soll dies sehr selten vorkommen.“ Die westdeutschen Werkzeugmaschinenhersteller beobachten ihre Konkurrenz in Japan und den USA recht genau. In Bezug auf die Entwicklung flexibler Fertigungssysteme scheinen die Japaner einen Konkurrenzvorteil in der Anwendung dieser Systeme innezuhaben. In der BRD waren zuletzt ganze zwölf sogenannter flexibler Fertigungssysteme im Einsatz und die Erfahrungen sind noch sehr gering. Schon lange Zeit vorher sind Versuche unternommen worden, Werkzeugmaschinen miteinander zu verketteten. Aber all diese Systeme waren in der Praxis zu starr, das heißt nicht schnell und flexibel genug umrüstbar. Erst die Entwicklung speicher-

programmierbarer Steuerungen macht diese Flexibilität jetzt möglich.

Schon seit einiger Zeit bieten die Werkzeugmaschinenhersteller „Flexible Fertigungssysteme“ (FFS) an. Der DIAG-Konzern stellt auf der diesjährigen Werkzeugmaschinenmesse erstmals sein System, die „Flexible Duplexzelle“ vor. Sie sei hier stellvertretend für andere beschrieben. Es handelt sich um zwei Bearbeitungszentren, die über ein Handhabungsgerät verbunden sind. Dazu gehören automatisch gesteuerte Fahrzeuge für den Werkstücktransport und ein für beide Zentren zur Verfügung stehendes Werkzeugmagazin. Die Zuführung der Werkstücke und Werkzeuge geschieht automatisch. Der Funktionsablauf wird über ein Rechnernetzsystem gesteuert und kontrolliert. Neben der Maschinensteuerung, dem Handhabungsgerät, verschiedenen Ein- und Ausgabegeräten gibt es also den Zellenrechner. Der wiederum besteht aus dem Organisationsrechner, der vor allem der Auftragsverwaltung und Disposition dient und dem Maschinenrechner, der die zeitabhängigen Operationen der Maschine steuert und kontrolliert. Es ist mit diesem System möglich, acht Aufträge gleichzeitig zu bearbeiten. Das Entscheidende ist die Senkung der Rüstzeiten auf nahezu Null.

Das Bedienungspersonal ist von der Überwachung und Kontrolle entbunden. Es kann vollständig mit der Bereitstellung und Aufspannung der folgenden Werkstücke beschäftigt werden, während die Fertigungszelle Aufträge bearbeitet. Die Fertigungszelle überwacht selbständig die Funktionsfähigkeit der Werkzeuge und ersetzt verschlissene durch neue. Dies wird durch eingebaute Schnittkraftsensoren erreicht. Weil die Tätigkeit des Bedienungspersonals sich reduziert auf die Aufspannung der folgenden Werkstücke mittels genormter Spannvorrichtungen und mit Hilfe computergestützt erstellter Zeichnungen und ferner lediglich noch die ausgesonderten Werkzeuge wieder aufgearbeitet und in das Magazin eingelegt werden müssen, gehen die Kapitalisten davon aus, daß dieser Arbeitsprozeß so weit verdichtet werden kann, daß die Fertigungszelle während der Pausen und in der dritten Schicht bedienfrei, also ohne Personal laufen kann. Als potentielle Käufer dieser Fertigungssysteme gelten die Fahrzeugbranche, der Flugzeugbau und der allgemeine Maschinenbau. Gegenüber Japan und den USA bieten die Hersteller in der BRD die flexibleren Systeme an.

Die genannten Branchen besitzen einen relativ hohen Facharbeiteranteil

Die Imperialisten in der EG betreiben die Ausweitung der Schichtarbeit

Der Anteil von Arbeitern, den die Kapitalisten regelmäßig rund um die Uhr ausbeuten, liegt in den einzelnen EG-Mitgliedstaaten im Jahr 1975 eng beieinander. Einzig in den Niederlanden und in Italien liegen die Schichtarbeiteranteile deutlich niedriger:

Schichtarbeiter in der EG

Land	in Mio.	Schichtarbeiter	
		in % der Lohnabhängigen	% Frauen an Schichtarbeitern
Belgien	0,597	20,50	21,94
BRD	3,800	18,03	25,34
Dänemark	0,347	18,66	o.A.
Frankr.	3,501	20,76	30,11
Großbr.	4,467	20,76	21,41
Irland	0,129	18,53	27,90
Italien	1,729	13,86	o.A.
Luxemb.	0,031	26,50	o.A.
Niederl.	0,541	13,74	o.A.

Quelle: Übersicht über die Forschungsarbeit der Europäischen Stiftung betreffend Schichtarbeit 1977 - 1980

In den vergangenen Jahren haben die Kapitalisten in den verschiedenen EG-Staaten in nahezu allen Staaten die Ausweitung der Schichtarbeit durchsetzen können. Die BRD-Imperialisten weiteten die Ausbeutung der Arbeiter in Schicht allein zwischen 1960 und 1975 um 40% aus. Stich-

proben für die vergangenen Jahre ergeben, daß trotz der Entlassungen in Branchen wie z.B. der Stahlindustrie oder dem Bergbau, in denen schon seit langem im Dreischicht-System gearbeitet wird, die Anzahl der Schichtarbeiter weiter gesteigert worden ist. Vor allem in der Textilindustrie ist das Dreischicht-System nahezu überall durchgesetzt worden. Das Nachtarbeitsverbot für Frauen wird häufig durchbrochen: Von den knapp eine Million Frauen, die regelmäßig Schicht arbeiten, müssen fast einen halbe Million ihre Arbeitskraft nachts zur Verfügung stellen.

In *Belgien* existiert zwar ein gesetzliches Nachtarbeitsverbot, für das aber so viele Ausnahmen zugelassen werden, daß es wirkungslos ist. Der Anteil der Nachtarbeiter liegt mit 4% sogar über dem der BRD. Die größte Ausweitung der Nachtarbeit haben die Kapitalisten in der Textilindustrie durchsetzen können.

Ähnliches haben die Textilkapitalisten gegenüber der *italienischen* Arbeiterbewegung durchsetzen können. Der niedrige Anteil der Schichtarbeiter zeigt jedoch, daß die Anstrengungen, die die italienischen Gewerkschaften



Hafenarbeiter nach Schicht. Ausreichend Schlaf hat kein Schichtarbeiter.

seit dem Ende der 60er Jahre zum Verbot von Nacht- und Schichtarbeit unternommen haben, meßbare Erfolge erbracht haben.

In *Irland*, wo die europäischen und US-amerikanischen Imperialisten die Hauptausbeuter stellen, ist der Anteil der schichtarbeitenden Frauen besonders hoch. Seit einiger Zeit berät die irische Regierung über die Abschaffung des Nachtarbeitsverbots für Frauen. Die Kapitalisten wollen den niedrigen Lohnstandard nutzen, um hier einen beträchtlichen Einbruch in die gesetzlichen Schranken der Ausbeutung

und durch betriebliche Ausbildung qualifizierte Kräfte zur Maschinenbedienung. Eine Umwandlung der Qualifikationsstruktur der Arbeitsplätze steht zu erwarten. Der Bedarf an Facharbeitern und Maschinenarbeitern teilt sich auf. Statt herkömmlichem Facharbeiterwissen einschließlich der Erfahrungen mit Material und Werkzeug entwickelt sich nach der einen Seite hin der Bedarf an mehr abstraktem Wissen über Fertigungsablauf und Programmsteuerung und nach der anderen Seite hin Bedarf an Kräften für das fachgerechte Aufspannen der Werkstücke und die Aufarbeitung verschlissener Werkzeuge. Im Zusammenhang mit den eingangs beschriebenen Absichten der Kapitalisten ergeben sich also bedeutende Aufgaben der IGM im Hinblick auf die tarifliche Absicherung der Qualifikationsmerkmale der Arbeitsplätze im Maschinenbau und in den anderen genannten Branchen und vor allem die Absicherung der Entlohnung dieser Tätigkeiten. Die von der IGM erzielte Betriebsvereinbarung beim Maschinenbaubetrieb Vögele ist ein wichtiges Beispiel.

Quellenhinweis: Redemanuskripte des Symposiums am 1./2. Februar 1983 des VDMA, vor allem von Prof. Giersch und Tyll Necker; Produktionstechnik im Wandel, Günter Spur, TU Westberlin; Neuartige flexible Duplexzelle, H. Hammer, Geschäftsführer der DIAG; Messeberichte von Fachzeitschriften über Industrieausstellungen in Japan (JIMTOF) und in den USA (IMTS)

zu erreichen, den sie sodann gegen die Arbeiter in allen EG-Mitgliedstaaten durchsetzen können.

Unter dem Deckmantel der Durchsetzung der „Gleichberechtigung“ propagieren die verschiedenen Kapitalistenklassen die Beseitigung aller Schranken der Ausbeutung. Insbesondere die Ausweitung der Schichtarbeit und der Nachtarbeit in der Textilindustrie in den verschiedenen EG-Mitgliedstaaten ist ein Anhaltspunkt dafür, daß es den verschiedenen Textilkapitalisten gelungen ist, die Arbeiter in den verschiedenen Staaten in ihre Konkurrenzausinandersetzungen hineinzuziehen. Die mörderischen Auswirkungen der Schichtarbeit, insbesondere der Nachtarbeit, für die Arbeiter sind von den verschiedenen Gewerkschaften in den vergangenen Jahren wiederholt enthüllt worden. Dagegen konnten nicht nur die Textilkapitalisten ihren Standpunkt durchsetzen, zur Erreichung ihrer Expansionsziele sei die Arbeit bei Tag und Nacht unabdingbar – nachdem sie beträchtliche Teile ihrer Produktion in Länder der Dritten Welt verlagert hatten.

Quellenhinweis: Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen, Übersicht über die Forschungsarbeit der Europäischen Stiftung betreffend Schichtarbeit 1977 – 1980, Dublin 1982; F. Farthmann (Hrsg.), Landesforum Schichtarbeit, Düsseldorf 1979



Schwerste Arbeiten bei schlechtester Bezahlung

Wessen Gesundheit durch die Ausbeutung ruiniert ist, den werfen die Kapitalisten aus dem Betrieb

Die westdeutschen Kapitalisten haben das ihnen seit einigen Jahren auf dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehende Überangebot an Arbeitskräften weidlich ausgenutzt. Sie haben alte, verschlissene, kranke Lohnabhängige aus den Betrieben hinausgeworfen und sich damit zugleich die Möglichkeit verschafft, die übrigen mit umso höherer Intensität auszubeuten. Die Gesundheit der Lohnabhängigen haben sie so beschleunigt ruiniert.

In einer 1978 im Auftrag des Arbeitsministeriums begonnenen Langzeituntersuchung des Zusammenhangs zwischen Arbeitsbelastung, gesundheitlichem Verschleiß und Arbeitslosigkeit weist der Verfasser Büchtemann diese Praxis der Kapitalisten nach:

„Von den Anfang 1978 befragten Arbeitslosen ... hatten über 12% eine amtlich anerkannte Erwerbsminderung und über 26% gesundheitlich Einschränkungen beim Arbeitsamt angegeben, litt annähernd jeder vierte an einem ‚weniger guten‘ oder ‚schlechten‘ Gesundheitsbefinden, sowie jeder dritte an psychosomatischen Beschwerden und jeder zweite an ernsthaften chronischen Erkrankungen wie Herz- und Kreislaufbeschwerden, Bandscheibenschäden, Rheuma usf. ... Arbeitslose mit gesundheitlichen Einschränkungen ... verrichteten an ihrem letzten Arbeitsplatz überdurchschnittlich häufig körperlich schwere, eintönige Arbeit mit hoher Streßbelastung, verkraupfter Körperhaltung und schädlichen Umwelteinflüssen wie Lärm, verunreinigter Luft, Schmutz, Nässe, Kälte, Hitze usf. Überproportional unter den gesundheitlich eingeschränkten Arbeitslosen sind ferner Personen vertreten, die zuletzt in

Schicht- oder Nachtarbeit sowie in Akkord eingesetzt waren und regelmäßig Überstunden leisteten.“

Die Untersuchung beweist ferner, daß die Kapitalisten gezielt die Arbeiter entlassen, die durch die Schinderei unter solch schweren Bedingungen verschlissen sind: Rund drei Viertel der von den Kapitalisten gekündigten Arbeiter mit gesundheitlichen Schäden nannten diese Beeinträchtigungen als Entlassungsgrund. Etwa die Hälfte der Arbeiter mit gesundheitlichen Beeinträchtigungen war nach zehn Monaten immer noch arbeitslos. Bei den Arbeitslosen, die älter als 45 Jahre sind, hatten deutlich mehr Gesundheitsschäden als gleichaltrige in Beschäftigung. Aber ebenso deutlich häufiger waren sie vorher in Nacht-, Schicht- und Akkordarbeit beschäftigt: Die Kapitalisten haben sie durch jüngere Arbeiter ersetzt.

Findet ein Arbeiter, dessen Gesundheit durch die Kapitalisten ruiniert wurde und der daher aus dem Betrieb flog, erneut einen Ausbeuter, kann er sicher sein, daß die Bezahlung schlechter ist und die Arbeitsbedingungen nicht besser sind. Annähernd die Hälfte der Arbeitslosen mit gesundheitlichen Einschränkungen, die vor der Arbeitslosigkeit in ihrem erlernten Beruf arbeiteten, werden danach entweder als Angelernte, meistens sogar nur als Ungelernte, eingestellt. Der Verfasser der Studie stellt fest, daß nicht weniger Arbeiter, deren Gesundheit angeschlagen ist, bei einer Neueinstellung sich in Nacht-, Schichtarbeit und bei körperlich schwerer Arbeit ausbeuten lassen müssen als Arbeiter, „die (noch) keine gesundheitlichen Einschränkungen angegeben haben“.

Quellenhinweis: F. Hauß (Hrsg.), Arbeitsmedizin und präventive Gesundheitspolitik, Campus-Verlag, 48 DM

Tarifforderungen im Versicherungsgewerbe

Am 18.2. hat die Große Tarifkommission die Forderung der Gewerkschaft HBV für die Tarifrunde 1983 beschlossen: Gehaltserhöhungen von 6,5%, 65 DM mehr für alle Auszubildenden, tarifliche Absicherung der Sonderzahlungen, 1600 DM Urlaubsgeld mindestens, arbeitsfreier 31. 12., Einbeziehung von Teilzeitkräften in den Tarifvertrag. Bestandteil der Gehaltstarifforderungen ist der zeitgleiche Abschluß eines verbesserten Rationalisierungsschutzabkommens. Im privaten Versicherungsgewerbe sind derzeit rund 202000 Angestellte beschäftigt. Die ersten Verhandlungen finden am 25.3. statt.

Zutrittsverbot für ÖTV bekräftigt

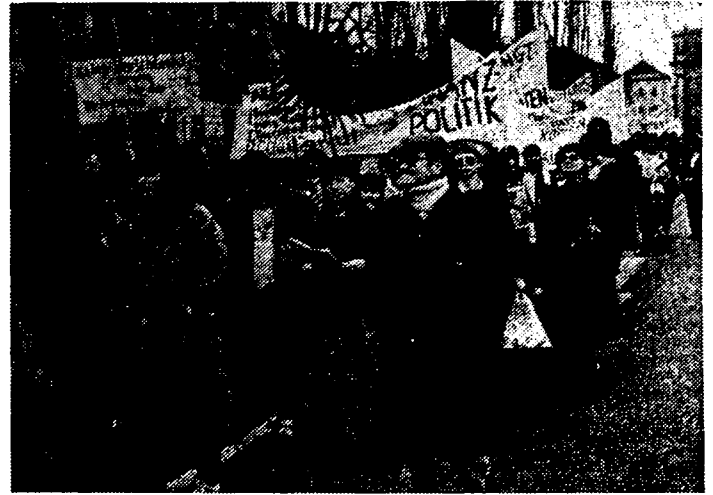
Das Bundesarbeitsgericht in Kassel hat eine Entscheidung des Landesarbeitsgerichts Nordrhein-Westfalens aufgehoben, wonach der ÖTV Zutrittsrecht zu kirchlichen Einrichtungen bestätigt war. Gleichzeitig änderte das Bundesarbeitsgericht die Entscheidungen der Arbeitsgerichte Essen und Rheine, die ebenfalls zu Gunsten der ÖTV entschied.



In Portugal streiken seit mehreren Wochen die Arbeiter und Angestellten des öffentlichen Transportgewerbes (Bild). Die Streiks laufen stunden- und tageweise. Grund der Arbeitsniederlegung ist die Mißachtung des Tarifvertrages durch die Regierung. Nachdem Regierung und Gewerkschaft (Federação Sindicatos dos Transportes) sich vor Monaten bereits auf prozentuale Anhebung der Löhne um 17% bis 20% geeinigt hatten, verweigert im nachhinein die Regierung die Auszahlung der Erhöhung. Sie will diesen Tarifvertrag über zwei Jahre Laufzeit sehen. Die Preissteigerungsrate beträgt derzeit 23%. Gegen das Einfrieren der Löhne und Gehälter hat sich nicht nur die Transportarbeiter-Gewerkschaft ausgesprochen. Die Gewerkschaftsdachorganisation CGTP-IN hat gegen das Vorgehen der Regierung zu großen Manifestationen aufgerufen. Rückhalt dafür findet sie bei den Werftarbeitern, die seit September letzten Jahres keinen vollständigen Lohn mehr von der Regierung erhalten haben. Lenkt die Regierung nicht ein, werden vorerst die Streiks weiterlaufen.

München. Eltern behinderter Kinder, Vertreter von GEW und ÖTV, Sozialarbeiter und Heilpädagogen haben in München einen „Arbeitskreis gegen Sparmaßnahmen im Behindertenbereich“ gebildet. Anlaß sind die vom Verband der bayerischen Bezirke, dem Kostenträger von Behinderteneinrichtungen, zu Jahresbeginn beschlossenen 10%igen Kürzungen der Sozialausgaben. Bis zu 10% des Personals werden deshalb entlassen und manche Heime zu reinen Verwahranstalten degradiert. 1400 beteiligten sich an einer Demonstration am 26.2.

den hatten. Das Bundesarbeitsgericht entsprach damit der von verschiedenen katholischen Krankenhäusern und Kirchengemeinden eingelegten Revision. Hinzuweisen ist darauf, daß das Bundesarbeitsgericht am 14. Februar 1978 der ÖTV ein grundsätzliches Zutrittsrecht zu kirchlichen Einrichtungen zugesprochen hatte, welches am 12. Juni 1981 durch das Bundesverfassungsgericht aufgehoben wurde. In der neuen Rechtsprechung bezieht sich das Bundesarbeitsgericht auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichts (Aktenzeichen: 98/80 und 355/80).



Immer mehr Räumungsklagen

Westberlin. Die Westberliner Bezirke registrieren einen drastischen Anstieg der Räumungsklagen und Überfüllung der Obdachlosenheime. Der Schöneberger Sozialstadtrat erklärte: „Die fünf Obdachlosenheime des Bezirks sind überfüllt. 200 Personen mußten wir bereits in Pensionen unterbringen.“ Unter den 355 Eingewiesenen in die Heime des Bezirks befanden sich 155 Kinder. Das Charlottenburger Bezirksamt erklärte im Januar die immer bedrohlichere Lage so: „Der Druck hoher Mieten und teilweise auch die Arbeitslosigkeit treiben einen neuen Personenkreis vor die Gerichte. Nach Feststellungen des Charlottenburger Sozialamtes sind es zunehmend Bürger aus mittleren Einkommensschichten, die mit Räumungsklagen ihrer Vermieter aktenkundig werden. Ihre Miete können auch Leute nicht mehr bezahlen, die man früher als unauffällige, in geordneten wirtschaftlichen Verhältnissen lebende Bürger beurteilt hätte.“

Freispruch im Videocolor-Prozeß

Ulm. Der Werkzeugmacher und der wissenschaftliche Hilfsassistent, angeklagt wegen Aufrufs zur Maschinenzerstörung (Landfriedensbruch), mußten freigesprochen werden. Nach den widersprüchlichen Aussagen des einzigen Belastungszeugen brach die Anklage völlig in sich zusammen, sodaß selbst der Staatsanwalt Freispruch beantragte. Überdeutlich wurde im Prozeßverlauf der blinde Eifer der Ermittlungsbehörden,

trotz erheblichen Beweismangels zwei aktive Kommunisten vor Gericht zu zerren, da ihre „Ideologie zu Gewaltakten führen könnte“, und einen Präzedenzfall für eventuell weitere Werksbesetzungen zu schaffen. Zu diesem Zweck wurde ein türkischer Arbeiter mißbraucht. Etwa 500 Zuschauer waren im Gerichtssaal und unterstützten mit wiederholtem Beifall die Ausführungen der Angeklagten. Der Staatsanwalt machte den Versuch, den Angeklagten das Zustandekommen dieses „unnötigen“ Prozesses aufgrund ihrer Aussageverweigerung während der Ermittlungen anzulasten. Die bürgerliche Presse zeigte sich erleichtert über den Freispruch, nur so sei der Makel der Parteilichkeit, der der Justiz anzuhaften drohte, wieder abzuwaschen gewesen.

Demonstration gegen Dev Sol-Verbot

Dortmund. Am Samstag, den 26. Februar, demonstrierten in Dortmund ungefähr 350 gegen das von Zimmermann erlassene Verbot der türkischen Organisationen Dev Sol und Halk Der. Dabei wurden Forderungen nach Streichung der westdeutschen Türkei-Hilfe und dem Verbot der Grauen Wölfe erhoben. Gleichzeitig kündigte die NPD 50 Meter weiter eine „Großkundgebung“ an. 30 Fußballfans der „Borussia Front“ halfen 15 NPDlern beim Aufbau und begrüßten sie mit „Heil Hitler“. Erst als die Demonstration auf dem Kundgebungsplatz der NPD eintraf, mußte die Polizei damit aufhören, Eierwerfer ausfindig zu machen und stattdessen den Fan-Club beschützen.

Forderungen des DGB Kreis Mannheim an die Stadt

Mannheim. Die Kreisdelegiertenkonferenz des DGB Kreis Mannheim beschloß am 20. Januar 1983 mit einer Stimmhaltung eine Art Beschäftigungsprogramm für Mannheim. Punkt eins des Beschlusses fordert Energieeinsparung und rationelle Energieverwendung, gefordert wird: Ausbau der Fernwärme durch Kreditaufnahme. Leider setzt sich der DGB noch nicht öffentlich mit der inzwischen relativ weit verbreiteten Kritik an der Energiepolitik der Mannheimer Versorgungsgesellschaft (MVV) auseinander. Der Fernwärmeausbau der MVV orientiert sich ausschließlich am Wärmebedarf der Großindustrie, das Fernwärme-konzept der MVV führt zu einer überzentralisierten, forcierten und für die Haushalte teuren Versorgung. Die Kosten des gigantischen Antransportsystems werden auf die Haushalte überwältigt. So zahlte Daimler Benz z.B. keinen Pfennig für die 45 Mio. DM Anschlußkosten, ebenso wenig die US-Armee. Eine wichtige Forderung, die gerade vom DGB mitgetragen werden müßte, wäre auf jeden Fall, daß die Kosten von denen getragen werden müssen, die sie verursachen, und das ist in diesem Fall die Industrie und die US-Armee.

Punkt zwei des Beschlusses fordert Vorrang des sozialen Wohnungsbaus und der Modernisierung vor Prestigeobjekten. Für Mannheim: Zusätzlicher Bau von 500 Sozialwohnungen und zusätzliche Mittel für Wohnungsmodernisierung sowie Erhalt der Mietsubventionen im bisherigen Umfang.

Derzeit werden in Mannheim 6000 Wohnungen dringend benötigt. Mo-

natlich werden 60 bis 90 Räumungstermine gemeldet, 70% davon wegen Mietschulden. Die Stadt kürzt notwendige Mittel für Sanierungsmaßnahmen. Die CDU will die von der Stadt gewährte Mietsubvention (tragbare Mieten für mit öffentlichen Geldern geförderte Wohnungen) aushöhlen. Auf der anderen Seite betreibt die Stadt Wirtschaftsfördermaßnahmen, wie z.B. die Erschließung des Mannheimer Ostens. Bisher als landwirtschaftliche Nutzfläche ausgewiesenes Gelände wird zunächst für die Maimarktverlegung zur Verfügung gestellt, weitere Industrieansiedlung auf billigsten Grundstücken soll folgen. Gegen der Maimarktverlegung mit ca. 40 Mio. DM Folgekosten haben über 35000 Mannheimer Bürgerentscheid verlangt. Der DGB unterstützt diese Aktion bisher nicht ausdrücklich, wohl vor allem deshalb, da eine große Zahl von Funktionären nach wie vor der Auffassung ist, daß Wirtschaftsförderung zu Arbeitsplatzsicherung führt. Jedoch stellt der DGB gegenüber der Stadt eindeutig den Vorrang der Interessen der armen Bevölkerung fest.

Punkt drei des Beschlusses stellt Forderungen zum Umweltschutz, u.a. die nach Verbesserung der Luftverhältnisse. Bezüglich der zu beobachtenden überdurchschnittlichen Erkrankungen der Atmungsorgane sollen schnellstens Abhilfemaßnahmen eingeleitet werden. Die Trinkwasserversorgung darf nicht weiter durch Gewerbetreibende und US-Streitkräfte beeinträchtigt werden.

Mannheim ist der mit Schadstoffen am stärksten belastete Raum in Baden-

Württemberg und steht im Bundesgebiet an zweiter Stelle. Die Forderung des DGB trifft die bisherige Politik der Stadt erheblich und stärkt die bestehende Bewegung gegen die Luftverschmutzung und ihre Folgen. Sie gibt auch Raum, von den Kapitalisten und der US-Armee die volle Übernahme der Kosten ihrer Verunreinigung des Wassers zu verlangen. Gegenüber den bisherigen Forderungen von Initiativen und Organisationen erklärte der Oberbürgermeister lapidar, die würden der Wirtschaftsförderung zuwiderlaufen.

Punkt vier des Beschlusses fordert ein Nahverkehrskonzept ohne Verkehrsverdünnung und ohne Gebührenerhöhungen auf dem Rücken der Arbeitnehmer. Weiter wird eine Beteiligung des DGB bei der Entscheidung über Organisationsform, Mitbestimmung, Gebühren und Investitionen der MVV verlangt. Und zuletzt stellt der DGB fest, daß auch eine Erhöhung der Gewerbesteuer diskutiert werden muß.

Gegenüber früherer Zurückhaltung des DGB bei Fahrpreiserhöhungen ist die Forderung positiv zu nutzen. Gegenüber dem vorgelegten Haushaltsentwurf der Stadt mit 24,6 Mio. DM Personalkürzungen und weiteren 24 Mio. DM Einzelkürzungen vor allem im Jugend- und Sozialbereich bei erhöhter Wirtschaftsförderung ist die verlangte Diskussion einer Erhöhung der Gewerbesteuer eine sehr vorsichtige und zu schwache Reaktion der Gewerkschaft. Allerdings auch ein neuer Lichtblick, denn die SPD-Fraktion und der SPD-Oberbürgermeister lehnen zusammen mit der CDU die Gewerbesteuererhöhung heftig ab.

Krankenhaus

Der Druck auf die Beschäftigten wächst

München. Im Klinikum Großhadern sind auf einer Intensivstation sechs Planstellen gestrichen worden. Begründung: Seit Jahren hat die Station nur ca. sieben Betten geöffnet, obwohl die Planstellen für zehn Betten berechnet sind. Bisher war dies die einzige Intensivstation im Klinikum, wo eine ausreichende Pflege und intensive Betreuung der Patienten möglich war. So konnte z.B. ein schweres Poly- oder Schädelhirntrauma von einer Schwester ganz allein versorgt werden. Das ermöglicht natürlich ganz andere Qualitäten der Versorgung und späteren Mobilisierung, als wenn eine Schwester drei Intensivpatienten zu versorgen hat. Es heißt, die Planstellen werden nicht gestrichen, sondern „umverteilt“, d.h. eine andere Station erhält diese Stellen und muß mehr Betten eröffnen.



400 demonstrierten am 5.3. in Mannheim gegen die Kürzungen im Sozialbereich.

Aber es zeigt, daß der Dienstherr jetzt verstärkt darangeht, Einsparungen vorzunehmen, jegliche Sondervergünstigungen abzubauen und den Druck auf die Beschäftigten zu verstärken. So hat das bayerische Staatsministerium dieses Jahr ausdrücklich festgehalten, daß jede Planstelle im öffentlichen Dienst nach Kündigung eines Mitarbeiters sechs Monate nicht besetzt werden darf. Letztes Jahr waren es noch drei Monate, und es gab einige Ausnahmeregelungen, so für den Pflegedienst, den Krankentransport, einige Facharbeiter und noch in anderen Bereichen.

Seit ca. einem halben Jahr sind fast alle Planstellen in allen Bereichen besetzt. Fast gleichzeitig nimmt der Druck auf die Beschäftigten zu: Im November wurde einem Teil der Mitarbeiter kein Weihnachtsgeld ausgezahlt, und zwar gehäuft in Küche und Wäscherei, wo ein großer Teil von Ausländern beschäftigt ist: „Computerfehler“. Genauso fix beim Einbehalten von Lohngeldern geht es inzwischen bei Krankmeldungen, die nicht am

vierten Tag bei der Verwaltung sind. Hielt bisher die Verwaltung in solchen Fällen Rücksprache mit dem jeweiligen Bereich, so sind jetzt Fälle bekannt geworden, wo das Gehalt nicht gezahlt wurde, ein Verschulden des kranken Mitarbeiters aber ausgeschlossen wird. Nur dauert es dann sechs Wochen, bis das Gehalt nachgezahlt werden kann. Zum erstenmal erhielten dieses Jahr die Stationen strikte Anweisung, den Mitarbeitern keine Faschingsstunden zu bewilligen, was bisher als ungeschriebenes Recht bewilligt wurde. Und seit neuestem verlangt die Verwaltung das Vorzeigen der Sterbeurkunde, wenn ein Mitarbeiter Sonderurlaub wegen Todesfall beantragt hat.

Der neue ärztliche Direktor, Prof. Dr. K. Peter, hat in seiner Weihnachtsansprache klar herausgestellt, wofür er eintreten wird: Im neuen Jahr müsse mehr Leistung erbracht werden, auch ohne finanzielle oder sonstige Entschädigung. Denn schließlich sollen die Beschäftigten froh und dankbar für ihren sicheren Arbeitsplatz sein.

Weiterbildung den Kapitalisten ein Dorn im Auge. In Niedersachsen gibt es für die Ansprüche auf Bildungsurlaub im Vergleich zu den anderen Bundesländern, in denen es Bildungsurlaubsgesetze gibt (Bremen, Hamburg, Berlin und Hessen) relativ günstige gesetzliche Regelungen. Für alle Lohnabhängigen (Berlin, Hessen: nur für Lohnabhängige unter 25 Jahren) wird ein Freistellungsanspruch für die Teilnahme an Veranstaltungen der politischen, beruflichen und allgemeinen Weiterbildung von zehn Tagen innerhalb von zwei Jahren begründet. Die geplante Novellierung des niedersächsischen Bildungsurlaubsgesetzes (NBildUG) stellt einen scharfen Angriff auf die gewerkschaftliche Bildungsarbeit und auf das Bedürfnis der Lohnabhängigen dar, auch nur elementare Kenntnisse zu gewinnen oder aufzufrischen. Der in Niedersachsen sehr weitgefaßte Bildungsbegriff wurde auch in verschiedenen Arbeitsgerichtsprozessen bestätigt. In einem heißt es, Weiterbildung „sei auch der erstmalige Erwerb von Kenntnissen und Fähigkeiten im Rahmen eines Lernprozesses, bei dem zumindest ein Mindestmaß an geistigen Auseinandersetzungen im Allgemeinen vorausgesetzt ist“ (Der Spiegel 15/82)

Dies stellte einen vergleichsweise weitreichenden rechtlichen Schutz gegen die ständigen Versuche der Kapitalisten dar, Bildungsveranstaltungen als Freizeit- oder Hobbyveranstaltungen zu deklarieren. Weiter ist von erheblicher Bedeutung, daß Veranstaltungen im wesentlichen dann als Bildungsurlaubveranstaltungen anerkannt wurden, wenn sie von einem „anerkannten Träger“ durchgeführt wurden. Die wichtigsten sind die Volkshochschulen und „Arbeit und Leben“. 1980 wurden 84% aller Bildungsurlaubveranstaltungen von ihnen in Niedersachsen durchgeführt.

Spätestens seit 1980 führt dagegen die Landesvereinigung der niedersächsischen Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände jährliche Kampagnen durch. Veranstaltungen, die ihnen nicht passen, wie z.B. Zeichnen, Malen, Fotografieren, aber auch „Durchsetzung von Arbeitnehmerinteressen – Alternative Arbeitskämpfformen“ – 1982 waren es 117 Veranstaltungen – werden zu Freizeitveranstaltungen erklärt, und als „Mißbrauch“ des Bildungsurlaubs bekämpft. Vertuscht wird damit der Sachverhalt, daß viele Lohnabhängige bereits auf ihr Recht auf Bildungsurlaub verzichten und ihren Erholungsurlaub für die Weiterbildung „mißbrauchen“. In den letzten Jahren waren es durchschnittlich nur $\frac{3}{4}$ bis $\frac{2}{3}$ aller Teilnehmer an Bildungsurlaubveranstaltungen an Volkshochschulen in Niedersachsen, die an den Veran-

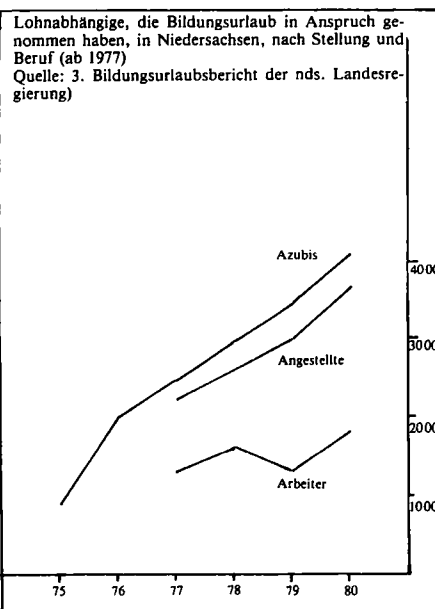
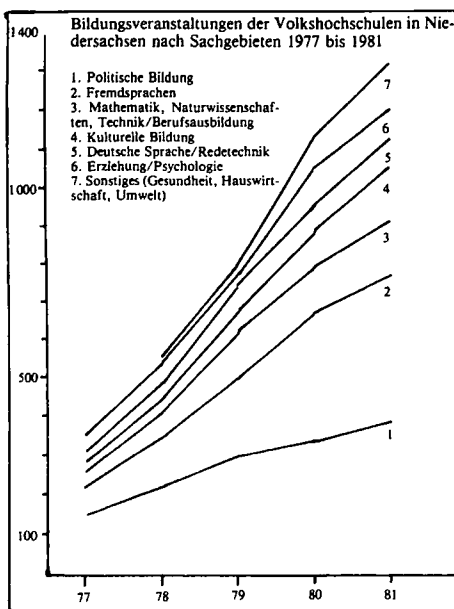
Niedersachsen

Scharfer Angriff der CDU-Landtagsfraktion auf das Bildungsurlaubsgesetz

Hannover. Während in Nordrhein-Westfalen der Kampf darum geführt wird, ein Bildungsurlaubsgesetz einzuführen, plant die CDU-Fraktion im niedersächsischen Landtag eine weitgehende Einschränkung des Bildungsurlaubsanspruchs. Für Auszubildende soll künftig keine Freistellung mehr erfolgen, eine Mindestdauer der Betriebszugehörigkeit soll festgelegt werden, den Kapitalisten soll „Einsicht in den Bildungsablauf“ gegeben und „ausreichende Einspruchsfristen“ eingeräumt werden. Vom Bildungsurlaub

ausgeschlossen werden sollen: „Veranstaltungen, die überwiegend der Geselligkeit, der Erholung und der Unterhaltung dienen, allgemeine kulturelle und soziale Betätigung, Angebote, die überwiegend der Vereins- oder Verbandstätigkeit zuzurechnen sind.“

Wenn auch z.B. in Niedersachsen 1980 nur knapp 2% aller sozialversicherungspflichtig beschäftigten Lohnabhängigen an Bildungsveranstaltungen teilnahmen, so ist offensichtlich allein der Rechtsanspruch von Lohnabhängigen auf einfachste Formen der



staltungen auf Grund des NBildUG teilnahmen. (1981: 73,1%).

Gelang es den Kapitalisten auch nicht formell, den Anspruch auf Bildungsurlaub einzuschränken – bislang haben sie alle entsprechenden Arbeitsgerichtsprozesse verloren – so haben sie offensichtlich erreicht, daß die Lohnabhängigen die Auseinandersetzungen zunehmend scheuen. Flankiert wurde der Druck der Kapitalisten durch die Politik der Landesregierung. Kosten für Übernachtungen werden seit dem 1. April 1981 nicht mehr voll, sondern nur noch zu 85% erstattet. Zugleich wurde das Wachstum des Veranstaltungsprogramms nicht mehr voll, sondern nur noch bis zu einer Zuwachsrate von 6% bezuschußt, was faktisch einem Einfrieren der Mittel gleichkam. In der Folge stiegen 1982 die Kursgebühren z.B. an den Hildesheimer Volkshochschulen für Veranstaltungen der „politischen Bildung“ von 60 auf 100 DM.

Insgesamt beginnen die vereinten Anstrengungen von Landesregierung und Kapitalisten zu wirken. Stiegen die Teilnehmerzahlen an Bildungsurlaubsveranstaltungen an den niedersächsischen Volkshochschulen bis 1981 an, so deutet sich ab 1982 ein erheblicher Rückgang an. An der Hildesheimer Volkshochschule (Stadt) sanken die Teilnehmerzahlen 1982 auf 254 gegenüber 337 im Vorjahr. Die Zahl der Arbeiter unter den Teilnehmern sank dabei von 68 auf 27. Dies ist offensichtlich die Grundlage, worauf die niedersächsische Landesregierung die Novellierung des Erwachsenenbildungs- und Bildungsurlaubsgesetzes durchzusetzen hofft.

Daimler-Benz Ärzte prangern an

Stuttgart. Mitte November hatte Daimler-Benz Bremen verschiedene Ärzte zu einer Konferenz eingeladen. Zwei Ärzte schrieben danach empört an den Betriebsrat. Über die Bremer Kollegen erfuhr der Betriebsrat von Daimler-Benz Stuttgart-Untertürkheim von dieser Konferenz und brachte im Betriebsausschuß die Frage ein, ob etwa auch in Stuttgart Daimler-Benz eine solche Besprechung durchgeführt wurde. Dies bestätigte die Werksleitung und meinte auf Nachfrage, „leider sei die Einladung an den Betriebsrat vergessen worden.“ Auf der nächsten Betriebsversammlung in Stuttgart wird der Betriebsrat die Belegschaft darüber informieren. Nachfolgend der Brief der beiden Ärzte:

„... Der Werksleiter höchstpersönlich klärte uns über die außergewöhnlich hohen Belastungen auf, die durch die Lohnfortzahlung entstehen. Detailliert wurde uns mit Statistiken erläutert, wo die Schuldigen für den hohen Krankenstand von zehn Prozent zu su-



Daimler-Benz Untertürkheim: Mit Fertigungsleitrechnern im Meisterbüro werden die Arbeiter an den Maschinen genau kontrolliert.

chen seien: Beim Krank,feiern' über treffen die Arbeiter die Angestellten, die Ungelernten die Gelernten, die Jüngeren die Älteren, und die Allerschlimmsten, die an nichts anderes denken, als mit dem gelben Schein ihren Urlaub zu verlängern, das seien die Ausländer. Die Lösung des Problems hatte man auch schon parat: gefälligst weniger krank schreiben, öfter den Vertrauensarzt einschalten. Darüber hinaus wurden wir Ärzte aufgefordert, uns dafür einzusetzen, daß wie früher Karenztage eingeführt werden und die Selbstbeteiligung der Versicherten an den Krankheitskosten erhöht wird.

Beeindruckt hat uns das, was wir beim Rundgang in den Hallen sahen und hörten: die Lärmbelastung besonders bei den Pressen, die Monotonie der Bewegungen, die Unmöglichkeit sich zu unterhalten, die Pausenräume, die voll in der Lärmzone liegen. Die einförmigen und schnellen Bewegungsabläufe der Schweißer, der Gestank und die Dämpfe beim Lackieren – wie wirken sich diese Einflüsse auf die Gesundheit der Arbeiter aus? Das interessiert uns als Ärzte! Dieses Wissen brauchen wir, um die Kollegen gut behandeln zu können.

In unseren Augen ist es wichtig, daß es Ärzte gibt, die sich nicht vereinnahmen lassen, sondern ihre Aufgabe darin sehen, vor allem die hart arbeitenden Menschen und ihre gesundheitlichen Probleme ernst zu nehmen.“ gez. Dr.med Marie-Helene Streicher, Hans-Joachim Streicher, praktizierende Ärzte.

Berufsausbildung Modell „billige Arbeits- kraft in Schicht ...“

Bielefeld. Vor dem Hintergrund einer Verfünfachung selbst der gemeldeten jugendlichen Arbeitslosen im Arbeitsamtsbezirk sind verschiedene Initiativen zur „Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit“ gestartet worden. Sie gehen von Wahlkampfmanövern der Direktkandidaten der SPD und der CDU bis hin zu solchen der Stadt Bielefeld. Gemein ist allen diese Initiativen, daß sie den Druck auf die Jugendlichen erhöhen und Ausbildungsbedingungen durchsetzen, von denen die Kapitalisten bisher noch träumen. Die Kreishandwerkerschaft führt jetzt selbst in Friseurberufen Leistungstests durch, um einerseits die Auslese zu verschärfen und andererseits den Durchgefallenen das Recht auf weitere Ausbildung zu bestreiten. „Wer weniger als ein Drittel der 100 Punkte erreicht, kann die Hoffnung auf einen Ausbildungsplatz weitgehend abschreiben“, erklärte ein mit der Durchführung solcher Tests beauftragter Berufsschullehrer vor der Presse.

In diese Kerbe drischt der CDU-Abgeordnete Meyer zu Bentrup. Wer „ausbildungsfähig und -willig“ ist, dem könne er schon eine Ausbildungsstelle besorgen. Nachdem eine IG Metall-Betriebsrätekonferenz aufgerufen hat, ihn beim Wort zu nehmen, ist er merklich ruhiger geworden. Die Schaumschlägerei war wohl offenkundig.

Nach Auskunft der Schülervertretung der Carl-Severing-Berufsschulen für Metall- und Elektroberufe nimmt die Zahl der Auszubildenden ohne Schulabschluß in den Berufen ab, in denen bisher keiner nötig war. Ab diesem Punkt setzt nun der SPD-Bundestagsabgeordnete Vogelsang an. Er hat 30 bis 40 Jugendliche zum Teil ohne Schulabschluß an verschiedene Bielefelder Betriebe vermittelt. Dort sollen sie zunächst ein Jahr bleiben. Danach wird entschieden, ob sie in einem weiteren Jahr Teilezurichter werden dürfen. Die IG Metall lehnt diesen „Beruf“ als Teil der Stufenausbildung ab. Einen weiteren Vorstoß macht die Stadt Bielefeld. Sie will über 300 Jugendliche an den Berufsschulen drei Jahre zu Metallfacharbeitern ausbilden lassen. Außerdem empfiehlt sie den Berufsschulen, Klassen für physikalisch-, elektrotechnische Assistenten u.ä. einzurichten. Die Ausbildung soll zum Teil im Zweischichtbetrieb stattfinden. Aber hier wird noch eine weitere „ausbildungshemmende Vorschrift“ beseitigt: es gibt keinen Pfennig Lohn oder Ausbildungsvergütung.

Die 6%-Forderung liegt unter dem tatsächlichen Reallohnverlust

Hamburg. Zwar vertritt die HBV in ihren Publikationen, daß Lohnverzicht nicht Arbeitsplätze sichere, doch mit ihrer Forderung für die Beschäftigten bei Banken, Sparkassen und Bausparkassen ist sie nicht in der Lage, den Lohn tatsächlich zu erhalten, geschweige der Talfahrt der Löhne und Gehälter entgegenzuwirken. Sie fordert: 6% Lohn, Strukturverbesserungen hinsichtlich der Berufsjahresstafel, sechs Wochen Urlaub für alle und den zügigen Abschluß des seit Jahren verhandelten Rationalisierungsschutzabkommens. Die Verkürzung der Berufsjahresstafel bedeutet für die Arbeiter und Angestellten in den Tarifgruppen (TG) 1 bis 5, die nicht Anfangs- oder Endgehalt beziehen, eine zusätzliche Erhöhung von 17 bis 23 DM, sofern die sechs Prozent durchgesetzt werden. Dies beträfe etwa 20% aller Beschäftigten. Die Forderung nach Streichung der Tarifgruppe 1, die seit vielen Jahren aufgestellt wurde, ist jedoch leider fallengelassen worden.

Was 6% für das Bruttogehalt in den einzelnen Tarifgruppen bedeuten und was sie netto ausmachen, zeigt die folgende Tabelle:

TG	Brutto alt	Brutto neu	Bruttoertrag	Nettoertrag
1	2029	2151	122	75,32
2	2134	2263	129	74,85
3	2269	2406	137	79,16
4	2484	2634	150	82,32
5	2754	2920	166	81,77
6	3018	3200	182	82,11
7	3296	3494	198	84,74
8	3584	3800	216	93,30
9	3875	4108	233	102,56

Diese Rechnung bezieht sich auf die Endgehälter in Steuerklasse IV bei zwei Kindern. Die 52 DM Sparzulage sind bei den Abzügen berücksichtigt. Eine Gehaltserhöhung von 6% würde also zwischen 75 und 102 DM netto bringen. Gemessen an den gestiegenen Kosten im letzten Jahr kann man wohl kaum behaupten, daß dies eine reale Steigerung sei, eher im Gegenteil. Bei einem Gehalt, das über dem Endgehalt der Tarifgruppe 4 liegt, ist das Netto-gehalt durch die Preissteigerungsrate so weit aufgeessen, daß es durch die obigen Erhöhungen nicht mehr im vollen Umfang ausgeglichen werden kann. Die Verluste liegen innerhalb der Tarifgrenzen bis zu 10 DM. Die „Zuwächse“ der Tarifgruppen 1 bis 4 liegen in etwa eben dieser Größenordnung.

Als Inflationsrate haben wir die offizielle Preissteigerungsrate für die Lebenshaltungskosten aller privaten Haushalte zugrunde gelegt. Diese betrug im November 1982 4,7%. Dabei liegen die tatsächlichen Kostensteigerungen für viele Haushalte, besonders für solche mit niedrigem Einkommen, weit über der offiziellen Durchschnittsmarke. Bei der Durchsicht der Statistik für Hamburg fällt auf, daß die Waren in den Bereichen, auf die man unmittelbar angewiesen ist, besonders viel teurer geworden sind. So stiegen Nahrungsmittel um 5,8%, Elektrizität, Gas und Brennstoffe um 8,3%. Die Freigabe der Mieten wird in nächster Zeit saftige Mieterhöhungen bringen. Kinder-

netto rund 0,5% Gehaltsabzug bedeuten. Die 6%-Gehaltsforderung ist offensichtlich nicht nur äußerst knapp, gemessen am Geldbeutel der Beschäftigten, sondern beinhaltet von vornherein für alle Tarifgehälter Lohnverzicht. Doch 6% ist noch längst nicht der Abschluß. Dieser wird ohne wirk-same Kampfmaßnahmen unterhalb der Preissteigerungsrate liegen und selbst nach HBV-Rechnung Reallohnverlust bedeuten. Und das, obwohl die Banken zahlen können.

Ein niedriger Abschluß im Bankenbereich begünstigt nicht gerade die Situation in den anderen HBV-Bereichen. Dies gilt insbesondere für den Einzelhandel mit seinen niedrigen Tarifen. Dabei haben nicht zuletzt die Kollegen dort die Riesengewinne der Banken mit erarbeitet: Die Karstadt AG gehört zu je 25% der Deutschen Bank und der Commerzbank. Diese Banken üben mit fünf von zehn Kapitalvertretern im Aufsichtsrat die direkte Kontrolle über das Unternehmen aus. Bei



Keine zwei mehr vor dem Komma wollen die Beschäftigten im HBV-Bereich. 6% mehr Lohn und Gehalt fordert die HBV für die Bankangestellten.

kleidung ist zwischen 8 und 17% teurer geworden, Kinderschuhe um 9,2%. Für Gemüsekonserven muß im Schnitt 7% mehr gezahlt werden. Luxuswaren dagegen sind im Preis kaum gestiegen oder sogar konstant geblieben, bestimmen aber den Durchschnitt des Warenkorbes der Statistiker mit. Die Preiserhöhungen der letzten Jahre schlagen in den Familien mit niedrigen Einkommen besonders durch, da sie grundsätzlich auf die hier aufgeführten Waren nicht verzichten können und fast ausschließlich Waren dieser Art konsumieren.

Weiterhin muß man die Erhöhung der Arbeitslosenversicherung zum 1.1. 1983 und die der Rentenversicherung zum 1.7. 1983 bedenken, die in keiner Inflationsstatistik auftauchen, aber

der Kaufhof AG sind die Commerzbank und die Dresdner Bank zu je 25% beteiligt, hier sitzen vier Banker im Aufsichtsrat. Auch bei der Horten AG sind die Dresdner Bank und die Commerzbank wesentlich mit drin. Der Aufsichtsratsvorsitzende kommt von der Deutschen Bank und ein weiteres Aufsichtsratsmitglied von der Commerzbank. Die sorgen dafür, daß die Dividende stimmt: Für das Geschäftsjahr 1981 betrug der Gewinn pro 50 DM-Aktie 17,72 DM. Für den gleichen Zeitraum schüttete die Kaufhof AG 13,72 DM für die 50 DM-Aktie aus. Die Banken machen Geschäfte wie noch nie, Streikmaßnahmen würden sie ganz empfindlich treffen. Am ersten Verhandlungstag am 4. März sind sie allerdings noch frech ohne Angebot aufgetreten.

Bankgehälter und der „Warenkorb“

Die Fachgruppe Banken in Hamburg hat zur Tarifrunde ein Flugblatt verteilt, das wir in Auszügen zitieren:

„Das Statistische Bundesamt gibt an, daß ein Vier-Personen-Haushalt mit einem alleinverdienenden Haushaltsmitglied 1982 Ausgaben in der Höhe von 2521 DM tätigen mußte, um die Waren und Dienstleistungen zu bezahlen, die im Warenkorb repräsentiert sind. Es sind z.B. enthalten:

380 DM für Mieten
200 DM für Kleidung und Schuhe
340 DM für Verkehrszwecke (incl. PKW) und Nachrichtenübermittlung
760 DM für Nahrungs- und Genußmittel

Bei einigen dieser Ausgabenposten ist mit Sicherheit anzunehmen, daß sie zu gering veranschlagt sind (z.B. Miete).

Arbeitnehmereinkommen im Bankengewerbe (Vier-Personen-Haushalt, ein alleinverdienendes Familienmitglied):

Durchschnittliches Bruttoeinkommen (incl. 52 DM VL)	2872 DM
– Steuern und Sozialabgaben	84 DM
Nettoeinkommen	1998 DM
– Warenkorb	2521 DM

Haushaltslücke: 523 DM

Rechnen wir zu den Einkünften das Kindergeld (150 DM), sowie das anteilige 13. Monatsgehalt (150 DM), so ergibt sich immer noch eine Haushaltslücke von über 200 DM.

Die Problematik hat sich im Jahr 1982 weiter verstärkt, da die Netto-(Real)-Einkommen (Nettoeinkommen bereinigt um die Preissteigerungsrate) im Jahr 1982 weiter zurückgegangen sind.

Die ‚Gehälter‘ von Bankenvorstandsmitgliedern:

Deutsche Bank: 1980: 869300 DM, 1981: 992310 DM; Dresdner Bank: 601900 DM / 520570 DM. Commerzbank: 441600 DM / 467398 DM. Mit über 3000 DM erhält ein Vorstandsmitglied z.B. bei der Deutschen Bank *pro Tag* mehr, als ein Arbeitnehmer im Durchschnitt *im Monat* verdient.

Da läßt sich leicht Verzicht predigen.“

Arbeitsbeschaffung Hamburger Senat: „Arbeit gibt Freiheit“

Hamburg. Der Hamburger Senat will mit seinem „100 Mio. Programm zur Arbeitsbeschaffung in Hamburg“ zur „Entlastung des Arbeitsmarktes“ beitragen. Es sollen 2750 Ganzjahresstellen (3,8% aller Arbeitslosen) geschaffen werden. Gezahlt werden soll nach Tarif oder ortsüblicher Vergütung, was in fast allen Fällen niedrige Lohngruppen bedeutet. Mittlerweile ist aus dem



Auf 180 Stellen arbeiteten 1982 2143 Sozialhilfeempfänger für 4,00 bis 10,50 DM täglich.

100 Mio. ein 123 Mio. DM-Programm geworden, weil die Bundesanstalt für Arbeit ihre Zuschüsse von 52,2 Mio. auf 77,2 Mio. DM erhöht hat. Weiter finanziert wird das Programm durch 6,7 Mio. DM Einsparungen bei der Sozialhilfe, da im Zuge des Programmes 500 bis 700 Sozialhilfeempfänger beschäftigt werden sollen. Durch die Neubeschäftigung rechnet der Senat mit Steuermehreinnahmen von drei Mio. DM, so daß eine Nettobelastung von 38 Mio. DM für den Hamburger Haushalt entsteht, den ja vor allem die Lohnabhängigen mit ihren Steuern finanzieren. Die Kapitalisten zahlen als Verursacher der Arbeitslosigkeit keinen Pfennig, ihren Anteil an der Arbeitslosenversicherung bekommen sie wieder rein in Form von Lohnzuschüssen (Schlechtwettergeld etc.), die aus der Arbeitslosenversicherung gezahlt werden.

Daß die Kapitalisten für Lohnabhängige, die sie nicht ausbeuten, keinen Pfennig zahlen wollen, erkennt der Senat an, indem er sie nicht finanziell belastet und dagegen die Lohnabhängigen Arbeitsplätze mit ihren Versiche-

rungsgeldern und Steuern selbst finanzieren läßt, denn, wie Bürgermeister von Dohnanyi in seiner Regierungserklärung am 23.2 sagte: „Arbeitslosigkeit ist ein schweres persönliches Schicksal, denn Arbeit gibt Freiheit und Selbstbestimmung.“ Das „Schicksal“ ist also nicht die zu niedrige Arbeitslosenversicherung, nein, es ist das Fehlen von Arbeit, von Ausbeutung. Vom „Schicksal“ befreien können sich die Arbeitslosen mit Hilfe des Programms denn auch in Niedriglohnbereichen, denn es geht ja um Arbeit und nicht um Geld, als da sind: „Kultivierung von Landschaftsgebieten“ (Arbeiten an öffentlichen Wegen, Grün-, Garten- und Friedhofsanlagen), „Herstellung von Tupfern für die UKE-Zahnklinik“, diverse „Bauverschönerungsarbeiten“ etc. Die Konsequenz ist Zwangsarbeit, die der Senat jetzt schon vom Programm abgesondert auf 500 Stellen für Sozialhilfeempfänger ausweiten will, und sie für 4,00 bis 10,50 DM pro Tag Freiheit erleben lassen will.

Die Bereitstellung von 2750 ABM-Stellen größtenteils bei „öffentlichen Trägern und sozialen Diensten“ zielt auf Lohnsenkung im öffentlichen Dienst, wenn v. Dohnanyi sagt: „Gegenwärtig sind rund 43% des Betriebshaushaltes unserer Stadt Personalkosten. Angesichts der Lage des Haushaltes kann dieser Teil nicht erhöht werden ... Auch deshalb ist es erforderlich, die Wahrnehmung bestehender Aufgaben so kostengünstig wie möglich zu organisieren ...“

Werften „Modell“ Nobiskrug: 5% Lohnsenkung

Rendsburg. Während in der gesamten BRD IG Metaller Warnstreiks gegen das 2,5% Lohnangebot der Metallkapitalisten durchführen, die IG Metall im Nordverbund eine Lohnerhöhung von 6,5%, mindestens 115 DM fordert, wollen die Kapitalisten der Nobiskrug-Werft in Rendsburg (Schleswig-Holstein) die 1400 Belegschaftsmitglieder zu einem fünfprozentigen Lohnverzicht verpflichten, zur Sicherung der Arbeitsplätze, versteht sich.

Der „Modellfall“, wie er in der Presse bereits wohlwollend bezeichnet wird, sieht folgendes vor: Die Belegschaft soll zwei Jahre lang 5% ihres Lohnes auf ein Sonderkonto einzahlen. Dieses Geld soll dem Unternehmen mit Zustimmung des Betriebsrates als zinsloser Kredit zur Verfügung gestellt werden. Mit diesem Kredit wollen die Nobiskrug-Kapitalisten dann ihre

Konkurrenten bei Auftragsvergaben preislich unterbieten. Der Kredit soll erst zurückgezahlt werden, wenn „das Unternehmen wieder Gewinn macht.“ Der Betriebsrat hat bereits seine Zustimmung zu diesem „Modell“ kundgetan. Eine Betriebsvereinbarung soll aber erst geschlossen werden, wenn sich die Mehrheit der Belegschaft in einer geheimen Abstimmung dafür ausspricht.

Dieses Projekt hat in der Öffentlichkeit zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen der IG Metall und der CDU geführt. Die IGM-Bezirksleitung stellt in einer Presseerklärung fest: „Nach zwei Jahren Reallohnverzicht für die Arbeitnehmer sind weitere Lohnkürzungsaktionen nicht tragbar.“ 5% Lohnsenkung sind im Durchschnitt 120 DM im Monat. Das entspricht einem ganzen Arbeitstag, für den die Arbeiter keinen Lohn erhalten sollen. Die IG Metall stellt weiterhin fest, daß durch die Subventionierung von Aufträgen durch Arbeitnehmerinkommen keine Arbeitsplätze erhalten, sondern sich nur die Konkurrenz unter den Werften verschärfen würde. Der CDU-Landtagsabgeordnete Otto Bernhard hat daraufhin behauptet, die IG Metall würde die Arbeitsplätze gefährden.

Ob sich bei der geplanten Abstimmung eine Mehrheit für dieses „Modell“ finden wird, ist schwer zu sagen. Viele Kollegen sind der Meinung, daß es immer noch besser sei, auf 5% des Lohnes zu verzichten, als arbeitslos zu werden und dann nur noch die Hälfte zu bekommen. Wenn sich diese Auffassung durchsetzt, bedeutet dies die bedingungslose Unterordnung der Arbeiter unter die Konkurrenz der Kapitalisten. Was hätten die Arbeiter davon? Nichts! Ähnliche Projekte würden bei den anderen Werften nicht lange auf sich warten lassen. Die Konkurrenzbedingungen wären genauso wie vorher, die Arbeitsplätze genauso gefährdet, nur – die Arbeiter würden 5% weniger Lohn bekommen!

Die Grünen Tribunal gegen Erstschlagswaffen

Nürnberg. Vom 18. – 20.2. 1983 veranstalteten die Grünen ein internationales „Tribunal gegen Erstschlags- und Massenvernichtungswaffen“. Dieses Tribunal hatte außerhalb der BRD eine größere Öffentlichkeit als in der BRD im Vorfeld der Bundestagswahlen. Über 200 Journalisten, 60 geladene Gutachter und 500 Besucher beteiligten sich an dem Tribunal. Eine interna-

tionale Jury verfaßte am Ende des Tribunals eine Resolution.

Zum „Gegenstand und Aufbau des Tribunals“ schrieben die Grünen: „Der atomare Rüstungswettlauf hat die Phase des Abschreckungsgleichgewichts hinter sich gelassen. Die Supermächte streben auf die Fähigkeit zum atomaren Erstschlag zu, auf die Fähigkeit zum überraschenden atomaren Entwaffnungsvorschlag auf den Gegner. Diese Entwicklung hat sich in den letzten fünf Jahren zugespitzt. Sie muß schnellstens gestoppt werden, binnen spätestens zwei bis drei Jahren.“ Petra Kelly vom Vorstand der Grünen legte in der Einladung folgendes dar: „Petra Kelly, Vorstandsmitglied der Partei, warf der NATO vor, sie sei offenkundig und eindeutig aus dem Stadium eines Verteidigungsbündnisses herausgetreten und habe den Charakter einer Militärallianz mit offensiven, auch einen Angriffskrieg riskierenden Absichten angenommen. Da die neuen Raketen, die ab Herbst 1983 in der Bundesrepublik stationiert werden sollen, ausschließlich die Eigenschaft von Erstschlagswaffen hätten, mache sich die deutsche Bundesregierung durch ihre Zustimmung zum Stationierungsbeschluß der Vorbereitung eines Angriffskrieges schuldig.“

Da sich das Tribunal gegen „West und Ost“ richtete, ist bemerkenswert, was die „Nürnberger Nachrichten“ berichteten: „Den stärksten Beifall – viele Teilnehmer erhoben sich dabei sogar von den Plätzen – erhielt der norwegische Professor Johann Galtung, Friedensforscher und Berater der Vereinten Nationen, der eine ganz andere Art von Angst ansprach. Die Sowjetunion hat vielen, ihren eigenen Bürgern und denen anderer Länder, schreckliche Dinge angetan, sagte Galtung, und deshalb müßten die Bürger Westeuropas fürchten, daß sie das eines Tages auch mit ihnen machen könnte.“ Diese Darstellung deckt sich nahtlos mit der Feindbildpropaganda der Unionsparteien: Der Feind steht im Osten.

In der Schlußresolution, die von sieben Jurymitgliedern unterzeichnet wurde, unter ihnen der amerikanische Nobelpreisträger George Wald, der Sicherheitsexperte Lomeiko (UdSSR), der japanische Philosoph Shinohan, wird die Vorbereitung und Androhung eines Einsatzes von atomaren, biologischen und chemischen Waffen als „völkerrechtswidriges Verbrechen“ bezeichnet. Die Stationierung von Pershing-II-Raketen und von Marschflugkörpern wird ebenfalls verurteilt. Die Verschwendung von „menschlichen Fähigkeiten, Rohstoffen und Milliardensummen“ für die Rüstung wird in der Schlußresolution ebenfalls attackiert.

KKW Wyhl Einrichtung eines Kompaktlagers geplant

Freiburg. Bis zum 10. März lagen die Änderungsanträge der Kernkraftwerk Süd (KWS) zur 1. Teilerrichtungsge-nehmigung für das KKW Wyhl beim Landratsamt Emmendingen sowie der Gemeinde Wyhl zur öffentlichen Einsichtnahme aus. Die badisch-elsässischen Bürgerinitiativen haben aufgerufen, möglichst viele detaillierte Einzelsprüche beim Ministerium einzureichen sowie den von den Bürgerinitiativen ausgearbeiteten Sammeleinspruch zu unterschreiben. Darin heißt es u.a.: „Zu den bisher vorgebrachten und nicht widerlegten Argumenten gegen die Atomenergie und das Atomkraftwerk Wyhl ist nämlich ein neuer Grund hinzugekommen. Durch das Änderungs-genehmigungsverfahren soll in Wyhl ein Kompaktlager errichtet werden. Darin sollen gegenüber der ursprünglichen Planung mehr als doppelt so viele abgebrannte Brennstäbe so lange untergebracht werden, bis sie in einem zentralen Wiederaufbereitungs-lager oder in einem zentralen Zwischen- oder Endlager aufgenommen werden können.“ Die Lagerkapazität für abgebrannte Brennstäbe soll von 22 auf 786 und für neue von 70 auf 120 Positionen erhöht werden. Mit Informationsständen, Haussammlungen und Veranstaltungen wurden in den Gemeinden am Kaiserstuhl, in Freiburg, Emmendingen und Lahr Unterschriften für den Einspruch gesammelt.

Zweck der Änderungsanträge ist keineswegs mehr Sicherheit. Die vorgesehenen baulichen und sicherheitstechnischen Änderungen sind nach Aussage des BI-Anwaltes Büchele unwesentlich, wohingegen die Gefährdung durch das vorgesehene Kompaktlager eindeutig steigt. So dient auch im Änderungsantrag z.B. die „Berücksichtigung der Erkenntnisse nach dem TMI-2-Störfall“ (Harrisburg) lediglich dazu, die bekannte und nie belegte Behauptung von der besonderen Sicherheit bundesdeutscher Kernkraftwerke wieder aufzustellen. Zweck ist die Optimierung des KKW-Betriebes.

Die KWS trifft auch Vorsorge für ungestörten Beginn und Durchführung des Baus. Um „die Baustelle während der Errichtung gegen unbefugtes und unkontrolliertes Betreten zu sichern“, sieht der Antrag einen Baustellenzaun „in Stahlbauweise mit einer Höhe von 2,5 m“ vor, der durch „Aufsetzen von Stahldrahtrollen“ eine Gesamthöhe von 3,3 m erreichen und mit Beginn der Bauarbeiten erstellt werden soll.

Ein neues Werk, um die Ausbeutung zu steigern für neue weltweite Erfolge

Regensburg. Bei Freibier und kostenlosem Abendessen informierte BMW im Kolpingsaal über das geplante sechste Werk: In der Weltrangliste der Autohersteller auf dem 16. Platz, liegt BMW jedoch in Europa in vorderster Reihe. Größter europäischer Hersteller von Sechszylindermotoren. Die Produktion hat sich im letzten Jahrzehnt verdoppelt, der Umsatz verfünffacht. Fast $\frac{2}{3}$ der Produktion gehen in den Export. „Deutschlands Nachbarn sind daher nach dem Inlandsmarkt (5–6%) die größten Absatzgebiete.“ Im November 1982 erreichte BMW erstmals zehn Mrd. DM Umsatz, die Konzernerlöse betrugen für 1982 11,6 Mrd. DM, das sind 27,7% Steigerung gegenüber 1981. Ausländische Produktionsstätten sind in Steyr (Österreich) und seit 1972 in Johannesburg, im letzten Kolonialstaat Afrikas; Montageunternehmen in Lizenz in Thailand, Indonesien, Malaysia, Portugal und Uruguay.

Zur Begründung dieser Erfolge gegen die Konkurrenten heißt es in dem an die Besucher des Abends verteilten Faltblatt: „In seiner jetzigen Größe und Weltmarktstellung hat BMW einen guten Stand – auch aus der Position eines Wettbewerbers mit hohen Kostenbelastungen. Denn Deutschland ist ein Hochlohnland. Hohe Produktivität wird aber durch stetige Rationalisierung gesichert. Made in Germany heißt für das Unternehmen BMW zugleich Chance und Verpflichtung.“

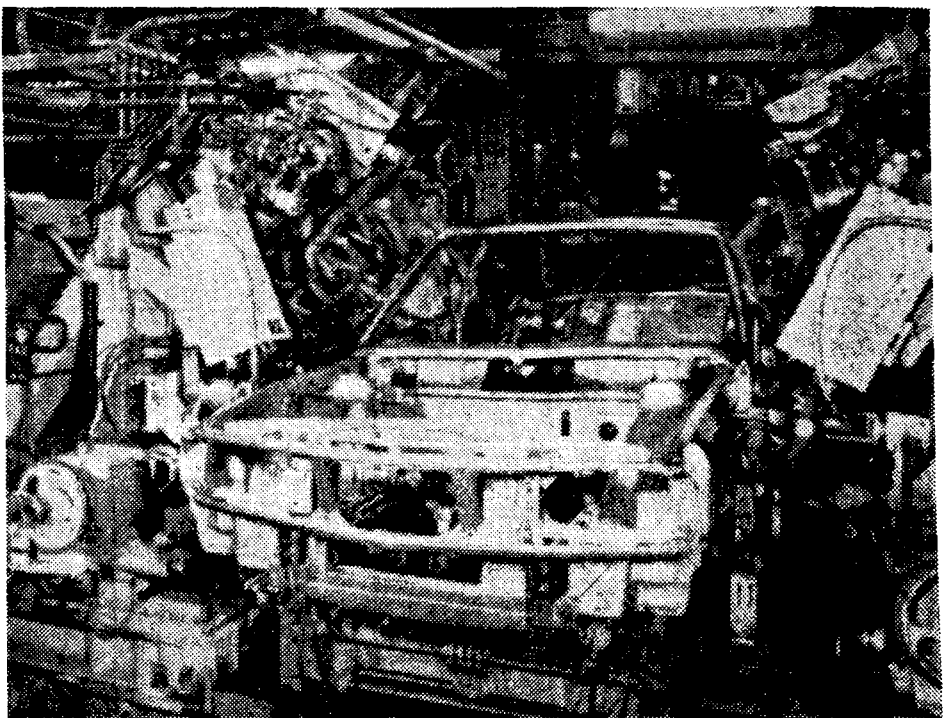
Für die BMW-Kapitalisten ist natürlich jeder Lohn zu hoch, auch der in den letzten Jahren ständig gesunkene Reallohn der Metallbranche. Wie sie diesen im Verhältnis zu der abgeforderten Leistung sehen, ist ja auch schon angedeutet. Von Kuenheim, BMW-Vorstandsvorsitzender, zum geplanten Werk: „... eine spezialisierte Produktionsstätte, die den letzten Stand der Technik aufweist und über eine höhere Produktivität verfügt.“ Das Werk soll dem modernsten Stand der Schweißauspressung genügen. Dafür lohnen sich 1,2 Mrd. DM Investitionen schon, vor allem, wenn sie staatlich gefördert sind. Zur Begründung für den Standort Regensburg erklärten die Vertreter von BMW: Man habe hier eine kompetente Stadtverwaltung vorgefunden, die auf den von BMW vorgelegten Katalog von Erschließungsanforderungen mit passenden Angeboten reagiert habe. Außerdem seien optimalste Bedingungen für die Verkehrsanbindung vorhanden.

Seit November 1979 hatte sich der Regensburger Stadtrat in Konkurrenz zu acht anderen Standorten um das neue Werk bemüht. Sein erstes Angebot wurde von BMW abgelehnt, das zweite aber paßte. Vom bayerischen Wirtschaftsministerium wurde BMW rechtzeitig darauf aufmerksam gemacht, daß der Standort Regensburg bis Ende 1982 (mit Übergangsfrist bis 1985) durch die „Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ mit 20% der Investitionskosten förderbar ist. Die Staatsregierung wird hiervon 70%, die Stadt etwa 30% übernehmen.

Ferner sicherte die Staatsregierung BMW zu, bis 1986 die Autobahnen Regensburg-München, -Weiden, -Passau und München-Dingolfing fertigzustellen. In Regensburg-Harting soll BMW von der Stadt einen eigenen Autobahnzubringer erhalten. Die „optimalste Verkehrsanbindung“, die BMW in Regensburg reizt, besteht darüber hinaus im geplanten Bau eines modernen Rangierbahnhofs in unmittelbarer Werksnähe. Günstig empfanden die BMW-Manager auch das aufnahmefähige Klärwerk der Stadt. Und nicht zuletzt wurde erwähnt, daß die Stadt mit umfassenden Ausbildungseinrichtungen ausgestattet sei (Berufsbildungszentren, Fachhochschule, Universität) und einen „leistungsfähigen Arbeitsmarkt“ besitze.

Hierunter versteht BMW das Reservoir an billigen Lohnarbeitern, auch Facharbeitern, aus der Oberpfalz. Die Arbeitslosenquote in der Oberpfalz lag Ende Januar 1983 bei 14,2%. Ende Februar lag sie in Regensburg bei 15,5%, und im Bezirk Schwandorf, der am Rand noch zum BMW-Einzugsgebiet gehören soll, waren 22,5% arbeitslos. In der Oberpfalz liegt der Anteil der Arbeiter an der erwerbstätigen Bevölkerung um 4,6% höher als im Landesdurchschnitt; der Anteil der Beschäftigten in den tariflich niedrig bezahlten Branchen der Verbrauchsgüter- und Nahrungsmittelindustrie um 6,1% höher als in Bayern. Im Vergleich zur Industrieregion Mittelfranken sind Lohn und Gehalt pro Kopf um 5400 DM jährlich niedriger. Auch der Anteil der Sozialhilfeempfänger ist höher als der bayerische Durchschnitt. Von daher bieten sich den BMW-Kapitalisten hier geeignete Bedingungen, aus qualifizierten Arbeitskräften Höchstleistungen zu pressen und dafür auch noch weniger zu zahlen als etwa in einer Großstadt wie München.

Auch die ländliche Umgebung von Regensburg ist für das Arbeiterheer, das BMW sucht, ein Pluspunkt. Im Werk Dingolfing sind etwa 15% der Belegschaft Nebenerwerbsbauern; nur 18% wohnen in Dingolfing selbst. 200 Busse fahren täglich 35000 km, um die Arbeiter aus dem Umkreis von 100 km



Roboter beim Einsetzen und Heften der Karosserie



Motorenbau in Dingolfing

zur Arbeit zu bringen. Für die Bauern wurde der Frühschichtbeginn auf fünf Uhr verlegt, was für viele Abfahrtszeiten zwischen drei und vier Uhr früh bedeutet. So wird Kontakt unter der Belegschaft und die gewerkschaftliche Organisation eines Teils der Belegschaft niedrig gehalten.

Aus Dingolfing will BMW sowieso den „Kern“ der zukünftigen Regensburger Belegschaft, 200 Beschäftigte, mitbringen. 30 Lehrlinge aus Regens-

burg werden ab Herbst in Dingolfing ausgebildet. Bis 1986 soll das Karosseriewerk zu produzieren beginnen, mit insgesamt 1700 Beschäftigten täglich 100–200 Autos. Weitere Ausbaustufe bis 1990/91: Aufbau einer Lackiererei, 3000 Arbeitsplätze insgesamt, Tagesproduktion: 400. Für den Arbeitsmarkt wird dies die Konkurrenz unter den Arbeitslosen verschärfen und BMW stets frischen Nachschub für verbrauchte und kranke Arbeiter sichern. Wo ist hier das „außerordentlich Positive“, das die IGM Regensburg an der BMW-Ansiedlung findet?

Die Stadt Regensburg verpflichtete sich im Ansiedlungsvertrag, zunächst 50 Mio. DM an Erschließungs- und Straßenbaukosten zu übernehmen und zusätzlich den Ankauf der privaten Grundstücke (etwa $\frac{2}{3}$ der geplanten 140 ha Grund gehören noch Bauern) und deren Weiterverkauf an BMW zum Festpreis von 19,50 DM pro qm. Dabei handelt es sich um Ackerland bester Bonität. Die Stadtverwaltung bietet den betroffenen Bauern teilweise Tauschgrundstücke an und mußte den Landwirten Wertausgleich zusichern. Wie hoch, darüber stocken derzeit die Verhandlungen. Von Seiten der Bauern

werden bis zu 100 DM pro qm gefordert, was die „Mittelbayerische Zeitung“ als „maßlose Habgier“ bezeichnete. Immerhin: Vor über 20 Jahren erhielt Thurn und Taxis für den Verkauf von Ackerland für den Bau der Universität 60 DM pro qm.

Mit einem Nachtragshaushalt will der Stadtrat „durch einen Griff in die Rücklagen und, wenn nötig, durch Neuverschuldung“ die Gelder beschaffen. Derzeitige Verschuldung der Stadt: 220 Mio. DM, das sind 1700 DM pro Kopf. „Wir können uns keine weiteren Schulden leisten“ war die Devise der CSU-Fraktion für 1983, bevor die BMW-Entscheidung kam. Sparen wollte die CSU durch „Eindämmen der Sozialhilfe“ und Einstellungsstopp bei der Stadt. Man kann sich also auf einiges gefaßt machen. Ob allerdings diese einhellig von allen bürgerlichen Parteien, Verbänden und auch dem DGB und der IGM begrüßte Ansiedlung der Region nicht noch mehr Probleme schafft als schon vorhanden, wird sich noch zeigen. Die Entwicklung der Akkord- und Schichtarbeit in den anderen Werken von BMW, verbunden mit Rationalisierung, mag ein Licht darauf werfen.

BMW – „bayerische Perle, auf die wir schon recht stolz sind“ (Strauß, 1982)

Als die BMW AG 1959/60 illiquide wurde, sprang der bayerische Staat mit einem Kredit von 14 Mio. DM und Steuernachlaß von mehreren Mio. DM ein. Während infolge der Umwälzung der Maschinerie der Umsatz je Mitarbeiter 1961–1966 um das 1,8fache stieg, vermehrten sich Rücklagen, Steuern, Jahresüberschuß – die sämtlich aus dem den Arbeitern ausgepreßten Mehrwert stammen – um das 4,7fache. 1967 konnte – dank eines staatlichen Kredits von 50 Mio. DM – mit dem Kauf der Fa. Glas der nächste Schritt der Expansion getätigt werden. Für die Glas-Arbeiter hieß das: 1300 Entlassungen und Kurzarbeit für die übrigen. Bis 1979 lag der betriebliche Akkordfaktor in Dingolfing/Landshut etwa um $\frac{1}{2}$ unter jenem in München, und bis heute differiert die Eingruppierung z.T. um eine Lohngruppe und liegt die Akkordverrechnung in München um 8–10% höher.

Während in Dingolfing/Landshut zur rigorosen Steigerung des Profits vor allem die Zwangslage der Nebenerwerbslandwirte genutzt wurde, so in München die der ausländischen Arbeiter. Der Ausländeranteil liegt seit Jahren im Münchner Werk bei durchschnittlich 50% der Lohnempfänger, in einigen Produktionsberei-

chen erreicht er 80–85%. Nur ca. 10% der Akkordarbeiter erhalten den Ecklohn bzw. höheren Lohn. Von Jahr zu Jahr wurden die Stückzahlen in die Höhe getrieben, ohne daß höherer Akkord verrechnet wurde. Die PKW-Produktion je Lohnempfänger hat sich 1962–1981 von 7,1 auf 13,4 nahezu verdoppelt. Hinzu trat für viele die Verlängerung des Arbeitstages. Im Durchschnitt der *Beschäftigten* ist von 1974 auf 1978 acht Stunden im Monat



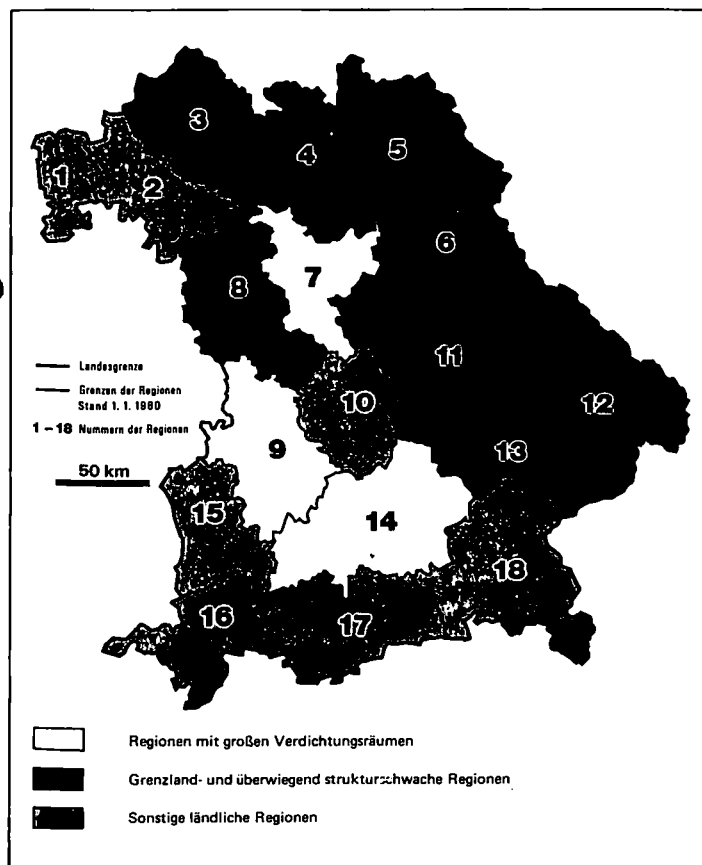
Strauß im BMW-Werk Dingolfing

länger gearbeitet worden. Bis 1981 gab es jährlich zwischen vier und zehn Sonderschichten. Der Krankenstand lag infolgedessen 1977 um 25% über jenem der AOK-Mitglieder. 1980 mußte der Betriebsrat mit einer – ihm sonst fernen – Schärfe der Geschäftsleitung zu verstehen geben, daß die Grenze der Belastbarkeit erreicht ist.

Wenngleich Ende 1982 der betriebliche Akkordfaktor erhöht wurde, blieben Forderungen nach Begrenzung der Stückzahlen, nach einer Pausen- und Springerregelung und der Ablehnung der Ausweitung der Schicht offen. Die Geschäftsleitung nutzte dies, indem sie – wie mit Einführung der Roboter zu erwarten – „wegen Anlaufschwierigkeiten und hohem Auftragseingang“ die dritte Schicht durchsetzte. Bei Erreichung der vollen Stückzahl und der geplanten Erhöhung um 200 noch 1983 wird dies die dritte Schicht für weitere Abteilungen nach sich ziehen. Auch sind erneut Sonderschichten im Gespräch.

Daß die BMW-Kapitalisten expandieren, den Marktanteil im Inland trotz rückläufigem Absatz ausweiten und den Export auf mittlerweile 61% – Branchenschnitt 1982 47% – steigern konnten, zeigt, daß sie die Kunst der Schweißauspressung meisterlich verstehen.

Als vorrangige Aufgabe bezeichnete der bayerische Staatsminister für Wirtschaft und Verkehr Jaumann: „... auf wirtschaftliche und gesellschaftliche Rahmenbedingungen hinzuwirken, die einen funktionsfähigen Wettbewerb sichern, Leistung und Eigenverantwortung ermutigen, eine ausreichende Investitionstätigkeit in Betrieben fördern und die Entwicklung neuer Produkte und verbesserter Produktionsverfahren begünstigen.“ Mittel hierzu sei vor allem „regionale Strukturpolitik“, deren Erfolg dem Bürger als Schaffung von rund 200 000 Arbeitsplätzen in strukturschwachen Gebieten Bayerns seit 1960 ausgegeben wird. „Eine wirksame Regionalpolitik setzt einen konzentrierten Mitteleinsatz voraus.“ (Jaumann) Die Kapitalisten können mittels der Förderprogramme aus dem vollen schöpfen.



Als „Grenzland- und überwiegend strukturschwache Regionen“, und damit als vorrangig förderungswürdig, sind im Landesentwicklungsprogramm ausgewiesen: Main-Rhön (3), Oberfranken-West (4), Oberfranken-Ost (5), Oberpfalz-Nord (6), Westmittelfranken (8), Regensburg (11), Donau-Wald (12), Landshut (13). Wie wichtig diese Regionen für die Kapitalisten geworden sind, zeigt ein Vergleich der öffentlichen Investitionen: In den Jahren 1979 und 1980 sind in Bayern in dem Bereich „gewerbliche Wirtschaft“ 3,24 Mrd. DM öffentliche Investitionen getätigt worden. Allein davon sind 1,69 Mrd. DM oder 52% in die strukturschwachen Regionen geflossen. „Gewerbliche Wirtschaft“ umfaßt: „Schaffung neuer und Sicherung bestehender gewerblicher Arbeitsplätze, Erwerb und Erschließung von Industriegelände, Förderung des gewerblichen Mittelstandes und des Verkehrsgewerbes.“

Industrieansiedlungspolitik: lukrativ für die Kapitalisten

Im Zeitraum 1971 bis 1980 hat die Staatsregierung für die Ansiedlung von 658 Industrie- und Handwerksbetrieben 27,5 Mio. DM Zuschüsse und 518,1 Mio. DM zinsgünstige Darle-

hen vergeben. 88,8% der geförderten Gebiete sind im Bereich der strukturschwachen Regionen angesiedelt. Als positive Faktoren haben die Kapitalisten genannt: „Angebot

an Arbeitskräften“ und „Angebot an Betriebsflächen.“ 83% der Ansiedlerkapitalisten erklären sich daher mit der geschäftlichen Entwicklung als „sehr zufrieden“ und als „zufrieden“. Eine „bemerkenswerte Rolle“ wird den Ansiedlern als Anbietern von Arbeitsplätzen für Nebenerwerbslandwirte zugesprochen. Der Vergleich zwischen der bayerischen Industrie gesamt und den angesiedelten Betrieben zeigt einen überproportionalen Anteil der an- und ungelernten Arbeiter an der Gesamtbeleg-

schaft in den geförderten Betrieben mit 46,8%. Die Gesamtindustrie Bayerns hat nur einen Anteil von 43,4%. Voll wird das unterschiedliche Lohnniveau genutzt: Im verarbeitenden Gewerbe (Industrie Bayern) war der Durchschnittslohn je Arbeiterstunde 1980 bei 15,36 DM, in den Verdichtungsräumen 16,36 DM, in den Fördergebieten nur 14,57 DM und im Bereich des „Zonenrandgebiets“ (innerhalb eines 40 km breiten Streifens parallel zur CSSR- und DDR-Grenze) nur 14,04 DM.

Regionale Förderprogramme: eine unversiegbare Quelle

Einige Beispiele regionaler Förderung und ihr Umfang in den strukturschwachen Gebieten:

Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung regionaler Wirtschaftsstruktur“: Gemeinsam von Bund und Freistaat sind im Förderbereich Schwerpunkttorte mit jeweils bestimmten Höchstfördersätzen für gewerbliche Investitionen festgelegt. Dafür wurden 1980 56,4 Mio. DM Zuschüsse bereitgestellt. Zuschüsse können bis zu 15% der Investitionskosten betragen.

Regionale Förderprogramme (regionales Wirtschaftsförderungsprogramm, bayerisches Grenzlandhilfeprogramm, Programm zur Förderung des Fremdenverkehrs, Programm zur Verstärkung von Maßnahmen der regionalen Wirtschaftsförderung u.a.): Daraus sind für den Bereich der strukturschwachen Regionen an die gewerbliche Wirtschaft 1980 574,5 Mio. DM zinsgünstige Darlehen und 26,2 Mio. DM Zuschüsse ausgeschüttet worden. „Diese Gewährung bildete für zahlreiche Unternehmen die Voraussetzung dafür, ... umfangreiche Investitionen finanzieren zu können.“ (Staatsregierung) Darlehenskonditionen bei Errichtungen sind 3,5% Zins, 15 Jahre Laufzeit, zwei Jahre tilgungsfrei; bei Erweiterungen: fünf bzw. sechs Prozent, sieben Jahre Laufzeit für Maschinen-, zwölf Jahre Laufzeit bei Bauinvestitionen.

Bayerisches Mittelstandskreditprogramm: 95,5 Mio. DM für unternehmerische Vorhaben im „Zonenrandgebiet“ 1980. Das sind 23,3% der insgesamt nach diesem Programm bewilligten Darlehen. Der Zinssatz liegt bei 5,5% bei einer Laufzeit zwischen sieben

und 15 Jahren, zwei Jahre tilgungsfrei.

Bürgschaften der Landesanstalt für Aufbaufinanzierung (LfA) und des Freistaats: Bis zu zwei Mio. DM übernimmt die LfA die Bürgschaft, darüber als Staatsbürgschaften, „zur Finanzierung von Vorhaben, die für Bayern von volkswirtschaftlicher Bedeutung sind“. LfA und Freistaat haben für den genannten Bereich 1980 51,6 Mio. DM Bürgschaften übernommen.

Frachthilfemaßnahmen: Auf Grund der „Revierferne“ und der damit verbundenen kostenintensiven Verkehrsleistungen gewähren Bund und Freistaat je zur Hälfte den Kapitalisten Frachthilfe für den Bezug von Rohstoffen, Energie und Kohle sowie für den Versand ihrer Waren. 1980 machte das 52,4 Mio. DM aus; dazu kommen noch ca. 13 Mio. DM Frachtverbilligung in Form der Umwegfrachthilfe. Für den Werkfernverkehr werden weitere 3,8 Mio. DM als Gasölbetriebsbeihilfe ausgeschüttet.

Gesamtes Fördervolumen: Auf Grund aller regionalen Förderprogramme sind laut Staatsregierung insgesamt 144 Mio. DM Zuschüsse und 670 Mio. DM Darlehen im Jahr 1980 „für strukturalpolitisch bedeutsame Maßnahmen der gewerblichen Wirtschaft in den bayerischen Fördergebieten“ gewährt worden.

Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen: Seit 1975 konnten dafür die Kapitalisten im „Zonenrandgebiet“ 281 Mio. DM aus Mitteln der Bundesanstalt für Arbeit, des Bundes und des Landes einstreichen.

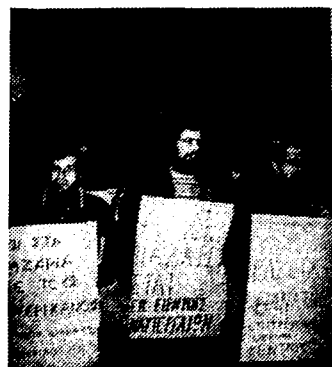
Quellenhinweis: Bayerische Staatsregierung, Grenzlandberichte 1979 und 1980; Bayerisches Wirtschaftsministerium, Industrieansiedlungspolitik in Bayern, München 1982; ders., Bericht über die strukturelle Entwicklung der bayerischen Wirtschaft, München 1982

USA: Kürzung der Stahlarbeiterlöhne

Die acht größten US-Stahlkonzerne haben jetzt in einem vorgezogenen neuen Tarifvertrag mit der Stahlarbeitergewerkschaft USW eine Kürzung der Stahlarbeiterlöhne um 1,25 Dollar pro Stunde durchsetzen können. Die Laufzeit des Vertrags dauert bis zum 31.7. 1986. 1984 sollen 40 Cents, 1985 weitere 40 und 1986 45 Cents von den Kapitalisten zurückerstattet werden. Im ersten Jahr müssen die Stahlarbeiter auf eine Woche bezahlte Freizeit verzichten, außerdem wird im ersten Jahr die Inflationsanpassung der Löhne ausgesetzt. Die Kapitalisten müssen pro Arbeiterstunde 50 Cents in die Kasse einer Zusatzarbeitslosenversicherung einzahlen und sie haben erklärt, daß sie die Summe der Lohnkürzungen von etwa 2 Mrd. Dollar in den Konzernen investieren werden. Die örtlichen Vorsitzenden der Stahlarbeitergewerkschaft stimmten mit 169 gegen 63 Stimmen dem Vertrag zu. Da die Kapitalisten zuvor in zahlreichen Betrieben Vereinbarungen über verschlechterte Arbeitsbedingungen durchsetzen konnten – die Besetzung der Maschinen

Griechenland: Gegen US-Basen

In Athen demonstrierten am 3.3. 1983 100000 für die Auflösung der US-Basen (Bild). Sie forderten auf Transparenten: „Raus mit den Basen und den Amerikanern“, „Für einen atomwaffenfreien Balkan“, „Das Mittelmeer – ein Meer des Friedens“. Zu der Demonstration hatten die Regierungspartei Panhellenische sozialistische Bewegung, der Dachverband der Gewerkschaften und die beiden kommunistischen Parteien aufgerufen. Nachdem die US-Imperialisten ihre Militärhilfe an die Türkei beträchtlich erhöht hatten, verlangten sie von Grie-



chenland einen erfolgreichen Abschluß der vor vier Monaten begonnenen Verhandlungen über die US-Militärbasen. Die Demonstranten forderten: „Nein zur Erpressung der Amerikaner“. Wenige Tage

vor der Demonstration waren im Raum Athen umfangreiche Militärübungen durchgeführt worden. Die Demonstration richtete sich auch gegen bekanntgewordene Pläne eines Militärputsches. Die Regierung hatte kurz zuvor 100 hohe Militärs entlassen. Bisher hatte die Regierung die Forderung der USA, die Basen für weitere sieben Jahre beizubehalten, nicht abgelehnt. Die USA hatten die Verhandlungen Anfang Februar unterbrochen, um in der Zwischenzeit verstärkt die Streitigkeiten zwischen Griechenland und der Türkei über die Hoheitsrechte im Ägäischen Meer zu nutzen und so den Druck auf Griechenland zu verstärken.

wurde vermindert, die Übernahme zusätzlicher oder anderer Arbeiten zum gleichen Lohn festgelegt – werden sie jetzt die Ausbeutung deutlich zu steigern versuchen.

Irische Arbeiter besetzen Mehlfabrik

Nach dreiwöchiger Haft wegen einer Fabrikbesetzung wurden am 26. Februar 14 Arbeiter aus dem Dubliner Gefängnis entlassen – und besetzten erneut

die Fabrik. Sie fordern höhere Abfindungszahlungen. Rank Ireland will z.B. bei vierzigjähriger Betriebszugehörigkeit nur einen Jahreslohn zahlen. Während die 14 einsaßen, organisierten Arbeiter aus dem öffentlichen Dienst Solidaritätsaktionen vor dem Gefängnis. Die Gewerkschaft ITGWU, die größte Irlands, drohte mit einem landesweiten Solidaritätsstreik. Kollegen und Freunde der Verhafteten setzten die Besetzung fort.

Niederlande: Friedens-Chauvinismus

Wohin es führt, wenn eine „Friedensbewegung“ sich der ideologischen Führung der christlichen Kirchen überläßt, erleben wir derzeit in den Niederlanden. Unseres Wissens zum ersten Mal seit Verabschiedung des NATO-Doppelbeschlusses ruft eine christdemokratische Regierungspartei gemeinsam mit allen kirchlichen „Friedens“-organisationen zu einer Demonstration auf, deren Motto ist „Keine Kernwaffen – weder in den Niederlanden noch in irgendeinem anderen Land Europas“. Damit ist deutlich, daß sich in dieser „Friedensbewegung“ die Kräfte durchgesetzt haben, die gegen die bedingungslose Ablehnung der Stationierung von Mittelstreckenraketen aufgetreten sind. Die Regierungspartei CDA kann am 29. März Arm in Arm mit der „Friedensbewegung“ demonstrieren, ohne daß sie ihre Bekräftigung der NATO-Mitgliedschaft aufgibt.

Belgien: Gegen Regierung und Kapitalisten

Etwa 100000 Lohnabhängige demonstrierten am 26.2. in Brüssel gegen die Regierung Martens und gegen die Lohnsenkungen der Kapitalisten. Zum ersten Mal seit vier Jahren hatten die beiden belgischen Gewerkschaftsbünde ABVV und ACV wieder gemeinsam zu einer solchen Aktion aufgerufen. Insbesondere der (christliche) ACV hatte in

der Vorbereitung der Aktion versucht, sie auf die Forderung nach Verkürzung der tariflichen Wochenarbeitszeit durch die Kapitalisten zu beschränken. Beide Gewerkschaften begründen diese Forderung nicht mit der gestiegenen Intensität der Arbeit, sondern als Mittel, die Arbeitslosigkeit (zur Zeit mit 15% die höchste in der EG) zu verringern. Für den

Fall, daß die Kapitalisten zustimmen, sind sie sogar bereit, weiteren Lohnsenkungen zuzustimmen. Dennoch: der Versuch, die Demonstration auf diese Ziele festzulegen, mißlang. „Sofortige Wiederherstellung der Lohnindexierung!“, „Schluß mit den Lohnsenkungen!“, „Lohnsenkung schafft keine Arbeitsplätze“ – solche Losungen bestimmten die Demonstration. Die Polizeikräfte provozierten die Demonstration mehrfach und verhafteten 20 Demonstranten. – Wenige Tage zuvor hatte das belgische Parlament der Regierung eine weitere weitreichende Vollmacht zur Lohnsenkung erteilt. Wenn die Nominallöhne der belgischen Lohnabhängigen stärker steigen als im Durchschnitt bei den sieben größten „Handelspartnern“ der belgischen Kapitalisten, kann die Regierung künftig per Dekret die gesetzlichen Mindestlöhne senken, Zulagen für Nacht- und Schichtarbeit aufheben oder sämtliche Tariflöhne um einen einheitlichen Prozentsatz senken.



El Salvador: verstärkte US-Militärhilfe

Die Befreiungsbewegung FMNL konnte die Truppen des Regimes so weit zurückschlagen, daß das US-Außenministerium jetzt erklärt, die Regime-Armee hätte die Initiative verloren. Reagan will mit einer sofortigen Militärhilfe von 60 Mio. Dollar das Regime stärken. Außerdem sollen die US-Militärberater die Operationen der Regime-Truppen in den Kampfgebieten selber einüben.

BRD-„Entwicklungshilfe“

Das Ministerium bereitet eine Plünderungs- und Erpressungsoffensive vor

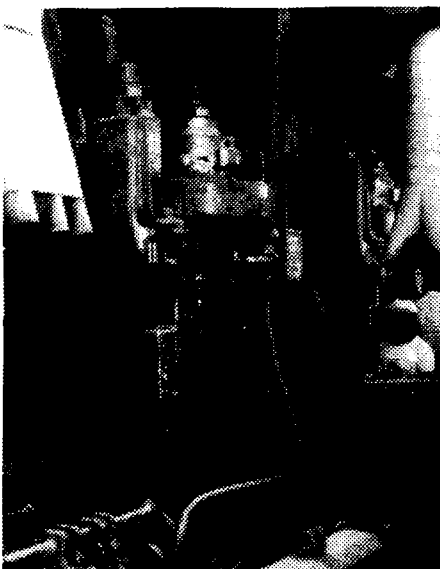
Eindeutig hat der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit Warnke bei der Vorstellung des fünften Berichts zur Entwicklungspolitik der Bundesregierung erklärt, worauf er in Zukunft Schwerpunkte setzen will: „Die deutschen Interessen dürfen nicht zu kurz kommen.“ Das ist mit diesen Interessen in den vergangenen Jahren sicherlich auch nicht geschehen, das Ministerium hat in eigenen Veröffentlichungen wiederholt darauf hingewiesen, daß für jede Mark „Entwicklungshilfe“, die die BRD in irgendein Land der Dritten Welt zahlt, mindestens 1,25 DM in die BRD gezahlt wird für Exportaufträge für westdeutsche Kapitalisten, die Zinszahlungen für Kredite noch ganz ausgenommen.

Insgesamt 26,243 Mrd. DM Zinsen kassierten die westdeutschen privaten und staatlichen Gläubiger im vergangenen Jahr aus dem Ausland. An Staaten der Dritten Welt haben die BRD-Imperialisten 31% ihrer Kredite vergeben, der Anteil an besonders zinsgünstigen Krediten in der Gesamtsumme von 109,173 Mrd. DM Forderungen, die die BRD-Banken, ihre Auslandsfilialen und westdeutsche Kapitalisten gegenüber Entwicklungsländern erheben, ist gering. Der Zinsanteil, den die BRD-Imperialisten von diesen Staaten kassierten, wird mindestens dem Anteil der Kredite aus der BRD an diese Länder entsprechen, also ca. 8,14 Mrd. DM. Die Wucherausplünderung und die Ausplünderung über den Warenexport, die Ausbeutung der Arbeiter und Bauern der Dritten Welt zu Niedrigstlöhnen wollen die westdeutschen Kapitalisten verschärft wissen.

Warnke kündigte an, daß die BRD-Imperialisten in Zukunft offene politische Bedingungen an die Vergabe von Krediten des Entwicklungshilfeministeriums und die Förderung von BRD-Imperialisten bei ihren Investitionen in Staaten der Dritten Welt knüpfen werden. „Soziale Marktwirtschaft á la Ludwig Erhard ist zwar kein Patentrezept für die Dritte Welt, doch wird die Bundesrepublik Ländern, die marktwirtschaftliche Elemente verbannen, mit Reserve gegenüberstehen“, erklärte der Minister. Die besondere Förderung der reaktionären Großgrundbesitzer und Nutznießer der imperialistischen Ausplünderung in den verschiedenen Ländern der Dritten Welt ist ein Anliegen der BRD-Imperialisten, das sie

nunmehr offensiv betreiben wollen. Anfang Februar reiste der CDU-Staatssekretär im Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit Köhler nach Mittelamerika. Nach seiner Rückkehr erklärte er, die Bundesregierung wolle die Zusammenarbeit vor allem mit einigen wenigen „stabilen Demokratien“ pflegen, die „in den Sog innerer Konflikte und revolutionärer Prozesse ihrer Nachbarländer gezogen werden“. Wer erinnert sich nicht an die christliche Genugtuung der Unionsparteien über das Wahlergebnis in El Salvador? Kurz nach der Reise Köhlers reiste der baden-württembergische Ministerpräsident Späth (CDU) nach Ägypten, um die Möglichkeiten für weiteren Kapitalexport westdeutscher Kapitalisten zu verbessern. Zur gleichen Zeit bereiste eine Truppe von 32 pfälzischen Kapitalisten verschiedene Staaten des südlichen Afrika, unter anderem auch die Siedlerrepublik Südafrika und Namibia, und kehrte voller Enthusiasmus über die glänzenden Ausbeutungsmöglichkeiten vor allem in den beiden letztgenannten Staaten zurück.

Daß die BRD-Imperialisten bei einem solch schroffen Expansions- und Plünderkurs auf den erbitterten Widerstand der Völker der Dritten Welt stoßen, ist ihnen klar. Vor eindeutiger Unterstützung, Finanzierung und Anstachelung reaktionärer Kräfte in den Staaten der Dritten Welt, die willens



Fliesenfabrik in Thailand, gebaut mit Krediten des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit, beteiligt sind die BRD-Kapitalisten Villeroy und Boch

und interessiert sind, gemeinsam mit den BRD-Imperialisten an einem Strang zu ziehen, scheuen sie bekanntermaßen nicht zurück. Das zeigen ihre Machenschaften in der Türkei, in Südafrika und Brasilien hinreichend. Gegenüber den Völkern, die den Kampf für ihre Unabhängigkeit aufnehmen und den westdeutschen Imperialisten den Zugang zu den Rohstoffen und billigen Arbeitskräften verwehren, drohte Warnke nach einem Bericht der „Süddeutschen Zeitung“: „Er bejahe, daß die NATO gegebenenfalls den Zugang zu lebensnotwendigen Rohstoff- und Energievorkommen in der Dritten Welt verteidigen müsse und sich nicht von einer sowjetischen Strategie davon abschneiden lassen dürfe.“

Quellenhinweis: Entwicklungspolitik – Spiegel der Presse Nr. 4/83, hrsg. vom Pressereferat des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit; Statistische Beihänge zu den Monatsberichten der Deutschen Bundesbank, Reihe 3, Zahlungsbilanzstatistik, Februar 1983

Frankreich Verluste der Linken bei Kommunalwahlen

35 Millionen Wahlberechtigte sollten am 6. März ca. 500 000 Gemeinderäte in 36 000 Kommunen Frankreichs neu bestimmen. Gewählt sind zunächst nur diejenigen, die über 50% der Stimmen erhielten. Überall dort, wo die 50% nicht erreicht wurden, findet am 13.3. eine Stichwahl zwischen den beiden stärksten Listen statt.

Das Ergebnis ist für die Regierungsparteien PS (Sozialisten), PC (Kommunistische Partei) und MRG (Linksradikale) beunruhigend. 411 236 Gemeinderäte wurden im ersten Wahlgang gewählt. Die Rechte – die RPR Chiracs, das Parteienbündnis UDF unter Giscard sowie kleinere Gruppierungen – erreichte im *Landesdurchschnitt* 51,7% der Stimmen, während die Regierungsparteien 46,7% erhielten. Verschiedene trotzkistische Organisationen sowie die PCML vereinigten auf sich 138 000 Stimmen (0,5%), ökologische Gruppierungen kamen auf 147 000 Stimmen (0,6%). Dabei ist jedoch zu beachten, daß dort, wo kandidiert wurde, die Ergebnisse der revolutionären Organisationen meistens zwischen 1,5% und 2%, die der „Grünen“ zwischen 3% und 10% lagen. Die faschistische „Nationale Front“ landete bei 0,1%, kandidierte jedoch in relativ wenig Wahlkreisen mit eigenen Listen und unterstützte meistens reaktionäre Kandidaten vor allem der RPR. Ihr Vorsitzender Le Pen konnte im 20. Pariser Arrondissement mit einer betont rassistischen Kampagne 11% der Stimmen einsammeln.

Stellten die Regierungsparteien seit der Kommunalwahl 1977 in 155 von 220 Orten über 30000 Einwohnern die Bürgermeister, so gingen jetzt 16 dieser Städte im ersten Wahlgang an die Parteien der Reaktion.

Die Opposition habe eine „Angstkampagne an der Grenze des Rassismus betrieben“, kommentierte der Vorsitzende der PS, Jospin, das Ergebnis. Und „viele Leute, die 1981 für eine Veränderung gestimmt hatten, haben diese im Tagesgeschehen nicht immer entdecken können.“ So richtig diese Aussagen sind, so wenig ließ sein Kommentar wie der anderer Regierungsmitglieder erkennen, daß sie beabsichtigen, den im Spätsommer 1982 mit dem sechsmonatigen Lohn- und Preisstop eingeleiteten Kurs der Besänftigung von Kapitalisten und konservativen Kräften zu revidieren, die Veränderung besser sichtbar zu machen und die „Reserven zu mobilisieren“, die Jospin noch für die Linksregierung sieht. Insofern ist zu erwarten, daß der zweite Wahlgang am 13. kein wesentlich anderes Ergebnis bringen wird.

Quellenhinweis: Le Monde, l'Humanité, Le Figaro (versch. Ausgaben)

Japan Kapitalisten wollen Lohnsenkung

Wie bereits berichtet, hat der japanische Kapitalistenverband Nikkeiren seinen Mitgliedsfirmen empfohlen, bei den bevorstehenden Verhandlungen mit den Gewerkschaften eine Erhöhung der Grundlöhne abzulehnen. Inzwischen hat sich auch der Kapitalistenverband Keidanren ähnlich geäußert. Die Kapitalisten haben damit auf die Forderungsvorschläge der Vorstände der großen Gewerkschaftsbünde an die Delegiertenversammlungen der einzelnen Gewerkschaften vom Januar reagiert. Der größte Gewerkschaftsbund, der sozialistische Sohyo, hatte Lohnerhöhungen von 20000 Yen (ca. 215 DM) als Forderung vorgeschlagen.

Während für einen großen Teil der Beschäftigten in Japan, nämlich für die Metallarbeiter und die staatlichen Transportarbeiter, die Lohnverhandlungen in der ersten bzw. zweiten Aprilhälfte stattfinden werden, haben in einigen Branchen die Gewerkschaften bereits mit der Mitteilung der Lohnforderung an die Kapitalisten die Verhandlungen eröffnet. Am 17. Februar legte der Gewerkschaftsbund für die Arbeiter bei den Privateisenbahnen (230000 Mitglieder) den Kapitalisten die Forderung von 20000 Yen mehr auf den Grundlohn vor. Bisher haben die Kapitalisten noch nicht geantwor-

tet. Dagegen hat die staatliche Eisenbahngesellschaft am 19. Februar Verwarnungen und Lohnabzüge gegen 690 Mitglieder der Gewerkschaft der Staatseisenbahner bekannt gegeben, die im November an einer Langsamarbeitaktion zur Durchsetzung neuer Schichtpläne teilgenommen hatten. Die Regierung hat damit den Kapitalisten die Unterstützung der Staatsmacht gegen die Lohnkämpfe signalisiert.

Die bevorstehende „Frühjahrsoffensive“ der japanischen Gewerkschaften zur Durchsetzung der Lohnforderung ist aber auch aus anderen Gründen schwierig und ein Erfolg nicht sicher.



Am 27.2. demonstrierten in Tokio 110000 für eine Senkung der Lohnsteuer. Aufgerufen hatten die großen Gewerkschaftsbünde.

Den Kapitalisten ist ein wichtiger Einbruch in die Front der Gewerkschaften gelungen. Die japanischen Stahlkapitalisten, die wie ihre westeuropäischen und US-Konkurrenten enorme Fertigungskapazitäten besitzen und damit auf den Weltmarkt drängen, haben erklärt, daß sie keine Lohnerhöhung zahlen könnten, da sonst mit Massenentlassungen zu rechnen sei. Obwohl erst am 10. März die Forderung der Stahlarbeitergewerkschaft Tekkororen offiziell den Kapitalisten vorgelegt werden soll, lassen die bisherigen Äußerungen des Vorstandes nichts Gutes erwarten. Der Erhalt von Arbeitsplätzen habe Vorrang vor Lohnerhöhungen, gab der Vorstand bekannt. Die Forderung, die er dem Gewerkschaftskongreß vorlegen will, liegt mit 13600 Yen deutlich unter den bisher bekannten Forderungen für die Metallindustrie, die sich an dem Vorschlag der Sohyo von 20000 Yen orientieren. Die Kapitalisten streben einen raschen Abschluß in der Stahlindustrie an, der unter der Inflationsrate liegt und die wachsende Steuerlast nicht ausgleicht. Sie haben erklärt, daß sie Streiks vermeiden wollen.

Quellenhinweis: Japan Times, Ausgaben Februar 1983

Indien

Assam-Wahlen militärisch durchgesetzt

Am 28. Februar ist in der Stadt Gauhati im indischen Bundesstaat Assam eine neu gewählte Regierung vereidigt worden. Die Wahl stieß bei der Mehrheit der assamesischen Bevölkerung und bei großen Teilen der indischen Opposition auf Ablehnung, weil nach ihrer Ansicht in der derzeitigen Lage eine ausreichende Beteiligung von Assamesen an der Regierung und Verwaltung nicht gegeben sei und so nur die Congress Partei (I) von Ministerpräsidentin Indira Gandhi ihre Position stärken wolle.

Bei einer Wahlbeteiligung von 13% hat diese auch die Wahl gewonnen. Die wichtigste Partei, die assamesische Forderungen nach mehr Autonomie und stärkerer Beteiligung von Assamesen an Verwaltung und Gesetzgebung vertritt, die AAGSP, hatte für die Zeit der Wahl zu Protestaktionen und „Nichtzusammenarbeit“ mit Boykott der Wahlen aufgerufen.

Die Wahl fand deshalb weltweit Beachtung, weil bei Auseinandersetzungen über 1300 Menschen ums Leben kamen. Dabei entsteht der Eindruck, daß die Auseinandersetzungen sich in erster Linie gegen die zahlreich aus Bangla Desh eingewanderten Muslim richten.

Tatsächlich geht ein großer Teil der Getöteten auf das Konto von Militär und Polizei, die in der Regel bei den Protestaktionen sofort scharf geschossen haben. In Assam wurden in den letzten zwei Jahren mehrere Gesetze zur Pressezensur und Inhaftierung ohne Prozeß erlassen. Das Land wurde unter „President's Rule“ gestellt, was in Indien bedeutet, daß die Regierungsentscheidungen von der Zentralregierung in Delhi akzeptiert werden müssen.

Die Wahlen wurden nach Angaben der Ministerpräsidentin durchgeführt, um den Agitatoren für eine stärkere Selbständigkeit und Beteiligung der Assamesen an Verwaltung und Regierung entgegenzutreten. Nach Bekanntwerden der Entscheidung wurden im ganzen Brahmaputra-Tal ein dreistündiger Generalstreik und Protestdemonstrationen durchgeführt. Die Zentralregierung setzte 40 Bataillone Militär in Marsch, um bei den Auseinandersetzungen eingreifen zu können.

Die beiden kommunistischen Parteien hatten sich an der Wahl beteiligt, allerdings mit der Feststellung, daß unter den gegenwärtigen Umständen eine freie Wahl nicht möglich sei. Bei einer Pressekonferenz am 24. Februar betonte I. Gandhi, daß sie nach wie vor

der Ansicht sei, daß die Wahl eine richtige Entscheidung gewesen sei. Sie meinte weiter, daß Bestrebungen für mehr Autonomie von der Zentralregierung unterdrückt würden. Allerdings mußte sie letzte Woche der Bewegung der Sikh in Punjab Zugeständnisse machen.

Quellenhinweis: Frontier, Calcutta, 5. und 12. Februar 1983; Times of India, Bombay, 23. Februar 1983; Neue Zürcher Zeitung, 26. Februar 1983.

Palästina

Palästinensischer Nationalrat bekräftigt Einheit

Vom 14. bis 22.2. dauerte die 16. Sitzungsperiode des palästinensischen Nationalrates. Trotz verschiedener Versuche einiger arabischer Staaten, das Treffen zu verschieben, nahmen alle palästinensischen Organisationen an der Sitzung teil.

Der Palästinensische Nationalrat bekräftigte die Konsolidierung der Nationalen Einheit zwischen den Organisationen der Revolution im Rahmen der PLO sowie die Entwicklung der organisatorischen Beziehungen in allen Institutionen und Körperschaften der PLO auf der Basis der Einheitsfront



Die palästinensischen Künstler unterstützen den Befreiungskampf und die Erhaltung der palästinensischen Kultur

und kollektiven Führung, die Notwendigkeit, den bewaffneten Kampf gegen den zionistischen Feind zu entwickeln und die Vereinigung aller Streitkräfte der palästinensischen Revolution zu einer nationalen Befreiungsarmee. Er legte fest, die Anstrengungen zu vervielfachen, um den Widerstand in den besetzten Gebieten zu stärken und bekräftigte die „Notwendigkeit, die An-

strengungen zu vervielfachen, um die Standhaftigkeit unseres Volkes in der besetzten Heimat zu stärken und alle Anforderungen für diese Standhaftigkeit bereitzustellen, um die erzwungene Emigration zu beenden, den Boden zu bewahren und die nationale Wirtschaft zu entwickeln“.

Auf arabischer Ebene fordert er die Stärkung des Bündnisses der palästinensischen Revolution und der nationalen Befreiungsbewegungen in der gesamten arabischen Welt, insbesondere gegen das Camp David-Abkommen, den Reagan-Plan und um die zionistische Besetzung der arabischen Gebiete zu beenden; er weist alle Pläne zurück, die das Recht der PLO als einzig legitimer Vertretung des palästinensischen Volkes verletzen, sei es in Form von Bevollmächtigung, Stellvertretung oder Teilhabe am Recht der Vertretung.

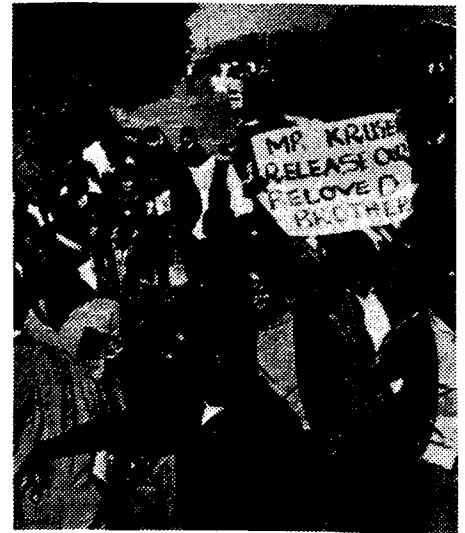
Auf internationaler Ebene bekräftigte der Palästinensische Nationalrat seine Verbundenheit mit allen antiimperialistischen Ländern und Organisationen in der Welt und forderte die Fortsetzung des Kampfes zur Isolierung des zionistischen Gebildes in der UNO und anderen Gremien. Die politischen Festlegungen des 16. Palästinensischen Nationalrates erfüllten nicht die Hoffnungen der Imperialisten auf eine „Gesundspaltung“ (Zeit, 25.3. 1983) der PLO, sondern es wurde „der Welt bewiesen, daß der Krieg der Israelis im Sommer 1982 im Libanon sein Ziel, die politische Vernichtung der PLO, verfehlt hat“.

Quellenhinweis: Palästina Bulletin 8/83.

Azania

Neue Unterdrückungsgesetze des Regimes

Mit dem 1982 verabschiedeten neuen Gesetz zur Inneren Sicherheit hat das südafrikanische Siedlerregime sich die gesetzliche Waffe geschaffen, das Volk von Azania verschärft zu unterdrücken und den wachsenden Zusammenhang der Kämpfe der Befreiungsbewegungen, der schwarzen Gewerkschaften und der Massenaktionen anzugreifen. So verurteilte das Regime jetzt ein Mitglied des ANC, der einen Käuferboykott zur Unterstützung eines Streikes organisiert haben soll, unter der Anklage des Hochverrats zu zehn Jahren Gefängnis. Zuvor hatte das Regime wegen der Mitgliedschaft in Befreiungsbewegungen zwischen zwei und drei Jahren Gefängnis verhängt. Der Richter begründete, die Republik Südafrika befinde sich im Kriegszustand mit den Befreiungsbewegungen, wobei auch dann jemand wegen Hochverrat



Schwarze fordern die Entlassung politischer Gefangener

verurteilt würde, wenn er keine Gewaltaktionen durchgeführt habe.

Das Regime hat seine Macht, Personen ohne Anklage jahrelang ins Gefängnis zu werfen, ausgeweitet. Drei Arten von Inhaftierungen hat das Regime mit dem Gesetz verstärkt: Vorbeugehaft, um „mögliche Aktionen gegen die Sicherheit des Staates“ zu verhindern, Inhaftierung von möglichen Zeugen des Staates und wegen unbegrenzten Verhörs. Im letzten September hat das Regime z.B. gegen zwei Inhaftierte, von denen einer seit 1979 in Haft ist, für ein weiteres Jahr die Vorbeugehaft verhängt.

Bestandteil des neuen Sicherheitsgesetzes ist das „Gesetz gegen Einschüchterung“. Das Regime setzt es gegen die schwarzen Gewerkschaften und gegen Protestdemonstrationen ein. „Wer eine Person ohne gesetzlichen Grund veranlaßt oder veranlassen will, etwas zu tun oder zu unterlassen oder einen bestimmten Standpunkt einzunehmen“, kann zu zehn Jahren Haft oder 20000 Rand Geldstrafe verurteilt werden. Das Regime hat jetzt sieben Gewerkschafter der Metallarbeitergewerkschaft MAFU, die in einem Betrieb Mitglieder waren, und zwei Funktionäre dieser Gewerkschaft, die an einem Streik beteiligt waren, unter Anklage wegen „Einschüchterung“ gestellt. Die Angeklagten müssen den Beweis erbringen, daß sie aus einem „gesetzlichen Grund“ gehandelt haben. Demonstranten gegen Mietpreiserhöhungen wurden ebenfalls wegen „Einschüchterung“ angeklagt.

Wer einen Verdacht gegen einen anderen hat, daß dieser Taten begangen hat, die unter das neue Sicherheitsgesetz fallen, und ihn nicht der Polizei mitteilt, wird als Verbrecher verurteilt. Das Regime hat nach Verabschiedung des Gesetzes eine neue Zentrale für die Bepitzelung und Unterdrückung geschaffen: den Rat für Staatssicherheit.

Quellenhinweis: Facts und Reports Nr. A/1983

Vier Jahre nach dem Sturz des Schah noch weit von Unabhängigkeit entfernt

Vor vier Jahren, als der Schah vor dem Volksaufstand ins Exil floh, proklamierte Khomeini als Aufgabe einer islamischen Regierung: „Ihre ersten Ziele sind die Beseitigung der Fremdherrschaften und deren lokaler Handlanger ...“ – In den vergangenen vier Jahren wurden nun von seiten der Regierung zwar einige Maßnahmen ergriffen, wie z.B. Verstaatlichung einiger Betriebe, Enteignung vor allem amerikanischen Kapitals. Dennoch hat sich die wirtschaftliche und politische Lage im Land nicht wesentlich verbessert. Insbesondere durch den 29 Monate andauernden Golfkrieg ist die Lage schwierig. Der Krieg kostete bisher nach den Angaben der Widerstandsorganisation Volksmodjahedin bis Mitte Januar 1983 etwa 200 Mrd. Dollar, 250 000–300 000 Gefallene, drei Millionen Flüchtlinge und Obdachlose und 100 000 Verletzte. Der Krieg vernichtete 60–65% der Raffineriekapazität, zerstörte Pipelines und Produktionsanlagen für Gas und vernichtete einen riesigen petrochemischen Komplex. Der Erdöllexport sank kriegsbedingt unter 500 000 Barrel pro Tag (bpd), um dann wieder auf zunächst 1 Mio. bpd und heute etwa 2 Mio. bpd zu steigen. Iran mußte ausländische Tanker, die die Insel Kharg oder iranische Häfen im Golf anlaufen wollten, mit einer Rate von 1% versichern, nachdem die Versicherungsgesellschaften ihre Preise verdoppelt hatten. Für das neue Jahr gab der Premierminister Mousavi bekannt: „Der 350 Mrd. Rial-Kriegshaushalt zeigt die Entschlossenheit unserer Nation, den Krieg fortzusetzen, und die Bedeutung, die die Regierung diesem Punkt zumißt.“ Noch immer sind nach Angaben der iranischen Regierung 900 qm iranischen Bodens von irakischen Truppen besetzt.

Andererseits erklärte der iranische Parlamentspräsident Rafsandjani: Nun seien alle irakischen Truppen bis auf kleine Geländestücke von iranischem Gebiet vertrieben worden, und der Iran verlange als Gegenleistung für die Einstellung von Kampfhandlungen die Zahlung von Reparationen und die „Bestrafung“ des irakischen Präsidenten Hussein. Diese Reparationsforderungen belaufen sich auf zwischen 100 und 150 Mrd. US-Dollar, d.h. das 2,7- bis 4,1fache des iranischen Gesamthaushalts. Die unrealistischen Bedingungen, die die iranische Regierung für einen Waffenstillstand stellt, werden ergänzt durch Mobilisierungsaufrufe,

so der Präsident Khomeini im September 1982: „Wenn unsere Feinde, namentlich derjenige, der uns mit der Aggression überzogen hat, bestraft ist, und die Schäden an dieser Nation beglichen sind, werden wir gegen niemand mehr eine Forderung haben.“ Demgegenüber fordern die Volksmodjahedin die sofortige Beendigung des



Straßenkämpfe 1979 zum Sturz des Schah

Krieges zwischen Iran und Irak. Sie wenden sich auch gegen Zwangsrekrutierungen und Bestrafungen durch das Kriegsdienstverweigerergesetz.

Durch dieses Gesetz können „nicht-aktive Teilnehmer“ des Krieges mit Entzug aller öffentlichen Dienstleistungen, z.B. Strom, Gas, Wasser, Kranken- und Rentenversicherung, bestraft werden. Anfang Januar 1983 traf Massoud Radjavi, führendes Mitglied der Volksmodjahedin und Verantwortlicher des „Nationalen Widerstandsrats“ (N.W.R.) mit dem stellvertretenden irakischen Ministerpräsidenten Aziz zusammen, wobei eine gemeinsame Erklärung für Frieden und gegenseitige Beziehungen auf der Grundlage beiderseitiger Achtung und Zusammenarbeit verabschiedet wurde.

Unter der Schahdiktatur wurden 1976 in Iran etwa 20mal mehr Waren importiert als exportiert. Es gab praktisch keine iranischen großen Industrien, vielmehr kontrollierte imperialistisches Kapital, vor allem die US-Imperialisten, das Land. Die deutsch-ira-

nische Handelskammer beschreibt Anstrengungen der iranischen Regierung, nach dem Sturz des Schah hieran etwas zu ändern, wie folgt: „Große Anstrengungen der Regierung, der vielschichtigen Probleme Herr zu werden, scheiterten an dem sprunghaft steigenden Bedarf sowohl an Hafenkapazitäten als auch an Transportraum auf Straße und Schienen. Es ist zu beobachten, daß in bestimmten Bereichen der Infrastruktur, wie z.B. in der Elektrizitätswirtschaft und im Straßenbau, energische Anstrengungen von seiten der Regierung unternommen werden, die Situation zu verbessern.“ Allerdings änderte dies nichts an der nach wie vor

bestehenden Importabhängigkeit der iranischen Wirtschaft. Diese besteht im Bereich der Nahrungsmittel zu 78,5%, Maschinenbau und Kfz-Industrie zu 80%, Textilindustrie 80%, Papier 41,5%, chemische Industrie 60–100%, Pharmaindustrie 85–100% und im Bau 57%. Zwar wurden 80% der Einfuhren 1981/82 im staatlichen Sektor getätigt und Ex- und Import vorwiegend von staatlichen Organisationen kontrolliert. Dennoch stand 1981/82 einem Import von 1 465,785 Mio. Rial nur ein Export von 30,624 Mio. Rial an Nichtölprodukten gegenüber, was sowohl die Abhängigkeit vom Öllexport als auch die Importabhängigkeit beleuchtet.

Die Einnahmen aus Erdöl sollen im Haushalt 1982/83 56% der gesamten Einnahmen ausmachen. Der Haushalt ist aber schon von vornherein um 401,5 Mrd. Rial unterdeckt. Die Zahlungsbilanz für 1980/81 war negativ: minus 5 988,8 Mio. US-Dollar. 1980/81 betrugen allein die Devisenausgaben für Wareneinfuhren 15,7 Mrd. US-Dollar. Die Zentrale Bank spricht von 20–

30% Inflation; die Inflation stieg nach Angaben der Bank Markazi bei einer Berechnung zur Basis 1974/75 = 100 von 1977/78 = 160,2% auf 1981/82 = 297,9%, d.h. vor allem in den letzten beiden Jahren um jeweils 23–24%. Die Arbeitslosigkeit wird auf fünf Millionen geschätzt. Der jährliche Lohnanstieg der Ölarbeiter von 4–12% wurde gestrichen, nach Kriegsbeginn überhaupt jede Höherstufung. Der Urlaub wurde gekürzt, Überstunden werden nicht mehr bezahlt, die Wochenarbeitszeit auf 44 Stunden verlängert.

In zahlreichen Betrieben wurden Streiks und Protestaktionen wie z.B. Unterschriftensammlungen gegen Lohnkürzungen, Verlängerung der Arbeitszeit und Unterdrückung gewählter Organe durchgeführt. Z.B. streikten bei General Motors 1700 Arbeiter gegen die Einführung der 44-Stundenwoche und forderten auch die Auflösung der islamischen Vereine, die die Arbeiter von Regierungsseite her kontrollieren. Der Streik wurde niedergeschlagen, mehr als 100 Arbeiter entlassen und mindestens 46 verhaftet. Ein im Parlament bereits verabschiedetes Ge-

setz, das darauf abzielte, den Außenhandel der staatlichen Kontrolle zu unterwerfen, wurde vom sogenannten „Wächterrat“ (Shoraye Negahban) abgeblockt. Der „Wächterrat“ hat die Gesetzgebung anhand der islamischen Ziele und Prinzipien zu überprüfen und stellte fest, daß durch dieses Gesetz der Schutz des Eigentums im Sinne des Islam verletzt werde. Auch das im Parlament verabschiedete Gesetz über eine Agrarreform ist von diesem Verfassungsrat abgelehnt worden. Es sah eine Umverteilung von Ländereien vor, sofern diese nicht „legales Eigentum“ waren. Nach Ansicht des „Wächterrats“ eine mit religiösen Prinzipien nicht zu vereinbarende Beschneidung des Rechts auf Privatbesitz.

Die Volksmodjahedin leiten aus dieser Lage die Notwendigkeit des bewaffneten Widerstands ab und führen ihn auch durch: „Die Wirtschaftslage im Iran ist so miserabel, daß nur eine Revolution die Situation ändern kann. Die absolute politische Isolation des Khomeini-Regimes, der landesweite Widerstand der Volksmodjahedin und vor allem die Gründung des Nationa-

len Widerstandsrats als Organ der demokratischen und fortschrittlichen Kräfte und als einzige Alternative zu dem Khomeini-Regime, werden dem Regime ein baldiges Ende bereiten.“

Wie nun beurteilen die westdeutschen Imperialisten die Lage im Iran? Noch immer führen sie die Liste der Handelspartner Irans mit einem Anteil von 15% an. Zunächst einmal die grundsätzliche Einstellung der deutschen Handelskammer zur Lage im Iran: „Wenn trotz dieser einschneidenden Strukturänderungen und der damit verbundenen Reibungsverluste, trotz des erheblichen Abflusses von privatem Kapital, trotz des Ausfalls eines erheblichen Potentials an technologisch ausgebildeten Fachkräften und schließlich trotz der anhaltenden Kriegsverhandlungen die Volkswirtschaft der Islamischen Republik Iran nach wie vor eine erstaunliche Widerstandskraft aufweist, so zeugt das von den bedeutenden wirtschaftlichen Ressourcen des Landes.“ Also: Am Ball bleiben!

Quellenhinweis: Aktueller Informationsdienst Moderner Orient, Nr. 1–4/1983, hrsg. v. Deutsches Orient Institut

Dokumente zur Organisierung der Arbeiterbewegung im Iran

Auszug aus einem Interview von Vertretern der französischen Gewerkschaft „Syndicat des correcteurs“ mit M. Radjavi, führendem Vertreter der Volksmodjahedin Irans zur Arbeiterbewegung in Iran:

„Die arbeitende Bevölkerung zählt ungefähr 12 Millionen Personen, von denen etwa 3 Millionen, d.h. 25–30% als Teil der Arbeiterklasse betrachtet werden können. Indessen beschäftigt die Großindustrie, darunter ich Firmen mit mehr als 1000 Beschäftigten meine, nicht mehr als eine Million Arbeiter ... Von den drei Millionen Beschäftigten arbeiten etwa 800000 in den Teppichfabriken und sind im wesentlichen bäuerlicher Herkunft ... Darüber hinaus muß man wissen, daß die industrielle Entwicklung immer begrenzt war; das erklärt das Scheitern der (konstitutionellen) Revolution von 1905, bei der der Feudalismus den Sieg über die Bourgeoisie errungen hat. In der Tat hat sich die iranische Bourgeoisie im wesentlichen im Bereich des Handels entwickelt. Das erklärt, weshalb Khomeini nach der Revolution vom Februar 1979 mit der Sympathie eines großen Teils der Arbeiterklasse rechnen konnte, obwohl er nie in dem Maße an ihnen interessiert war, wie sie an ihm ...

Nur in der letzten Phase des Kampfes hat die Arbeiterklasse eine

entscheidende Rolle gespielt. Der Widerstand brach das Machtmonopol des Staates und ermöglichte den Anschluß anderer gesellschaftlicher Kräfte an die Volksbewegung, die speziell mit dem Streik der Erdölarbeiter dem alten Regime den entscheidenden Schlag versetzte ...

Nach der Beseitigung der Monarchie hat die Gesamtheit der progressiven Kräfte, wir selbst auch, die Bildung von Arbeiterräten in den Fabriken in Gang gebracht. Khomeini hat im Gegensatz dazu immer von ‚Islamischen Räten‘ gesprochen, die ganz seiner Partei, der Partei der Islamischen Republik, angeschlossen sind ...

Er hat die Auflösung aller Räte beschlossen, die ihm nicht total ergeben waren, und hunderttausende Arbeiter im Laufe der Säuberungswelle entlassen, was die Arbeiterbewegung sehr getroffen hat ...

Später sind all diese Räte, selbst die „islamischen“, aufgelöst worden, um anderen Kontroll- und Unterdrückungsorganisationen Platz zu machen: den Islamischen Vereinen, den Häusern der Arbeit, den Arbeiterabteilungen der Wächter der Revolution (Pasdaran) und den Arbeiterabteilungen der Partei der Islamischen Republik. Alle diese Organisationen spielen exakt die gleiche Rolle wie der SAVAK im alten Regime.“

Aus dem Programm der Iranischen Volksfedayin-Guerillas „Antiimperialistischer Kampf oder Demagogie?“:

„Von Anfang an hat sich die neue ‚revolutionäre‘ Regierung gegen die Räte und Gewerkschaften der Arbeiter gestellt. Diese Regierung hat, soweit sie konnte, die Arbeiterräte direkt angegriffen, die Vertreter der Arbeiter verhaftet und eingesperrt und die Tätigkeit der Räte gestört. Als sie aber einsah, daß ihr der direkte Angriff auf die Räte schadet, weil die Arbeiter massiv für ihre Räte eintraten, stimmte sie für die Räte. Aber die von der Regierung selbst eingesetzten ‚Räte‘ hießen nur so, in Wirklichkeit hatten sie genau die gegenteilige Funktion. Aus diesem Grund erlitten sie eine schändliche Niederlage. Das Ziel der Regierung war, mit den geplanten Räten sowohl die Bevölkerung zu betrügen als auch einen Apparat zu schaffen, der ihr direkt untersteht. Aber die Massen spuckten auf die Räte ...

In dem ‚revolutionären‘ System ist die Teuerungsrate so hoch, daß der Arbeiter mit seinem Lohn für die Grundbedürfnisse seiner Familie nicht aufkommen kann, und er sich vor seiner Familie immer schämen muß. Das neue Regime will das Wohnungsproblem mit Beratungen und Spendensammlungen für die ‚Schwachen‘ lösen.“

Quellenhinweis: Freiheit für Iran, hrsg. v. Moslemische Studentenvereinigung, Jg. 1982/83; Iranischer Studentenverband (Hrsg.), Programm der Volksfedayin-Guerillas, Wien o.J.



Kabarett und Volksmusik

Bayerische Kleinkunst: Gerhard Polt und die Biermösl Blosn

Mit ihren Auftritten, die sie zum Teil auch gemeinsam durchführen, haben der Kabarettist Gerhard Polt und die Biermösl Blosn, ähnlich wie auch der Passauer Kabarettist Siegfried Zimmerschied, eine bayerische Volkskunst im guten Sinne des Wortes entwickelt. Polt, der 1980 den deutschen Kleinkunstpreis erhielt, war in jüngster Zeit verschiedentlich in der von Dieter Hildebrandt gemachten Fernsehsendung „Scheibenwischer“ zu sehen. Die Biermösl Blosn sind drei Brüder aus der in Bayern bekannten Volksmusikfamilie Well.

Die Gebrüder Well machen gute bayerische Volksmusik. Gut in dem doppelten Sinn, als sie zum einen die Vielfalt dieser traditionellen Musik mit ihren typischen Instrumenten wie Hackbrett, Harfe und Gitarre, Tuba, Trompete, Horn und Flöte sowie Harmonika außerordentlich gut beherrschen. Zum anderen, weil sie die fortschrittlichen Traditionen dieser Musik pflegen und ihre reaktionären Ausprägungen auf die Schippe nehmen. Ein Beispiel dafür ist der Schluß des 300 Jahre alten Liedes „Es wollt ein Bauer“, in dem der Bauer, von der Feldarbeit heimkehrend, den Pfaffen im Schlafzimmer überrascht: „Und die Moral von der Geschicht: Trau nicht des Pfaffen Arschgesicht!“ Oder auch ihre mit Absicht schräg gespielten Versionen bekannter bayerischer Militärmärsche wie „Alte Kameraden“ und

„Der Schwalanscher“, zu dem sie im Vortext sagen: „Die Schwalanscher, das war die berittene Elitetruppe des bayerischen Heeres, vergleichbar mit der GSG 9 heutzutage.“

Zwei Schallplatten sind aus Mitschnitten von Auftritten bisher entstanden. Während auf der ersten hauptsächlich originale alte Stücke zu hören sind, finden sich auf der zweiten in der Mehrzahl traditionelle Musikarrangements mit eigenen Texten. Da gibt es dann Titel wie „Che-Guevara-Ländler“, „Gott mit Dir, Du Land der BayWa“ (in Abwandlung der bayerischen Hymne „Gott mit Dir, Du Land der Bayern“) oder das „Nürnberglied 1981“ gegen die Massenverhaftungen am 5. März 1981. Ihre Texte treffen besonders gut dort, wo sie die Auswirkungen der kapitalistisch organisierten Landwirtschaft und das Elend der armen angreifen: „Es liegt ein tiefer Friedn über den Fluren weit / wohin das Auge schauet, kein schöner Land in dieser Zeit / wie sche de Foida doliegen, wie herrlich alles is / ein Stück vom Garten Eden, da Rest vom Paradies / für d'Heck und d'Buckl, was wegga g'schobn hom! / Für d'schnurgroden Bachal und Wassagrom! / Für d'Betonstraße um insare Wiesen herum! Dank ma insara hilfreichen Flurbereinigung!“

Gerhard Polt ist spätestens seit der „Scheibenwischer“-Sendung über den Bau des Rhein-Main-Donau-Kanals

bundesweit bekannt. Als Dr. Schwamm von der Rhein-Main-Donau AG stellte er vor allem die personelle Verfilzung von bayerischen Ministern und hohen Staatsbeamten mit der Baugesellschaft und die Profitinteressen der Betreiber vorzüglich dar. Das bayerische Innenministerium sprach nach der Sendung von „Ehrabschneidung“ und drohte, die Sendung in Bayern künftig auszublenden.

Gerhard Polt konzentriert sich in seinen Stücken sonst auf „volkstümliches“, wobei er seine gehässig-komischen Satiren gegen im Volk auftretende Dummheit, auf Ignoranz und Spießertum richtet. Er nutzt die bayerische Sprache, um die Authentizität der Begebenheiten zu untermauern. Die Darstellung seiner Figuren beherrscht er perfekt. Zwei Beispiele:

Frau Wilke erzählt: „... also sicher, der Nurejew ... er ist schon ein Könner, ne, er ist ja schon eine Spitzenkraft, aber ich hab den Eindruck, er hupft auch nimma so hoch wie früher, weil ... ich glaub der hat des auch gar nimmer nötig, net?“

Ein Mann erzählt vom Krieg: „... ein Kamerad von mir liegt im Graben, net wahr, wir schafkopfen, wir karteln quasi. Auf einmal tut es einen Pfeifer, es hat ihm den Kopf herabgerissen, der Mann sitzt ohne Kopf da. Dabei hätte der Mann gewonnen. Er hat ein ausgezeichnetes Blatt gehabt. Net.“

DDR-Science Fiction über die USA

Wie sehen die USA Mitte des 21. Jahrhunderts aus? Sie sind von radioaktiven Müllhalden verpestet, können ihren Wasserbedarf nur durch das Einschmelzen von Eisbergen decken, der Smog reicht bis hinauf zu den 750. Stockwerken der Hochhäuser, die Kapitalisten lassen die Lohnabhängigen von einer terroristischen Bundespolizei in Schach halten und in unterirdischen Fabriken schuften. So jedenfalls schildert der DDR-Schriftsteller G. Prokop in seinem Bändchen „Der Tod der Unsterblichen“ die Zukunft der USA: beherrscht von einer Kapitalistenklasse, deren Verkommenheit und deren Unfähigkeit zur weiteren Leitung der gesellschaftlichen Produktion an jedem Punkt offen zutage tritt. Wieso ist sie dann nicht längst gestürzt? Darauf hat der Autor nur dunkle Andeutungen: „irgendwann“ im 20. Jahrhundert sind große Aufstände der Arbeiter niedergeschlagen worden, und seitdem sind die Verhältnisse eben so, wie sie die Hauptperson des Buches, ein Privatdetektiv der „Big Bosse“ der Kapitalisten, in Erzählungen über deren Kriminalfälle schildert. Vielleicht sollen sie auch gar nicht anders sein? Am Ende jedenfalls entpuppt sich der Privatdetektiv als verdeckt arbeitender Informant einer revolutionären „Underground“-Organisation, auf der die Hoffnungen aller Lohnabhängigen ruhen, die aber für alles mögliche eintritt, nur nicht für die Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln.

Gert Prokop, Der Tod der Unsterblichen, Heyne SF 3851, München 1981, 5,80 DM

Alemannische Fasnet

Die schwäbisch-alemannische Fasnet wird im wesentlichen von den unteren Volksschichten getragen. Sie gestaltet die Fasnet durch die Jahrhunderte gegen die ständigen Verbote der Obrigkeit nach ihren Interessen. Das hat sich in vielerlei Figuren und Bräuchen niedergeschlagen. So werden z.B. in einigen Orten die Kinder am Donnerstag vor Fasnet aus der Schule befreit, in einem anderen Ort ist in der Narrenfigur ein Anführer der Salpeterer-Rebellen gegen das Kloster St. Blasien dargestellt, anderswo werden Teile des Heckerliedes beim Hissen der Narrenfahne gesungen, und in

fast jedem Ort wird das Rüge-recht in irgendeiner Form ausgeübt. Nachdem es 1920 zu regelrechten Aufständen gegen ein allgemeines Fasnetverbot kam, wird heute mit feinfühligere Mitteln versucht die Fasnet umzuwandeln. Die Kurmark-Zigarettenfabriken gründeten eigens eine Gesellschaft zur Brauchtumsförderung. Sie verfügt über einen 10000 DM Förderpreis und gibt ein Extrablatt zur Fasnet heraus, in dem Lieder verbreitet werden, wie: „Wir kümmern uns nicht um des Weltlaufs Geschick, verschmähen die Handel und die Politik ... und tanzt auch der Bettelsack schon an der Wand, das Unterbrett trägt man ins Leihhaus als Pfand. Heidi, heida ...“ Außerdem veranstalten sie dreitägige Busreisen durch die schwäbisch-alemannische Fasnet, was nur den Kräften zugute kommt, die die Fasnet als fremdenverkehrsfördernde Maßnahme betrachten. Kurmark entwickelt seinen Einfluß wesentlich über die zwei Dachverbände, die vom Großbürgertum beherrscht werden. Des weiteren versucht die Kirche eine Umdeutung der Fasnet in eine moralisierende Parabel von der Schlechtigkeit alles Weltlichen. Es steht zu befürchten, daß sich die Narren zu Werbeträgern machen lassen, auch ideell, wie das Freiburger Fasnetmotto zeigt: „Nit nur gaffe – zusamme rugge – zusamme schaffe“. Daß es Austritte von ganzen Zünften wegen „karnevalistischen Einflüssen“ und zunehmend Streit um solche Fragen gibt, dafür ist es höchste Zeit.

Literatur: Oberrheinische Narrenschau, Verband Oberrheinischer Narrenzünfte, Masken unserer Stadt, Elzach, Rottweil, Wolfach, J. Fink Verlag Stuttgart.

Vom Mut der einfachen Menschen

August 1944 im besetzten Italien: Die deutschen Besatzer fordern die gesamte Bevölkerung eines kleinen Städtchens in der Toskana auf, sich in der Kathedrale zu versammeln. Auf jeden, der sich außerhalb der Kirche zeige, werde geschossen. Der Bischof überbringt die Aufforderung. Unter Führung eines älteren, ganz einfachen Mannes, wohl eines Bauern, folgt ein Teil der Bewohner dem Befehl nicht und zieht im Schutz der Dunkelheit aus der Stadt, den nahenden amerikanischen Truppen entgegen. Das ist der Beginn einer langen und verlustreichen Odyssee durch das vom Krieg

zerfurchte Land. Besatzer und faschistische Schwarzhemden plündern die Einwohner und machen Jagd auf Partisanen. Die Gruppe schließt sich nach einiger Zeit einer Partisaneneinheit an, wird in ein blutiges, aber schließlich siegreiches Gefecht in einem Kornfeld verwickelt und erreicht am Ende befreites Gebiet. Die Zurückgebliebenen werden von den Faschisten während der Messe in der Kathedrale brutal massakriert.

Der Film „Die Nacht von San Lorenzo“ der Gebrüder Taviani, in deren Heimatort sich das Massaker in der Kathedrale 1944 tatsächlich zuge-tragen hat, schildert den Weg der Ausgezogenen in großen und ruhigen, an vielen Stellen ungeheuer ausdrucksstarken Bildern. Den Ausgangspunkt bildet die in dieser Situation einzig richtige Entscheidung eines einfachen Mannes gegenüber der Feigheit und Blindheit der örtlichen Honoratioren, des Bischofs, der Advokaten usw. Der Film ist nicht heroisch, er zeigt Flüchtlinge. Er zeigt sie mit ihren Lieben und Schwächen, aber immer mit großer Sympathie für die arbeitenden Menschen. Und er zeigt auch, wie aus den Flüchtlingen im Laufe ihres Weges Partisanen werden. So sehr das Gefecht im Kornfeld vielleicht den Eindruck eines sinnlosen Gemetzels erwecken mag, so läßt der Film doch nie einen Zweifel aufkommen, auf wessen Seite er steht, warum die Entscheidung zum bewaffneten Widerstand richtig, warum sie notwendig war.

Der Film ist über weite Strecken aus der Perspektive eines damals sechsjährigen Kindes gedreht, das, inzwischen selbst Mutter, in einer Nacht von San Lorenzo, d.h. am 10. August, einem einschlafenden Säugling die Geschichte jener Nacht erzählt. Nach italienischer Volkstradition gehen Wünsche, die man beim Fallen einer Sternschnuppe in der Nacht von San Lorenzo äußert, in Erfüllung. Diese Erzählperspektive bringt einige Auflockerung in den Film, die bei der ungeheuren Intensität des Geschehens manchmal willkommen sein mag. Was die Rahmenhandlung aber wohl hauptsächlich beitragen soll, wäre auch ohne sie aus dem Film zu schöpfen: die Bedeutung der geschichtlichen Erfahrung für heutiges Handeln. Gerade deshalb: ein unbedingt empfehlenswerter, ein großer Film.

Koalitions- und Streikrecht

Schelsky fordert die Zerschlagung der ÖTV

Wohlweislich zurückgezogen in sein drittes Haus im österreichischen Burgenland hat der Soziologieprofessor im Ruhestand Schelsky einen Aufruf zur weitgehenden Änderung des Koalitions- und Streikrechts in der BRD verfaßt als Quintessenz eines Buches über „Funktionäre“ – worunter Schelsky vor allem die leitenden Angestellten der Unternehmen des DGB, die hauptamtlich tätigen Gewerkschaftsmitglieder und die freigestellten Betriebs- und Personalräte der DGB-Gewerkschaften versteht. Schelsky fordert: „Auflösung der monopolistischen Großgewerkschaften nach dem Muster der Monopol- und Konzentrationskommission privatwirtschaftlicher Unternehmensmacht und nach dem Grundsatz, daß möglichst einheitliche Arbeitnehmerinteressen gegenüber sich möglichst in einheitlicher Wirtschaftslage befindenden Arbeitgeberinteressen vertreten werden ... Verbot von Schwerpunkt- und Solidaritätsstreiks gleichzeitig mit dem Verbot zu branchenumfassenden Aussperrungen durch die Unternehmen.“ Die Notwendigkeit solcher Einschränkungen von Koalitions- und Streikrecht begründet Schelsky mit dem Entstehen einer neuen „Klasse von Funktionären“ des DGB, der die Macht genommen werden müsse. Zum Beweis dieser demagogischen Kritik zieht Schelsky dann allerdings – neben den bekannten Bemühungen liberaler und konservativer Kräfte, durch Aufdeckung von „Skandalen“ in den Unternehmen des DGB – vor allem Beispiele heran, die der Sage vom „überholten Klassenkampf“ direkt entgegenstehen: Die Warnstreiks der Metallarbeiter in den vergangenen Tarifeinsetzungen, den Streik der Stahlarbeiter 1978, die Kämpfe der Beschäftigten im öffentlichen Dienst.

Schon lange bemühen sich konservative, christlich-konservative und liberale Politiker, die gesamte westdeutsche Bourgeoisie darum, die Gewerkschaften verstärkt auf das „Gemeinwohl“ der Gesellschaft zu verpflichten, um die Absichten der Bourgeoisie zur Senkung der Löhne, Beseitigung der Versicherungsrechte der Arbeiter, die Intensivierung der Arbeit um so gemeiner gegen die arbeitenden Klassen durchsetzen zu können. Schelsky sammelt mit seltener Gemeinheit Argumente, um die tatsächlichen und angeblichen Verstöße der „Gewerkschaftsfunktionäre“ gegen das Gemeinwohl der Kapitalisten anzuführen als Argument dafür, daß die Kraft der DGB-Gewerkschaften gebrochen werden müsse: „Die Funktionäre polemisieren gegen im Grundgesetz festgelegte bürgerliche Pflichten und Verbindlichkeiten nicht nur in Form einer meinungspolitischen Willensbildung im Interesse der Mitglieder, sondern unterstützen offen praktische Verstöße gegen Grundgesetzbestimmungen und gegen die grundgesetzlich festgelegte Rolle, die den Gewerkschaften im Geist des Grundgesetzes zugeordnet wurde.“

Die Kämpfe der Gewerkschaften im öffentlichen Dienst sind ihm ein besonderer Beweis für die grundgesetzwidrige Haltung der DGB-Gewerkschaften, weil erstens die Gewerkschaft ÖTV, die Postgewerkschaft und die Gewerkschaft der Eisenbahner und die GEW Beamte organisiert und zweitens vor allem im Streik 1974, aber auch in verschiedenen Auseinandersetzungen in späteren Jahren, ein großer Teil der niedrig bezahlten Beamten an diesen Kämpfen teilgenommen hat und sich keineswegs zum Streikbrecher hat degradieren lassen. Die grundgesetzliche Einschränkung des Koalitionsrechts auf die „Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen“ hat die Gewerkschaften in einigen Arbeitskämpfen juristische Niederlagen gekostet, allerdings nie in einem Ausmaß, das ihre Kampfkraft entscheidend gelähmt hätte. Diese Fessel der Verpflichtung auf die „Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen“ der Kapitalisten will Schelsky schärfer angezogen sehen, vor allem die Verpflichtung der Beschäftigten im öffentlichen Dienst auf das Wohlergehen der Staatsgewalt soll schroff gegenüber den kämpfenden Belegschaften durchgesetzt werden. Die Zerschlagung der ÖTV in zahlreiche „Branchengewerkschaften“ und die Auflösung des Tarifverbundes im öffentlichen Dienst zwecks Beseitigung des „Gewerkschaftsmonopols“ scheint ihm unerlässlich. Die Überführung von Unternehmen des Staates in Privatbesitz fordert Schelsky als ein Mittel, diese Zerschlagung der ÖTV voranzutreiben, allerdings scheint ihm dieses Mittel nicht ausreichend angesichts der zahlreichen Organisationsbereiche der ÖTV und der Millionen-

zahl der Arbeiter, Angestellten und Beamten im Öffentlichen Dienst, die mit Staatsaufgaben befaßt sind.

Für den öffentlichen Dienst ergeben die von Schelsky geforderten Änderungen des Koalitions- und Streikrechts in der Konsequenz nicht nur die Zerschlagung der ÖTV und damit eine beträchtliche Verschlechterung der Kampfbedingungen der Beschäftigten im öffentlichen Dienst, sondern die vollständige Aufhebung des Streikrechts für alle im öffentlichen Dienst Beschäftigten, weil deren Streik entweder dem Wohlergehen des Staates schadet oder der Streik „Dritte“ betreffen kann.

Schelsky knüpft mit seinem Buch an die Diskussion an, die in der Mitte der 50er Jahre von konservativen Sozialrechtlern begonnen wurde über die Möglichkeiten, das Streikrecht zu beseitigen, und die nach dem Streik im öffentlichen Dienst 1974 von dem CDU-Politiker Biedenkopf und der FDP wieder aufgegriffen wurde mit dem Ziel, ein neues Gesetz zur Einschränkung der Rechte der Gewerkschaften durchzusetzen.

Quellenhinweis: Helmut Schelsky, Funktionäre, Gefährden sie das Gemeinwohl? Seewald-Verlag, Stuttgart 1982, 29.60 DM; Die Quelle, Funktionszeitschrift des DGB, Ausgaben 1974

Siemens-Stiftung:

„Der Ernstfall“ oder der „nichtnormierte“ Ausnahmezustand

Das Haus Siemens war schon immer besonders direkt mit der Politik des deutschen und westdeutschen Imperialismus beschäftigt. Das erklärt die Vorgaben für die wissenschaftliche und publizistische Betätigung der Carl Friedrich von Siemens Stiftung.

„In der Carl Friedrich von Siemens Stiftung in München sind seit 1973 Symposien abgehalten worden, in denen die Lebensverhältnisse unserer Zeit anhand von Schlüsselwörtern befragt werden sollen. ‚Leistungsprinzip‘, ‚Jugendkult‘, ‚Glück‘ und ‚Schicksal‘ waren solche Gegenstände des Nachdenkens und der Auseinandersetzung. Mit dem wiederum von Armin Mohler angeregten und organisierten Symposium ‚Der Ernstfall‘ setzte die Stiftung im Sommer 1978 ihre Bemühungen fort, die Gegenwart auszuleuchten. Anders als bei den Vorläufersymposien ... fehlte dem Titel diesmal das Fragezeichen.“⁽¹⁾

Statt des Fragezeichens wurde den voraussichtlichen Teilnehmern diesmal eine sehr praktische Aufgabenstellung zugeschlacht:

„Wir wollen unter Ernstfällen eine Klasse von ‚Übergangssituationen‘ begreifen. In ihnen erhalten Abläufe im Leben von Menschen (oder Menschengruppen) und/oder erprobten Institutionen, auch Systeme, mehr oder weniger plötzlich einen neuartigen Charakter. Zwei Arten von Übergängen können unterschieden werden:

1. Übergang aus einem zuvor als normal empfundenen Zustand in einen neuen, der zwar als solcher nicht der bisherigen Normalität entspricht, aber doch als Möglichkeit schon vorausgedacht worden ist. Wir sprechen von der ‚normierten Ausnahme‘.

2. Übergang – von der Normalsituation oder der Situation der normierten Ausnahme – in die ‚nichtnormierte Ausnahme‘, die durch etwas seiner Art nach unvorhergesehenes Neues charakterisiert ist.

Nur für den Fall 1 kann man sich begriffliche Vorkehrungen als Ernstfallvorbereitung denken, seien es besondere Ablaufmuster, seien es Kompetenzwechsel auf neue, eben Ausnahme-Institutionen. Und eben in Hinblick hierauf kann man dann auch von ‚Bewährung‘ solcher Vorkehrungen sprechen. Sie hängen weitgehend davon ab, ob man sich ein richtiges Bild vom möglichen Ernstfall gemacht hat.“ (Ernstfall S. 215)

Das war die Vorgabe. Das Ergebnis der Ernstfalldebatte, das auch als Buch vorliegt, war dann schon viel anwendungsnäher. Die Hauptaussage: In der BRD-Verfassung sei alles vorgesehen, nur eben nicht das Unvorhersehbare. Deswegen sei die Exekutive für den Ernstfall immer noch nicht ausreichend gerüstet. Die „normierte Ausnahme“ sei vorgesehen, aber eben nicht die „nichtnormierte Ausnahme“.

„Ziel einer solchen System-Verfassung ist die Liquidation des Ernstfalles, ein ehrgeiziges Ziel, bedenkt man die heutige Auseinandersetzung über die Bekämpfung des Terrorismus.“

In Beiträgen wie „Der tabuisierte Ernstfall Krieg“ des publizistischen Kriegshetzers Paul Carell oder „Verfassung ohne Ernstfall“ von Josef Inensee oder „Kampf ums Überleben, der Ernstfall als Normalfall für Unternehmen in einer freiheitlichen Wirtschaftsordnung“ von Horst Albach (Mitglied des Sachverständigenrates) wurden die imperialistischen „Übergangsmöglichkeiten“ entwickelt. Um einen übergesetzlichen Notstand, also der entfesselten Exekutive, sei nicht heruzukommen. Beste Beispiele sind der Krisenstab und das Kontaktsperrengesetz 1977, beide hätten nur außerhalb der bestehenden Verfassungsnorm durchgesetzt werden können. Zur Vorbereitung auf den Ernstfall, also die

offene Konterrevolution und den imperialistischen Krieg, fordern die Herren im einzelnen:

– Schluß mit dem Sozialstaat, runter von allen gesellschaftlichen Reproduktionsansprüchen der Lohnabhängigen an den Staat, denn:

„Einmal kommt der Tag, an dem die ‚Armen‘ von heute entdecken, daß auf der Basis von 624 DM kein ‚Vermögen‘ zu bilden ist und daß sich auf neunzig Quadratmetern nicht ‚menschenswürdig‘ wohnen läßt. Das Programm der sozialen Gerechtigkeit macht den Sozialstaat daher erpreßbar.“

– In der Ideologie: von der Verteidigung zum offenen Angriff gegen den äußeren und inneren Feind. – Krieg: vom Gerechte über seine Vermeidbarkeit zur Propaganda seiner Unvermeidlichkeit. Als Sternstunde der Reaktion wird hier die Rede des ehemaligen Bundespräsidenten Scheel auf der Kommandeurstagung 1978 gefeiert, wo endlich die für die Reaktion erlösenden Worte offiziell gefallen seien:

„Die Bundeswehr kann ihre Funktion nur erfüllen, wenn sie für den Ernstfall gerüstet ist. Das heißt, wenn wir den Frieden erhalten wollen, dann müssen wir unsere Soldaten in Hinblick auf den möglichen Krieg ausbilden. Der Soldat kann nur den Frieden sichern, wenn er für den Krieg bereit ist. Der Krieg aber hat mit dem Tod zu tun.“

– Verfassung, Gesellschafts- und Staatsform:

„Der Unterschied zum Ernstfall im Artikel 48 der Verfassung von Weimar, der sogenannten Diktatur des Reichspräsidenten, liegt darin, daß die heutige Krisenerklärung nicht mehr zum Ausklinken des Ausnahmezustandes führt. Das Krisenverfahren tritt an die Stelle des Kompetenzwechsels.“

Was den versammelten Reaktionären also vorschwebt, ist der Übergang von einer verfassungsförmigen Krisendiktatur einer ausgewählten Oligarchie aus dem Personal der herrschenden Klasse und den staatstragenden Parteien zu neuen Formen einer offenen Diktatur des Finanzkapitals ohne Rücksichten auf irgendwie geartete Versprechen bürgerlicher Republik. Der sogenannte Historiker Helmut Diwald räsoniert dazu frei nach dem Motto, „was täte Hitler an meiner Stelle heute“:

„Der Ernstfall, gleichgültig, wie er differenziert werden muß innerhalb eines historischen Kontextes, hat in jenen Übergangsjahren (gemeint ist die Zeit 1931 bis 1933) besonders lehrreiche und bedenkenswerte Dimensionen gewonnen. Aus heutiger Sicht befand sich die Weimarer Republik zum Schluß vor der Doppelfrage:

1. Hätte sie die Grundrechte, die ihr Staat wahren sollte, nur so verteidigen können, daß sie dieselben radikal suspendiert?

2. Hätte sie sich um der Grundrechte willen weigern sollen, sie anzutasten, auch auf die Gefahr hin, daß sie im Ernstfall zusammen mit den Grundrechten untergeht? Die Grundrechte wären dann zwar unverletzt geblieben, aber vernichtet worden.

Hitler hat die ihm gemäße Antwort darauf gegeben. Historische Ernstfälle dieser Art provozieren die Überlegung, ob nicht eine der Hauptaufgaben jedes politisch befaßten Menschen darin besteht oder bestehen sollte, auch das nicht-denkbare zu bedenken oder, damit es leichter fällt: seine Phantasie und Vorstellungskraft auf das ‚noch nicht gedachte‘ zu richten.“

Diwald und alle Ernstfallautoren ziehen hier also den historischen Vergleich zwischen 1932/33 und heute und nicht etwa zwischen 1924/25 und heute. Sie ziehen die Parallele zwischen der Endphase der Weimarer Republik mit den Faschisten und vor dem Ermächtigungsgesetz für den Hitlerfaschismus und heute. Sie betrachten das „Modell Deutschland“ mit Grundgesetz, FDGO und Notstandsverfassung – also die vollentwickelten Möglichkeiten zur „normierten Ausnahme“ – als Basis für den Übergang zu einer „nichtnormierten Ausnahme“, zum „Ernstfall“, zu einer neuen Form offener Diktatur des Finanzkapitals. Sie bestätigen damit einen Sachverhalt, den Werner Hoffmann bereits 1966 wie folgt beschrieben hat: (2)

„Gerade darum wird ‚Weimar‘ nicht wiederkehren. Der Rechtsextremismus steht heute nicht gegen ein ‚System‘, das er als unangemessen empfindet. Er ist vielmehr Fleisch von seinem Fleisch, Geist von seinem Geist. Er braucht nicht umzustürzen, er braucht nur nachzuhelfen. Er ist Zutreiber jenes ‚starken Mannes‘, dem er selbst Recht zu geben scheint.“

Das heißt, heute kann die Reaktion eine Mobilisierung zur Sicherung der bestehenden Ordnung betreiben unter Benutzung der Faschisten sowohl als Stoßtrupp der Reaktion wie als Argument für die reaktionäre Ordnungssicherung gegen „Rechts und Links“, um dann zu neuen, „nichtnormierten“ Formen der Diktatur des Finanzkapitals überzugehen. In der Weimarer Republik dagegen mußte sie mit Hilfe der Faschisten eine Mobilisierung zum „Umsturz“ der bestehenden Ordnung betreiben, um dann zur „Ermächtigung“ zwecks Sicherung der imperialistischen Ordnung und Politik überzugehen.

Die Ernstfalldebatte im Hause Siemens markiert also durchaus eine weitere Rechtsentwicklung des Konservatismus und Rechts-

radikalismus in der BRD. 1966 schrieb aus Anlaß der geplanten Verabschiedung der Notstandsgesetze der Politologe Dolf Sternberger in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung:

„Die Alternative lautet nicht ... entweder verfassungsmäßiger Zustand oder Diktatur, sondern die Alternative lautet: entweder verfassungsmäßige Diktatur oder verfassungswidrige, verfassungslose, ungesetzliche, willkürliche, unbefristete, unabsehbare Diktatur. Die verfassungsmäßige Diktatur, also die Notstandsverfassung, stellt das kleinere Übel dar.“

Das Grundgesetz, die durch Gesetze, Verfassungsgericht und Rechtspraxis aufladbare FDGO-Staatszielpolitik und die Notstandsverfassung, das sind die drei Hauptinstrumente der rechtsstaatlichen, also der „verfassungsmäßigen Diktatur“ (Sternberger). Ihre theoretische, ideologische, juristische, polizeimäßige und militärische Ausformung und Teilanwendung war das Ziel des Konservatismus der 50er und 60er Jahre.

Dieser sog. „Neokonservatismus“ der 70er und 80er Jahre unterscheidet sich vom Konservatismus der 50er und 60er Jahre:

1. Er ist Ausdruck der veränderten Rolle des BRD-Imperialismus seit Beginn der 70iger Jahre. Der Aufstieg der BRD zur weltweit operierenden imperialistischen Führungsmacht und zum Garanten der Konterrevolution in Europa treibt auch seine Ideologen zu immer offenerer und dreisterer Propaganda und Planung.

2. Der Konservatismus und Rechtsradikalismus der 70er und 80er Jahre hat offiziell Abschied genommen von der Hoffnung auf die soziale „Selbstintegration“ der Marktwirtschaft und der „Industriegesellschaft“. Spätestens seit der Vertiefung der imperialistischen Wirtschaftskrise mit der Krise von 1973/74 fordert er deshalb nicht mehr die „formierte Gesellschaft“, sondern den „starken“ Staat, der sich von allen gesellschaftlichen Reproduktionsansprüchen lösen müßte, um rein exekutiv „Staat“, also Unterdrückungsmaschine zu sein. Deshalb begnügt sich der neue

Konservatismus nicht mehr mit der „normierten Ausnahme“, also der „wehrhaften Demokratie“ in Aktion, sondern will sie als Sprungbrett zur „nichtnormierten“ Diktatur benutzen. (3)

Je offensiver sich der Konservatismus und Rechtsradikalismus zu den Zielen imperialistischer Politik bekennt – Konterrevolution, imperialistischer Krieg, offene und direkte Diktatur des Finanzkapitals – desto unverblümter macht er den führenden Staatstheoretiker der deutschen und westdeutschen Reaktion zu seiner Leitfigur: Carl Schmitt. Das ganze Ernstfall-Symposium der Siemens Stiftung war eine Carl Schmitt-Veranstaltung. Rüdiger Altmann, neben Johannes Gross seit Jahren einer der bekanntesten Carl Schmitt-Anhänger in der westdeutschen Publizistik:

„Souverän ist, heißt es in der ‚Politischen Theologie‘ Carl Schmitts, wer über den Ausnahmezustand entscheidet ... Carl Schmitt, der übrigens in diesem Jahr 90 Jahre alt wird, beruft sich mit dieser Definition ausdrücklich auf die politische Lehre, die die Gegner der französischen Revolution entwickelt haben ... Nach der Theorie Carl Schmitts ist der Ausnahmezustand der Testfall der Souveränität ...“

„Diktatur und Belagerungszustand“, die Notwendigkeit der „innerstaatlichen Feinderklärung“, Ablehnung der „Massendemokratie“, Kritik des „Pluralismus“ und vor allem der Existenz der Gewerkschaften, alles das sind entweder Titel von Büchern Carl Schmitts oder Schlagworte dieses faschistischen Reaktionsärs, die das Arbeitsmaterial der Ernstfallrunde bildeten. (4)

(1) Der Ernstfall, Schriften der Carl Friedrich von Siemens Stiftung, hrsg. von Anton Peisl und Armin Mohler, Band 2, Propyläen Verlag; (2) W. Hoffman, Abschied vom Bürgertum, Aufsätze, Frankfurt 1970; Hoffman war Professor für Soziologie und kandidierte in den 60er Jahren für die ADF; (3) Einen zusammenfassenden Überblick über die neuere Entwicklung des Konservatismus aus der Sicht der Theorie des „Staatsmonopolistischen Kapitalismus“ gibt: Konservatismus in der BRD, Dietz Verlag Berlin 1982; Aus kritisch liberaler Sicht: R. Saage, Rückkehr zum starken Staat? Frankfurt 1983; (4) So z.B.: Carl Schmitt, der Begriff des Politischen, München 1932; Die geistesgeschichtliche Lage des heutigen Parlamentarismus, 1969; Verfassungslehre, 1975; Eine kurze Einführung gibt: Gudrich, Fett, Die pluralistische Gesellschaftstheorie, Grundpositionen und Kritik

Abrißwohnungen



An der alten Malzfabrik, Aquatinta-Radierung, N.H., Kunstgruppe Hildesheim

1889. Gesetz betr. die Invaliditäts- und Altersversicherung: "Die Mittel zur Gewährung der Invaliden- und Altersrenten werden vom Reich, von den Arbeitgebern und von den Versicherten aufgebracht. Die Aufbringung der Mittel erfolgt seitens des Reiches durch Zuschüsse zu den in jedem Jahre thatsächlich zu zahlenden Renten ... Die Höhe der Beiträge ... ist so zu bemessen, daß durch dieselben gedeckt werden die Verwaltungskosten, die Rücklagen zur Bildung eines Reservefonds, ... sowie der Kapitalwert der von der Versicherungsanstalt aufzubringenden Anteile an denjenigen Renten, welche in dem betreffenden Zeitraum voraussichtlich zu bewilligen sein werden." (RGBl. 1889, 97)

1889-1945. "Von der Gründung der Rentenversicherung bis zu ihrem Zusammenbruch am Ende des 2. Weltkrieges zahlte das Reich auf jede Rente ... einen festen Reichszuschuß (später: Grundbetrag) ... Eine Rente setzte sich damals aus einem vom Reich getragenen Grundbetrag und einem Steigerungsbetrag zusammen, der nach versicherungsmathematischen Grundsätzen im Rahmen des Anwartschaftsdeckungsverfahrens aufgebracht wurde ... Der Anteil der Zuschüsse an den Gesamtausgaben der Invalidenversicherung betrug im betrachteten Zeitraum zwischen einem Drittel und der Hälfte." (R. Kössler, Sozialversicherungsprinzip und Staatszuschüsse in der ges. RV, 1981)

1945-1957. "Neben den alten Zuschüssen übernahm der Bund die Aufwendungen für die Eingliederung von Kriegsoffizieren und Vertriebenen sowie für Rentenerhöhungen ... Der Gesamtzuschuß setzte sich also aus mehreren Komponenten zusammen, enthielt aber keinen Ausgleich für Vermögensverluste, die insbesondere durch den Verfall nicht real gedeckter Staatsanteile entstanden, wie übrigens bereits im Krisenjahr 1923." (R. Kössler, aaO.)

1957. "Durch die Rentenvers.-Neuregelungsgesetze sind die ... Erstattungen und Zuschüsse des Bundes durch einen pauschalen Betrag (Bundeszuschuß) in gesetzlich festgelegter Höhe abgelöst worden, der dynamisiert ist und sich entsprechend der Bewegung der allgemeinen Bemessungsgrundlage (welche der durchschnittlichen Lohnveränderung folgt, d. Verf.) jährlich verändert ... Im Ergebnis nimmt somit der Bundeszuschuß nicht am Anstieg der Rentenausgaben teil und berücksichtigt nicht demographische Veränderungen." (K. Hoffmann, Die Angestelltenversicherung 11/82)

Jahr	Ausgaben der Rentenversicherung		Bundeszuschuß	Lohnsteuer- einkommen	Bundeszuschuß in % der		
	Gesamt Mio. DM	Renten Mio. DM			Gesamt- ausg. %	Renten- ausg. %	Lohn- steuer %
1957	12417	10683	3410	5289	27,5	31,9	64,5
1958	15409	12209	3618	5932	23,5	29,6	61,0
1959	16412	13197	3833	5855	23,4	29,0	65,5
1960	17851	14267	4102	8102	23,0	28,8	50,6
1961	19619	15493	4306	10453	21,9	27,8	41,2
1962	21927	16785	4592	12315	20,9	27,4	37,3
1963	23596	18090	4968	13844	21,1	27,5	35,9
1964	25416	20097	5432	16092	21,4	27,0	33,8
1965	28708	22540	5884	16738	20,5	26,1	35,2
1966	31840	25527	6354	19055	20,0	25,2	33,3
1967	36217	28522	6866	19558	19,0	24,1	35,1
1968	40750	31588	6706	22080	16,5	21,2	30,4
1969	44029	35278	6976	27057	15,8	19,8	25,8
1970	48254	38393	7159	35086	14,8	18,6	20,4
1971	53353	41507	7685	42803	14,4	18,5	18,0
1972	62058	47221	9711	49770	15,6	20,6	19,5
1973	71106	55250	8314	61255	11,7	15,0	13,6
1974	85179	64254	12026	71960	14,1	18,7	16,7
1975	104854	72832	13361	71191	12,7	18,3	18,8
1976	120878	82772	14830	80609	12,3	17,9	18,4
1977	130407	92947	16305	90773	12,5	17,5	18,0
1978	131138	98785	17682	92013	13,5	17,9	19,2
1979	132491	103795	18782	97067	14,2	18,1	19,3
1980	137228	109372	21127	111400	15,4	19,3	19,0
1981	145510	115058	18764	115970	12,9	16,3	16,2
1982	156334	123204	22203	...	14,2	18,0	...

Quelle: Deutsche Angestelltenversicherung 11/82; Statistisches Jahrbuch BRD - 1982 vorläufige Daten

Finanzen der Rentenversicherung (II) Der staatliche Zuschuß

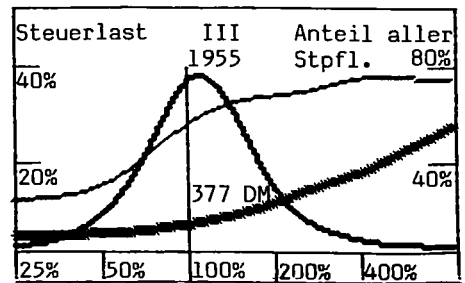
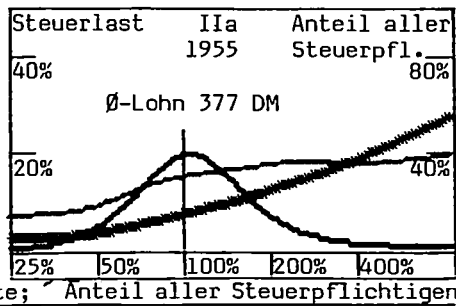
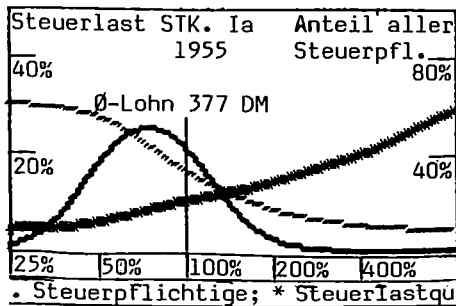
Die Begründung des staatlichen Zuschusses an die Rentenversicherung hat sich geändert. In die Gesetzgebung des Reiches wurde der staatliche Zuschuß als einheitlicher Grundbetrag für jede Rente eingeführt. Da die Steuerlast auf Lohn verglichen mit heute vor der Jahrhundertwende gering war, kann somit dieser Zuschuß als Erweiterung der den lohnarbeitenden Klassen verfügbaren Lebensmittel betrachtet werden.

Seit der Rentenreform von 1957 wird dieser Zuschuß begründet als Entschädigung der Versicherungsträger für Rentenbestandteile, für die die Rentenversicherung keine Beiträge erhalten hat. Zum Haushalt 1983 kündigte die Regierung an: "Die Bundesregierung wird aber gleich zu Beginn der neuen Legislaturperiode eine grundsätzliche Reform der Anrechnung und Bewertung aller Zeiten, die nicht auf eigenen Beiträgen beruhen und eine Solidarleistung sind, in die Wege leiten. Es ist vorgesehen, das geltende ... System der Anrechnung und Bewertung der Ersatz-, Unfall- und Zurechnungszeiten durch eine neue Konzeption abzulösen, die dem Prinzip der Beitragsgerechtigkeit der Renten besser entspricht." (sozialpol. informatio-

nen, 28.10.82)

Damit antwortet die Reaktion einer Forderung nach Verlagerung von Mitteln, die gegenwärtig für den Staatshaushalt eingetrieben werden, hin zur Rentenversicherung auf ihre Art. Denn nach den eingeführten Prinzipien kann bloß eine großartige Berücksichtigung der "wirklich Bedürftigen" Hauptergebnis der ins Auge gefaßten Reform sein: wer wenig eingezahlt hat, bekommt auch wenig zugerechnet. Beitrags- wie leistungsbezogen, Kapitalgerecht also.

Da das Lohnniveau angeblich mehr als hoch genug sei und "Umverteilungen" über die Rentenkassen im Grunde nicht gerechtfertigt und angesichts der hohen Steuerbelastung des Lohns einer "Umverteilung aus der einen in die andere Tasche" gleichkämen, drängen Reaktionen bereits seit den 60er Jahren in Richtung Beseitigung der öffentlichen Zuschüsse in Verbindung mit einer Streichung "nicht-beitragsentsprechender Rentenbestandteile". Für z.B. eine Entlastung bei der Lohnsteuer zugunsten der Finanzierung der Rentenversicherung haben diese "Entstaatlichungs"-Demagogen selbstverständlich nichts übrig.



Familienbesteuerung und Steuerklassen

In der Bundesrepublik Deutschland ist die Besteuerung der Lohnabhängigen von Anfang an auf das Widerlichste mit Familienpolitik verknüpft worden. Mittel dazu ist die Aufteilung der Steuerpflichtigen in Steuerklassen.

1949-1957: Die Steuerpflichtigen werden unterschieden nach:

Steuerklasse I: Alle ledigen Lohnabhängigen, die keine Kinderermäßigung erhalten.

Steuerklasse II: Alle verheirateten Lohnabhängigen, die keine Kinderermäßigung erhalten.

Steuerklasse III: Alle Lohnabhängigen, die Kinderermäßigung erhalten.

Bis 1955 wurden Ehefrauen, die auch lohnabhängig sind, ihrem Familienstand und ihrer Kinderzahl entsprechend besteuert, von 1955 bis 1958 grundsätzlich nach Steuerklasse I.

Mit dieser Aufteilung der Steuerklassen bezweckte die Bundesregierung vor allem, den "Familienlastenausgleich" über die Besteuerung abzuwickeln und so den Forderungen von Gewerkschaftsseite nach Kindergeldkassen, in die die Kapitalisten einzahlen und die Kindergeld auch für erste und zweite Kinder zahlen, entgegenzuwirken. Daneben wurde, wenn auch nicht in gleichem Ausmaß, der Zustand des Verheiratetseins gefördert. Die oben abgebildeten Schaubilder zeigen die Wirkungen dieses Steuersystems: Wie alle Freibeträge wirkt sich die Kinderermäßigung mit steigendem Einkommen immer stärker aus. Diejenigen, die so wenig verdienen, daß sie notgedrungen familienlos bleiben müssen, finanzieren diese Art Familienlastenausgleich durch eine höhere Steuerlast.

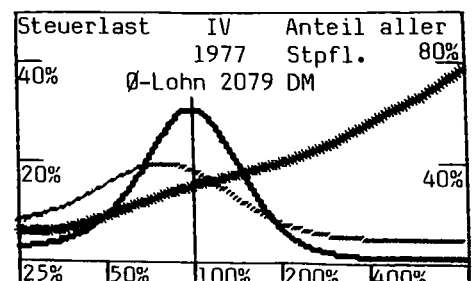
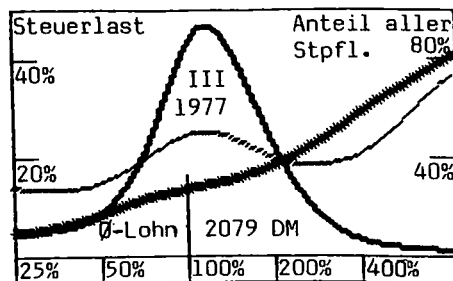
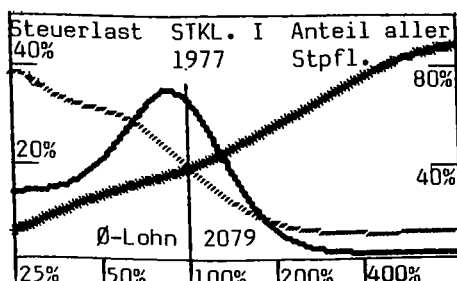
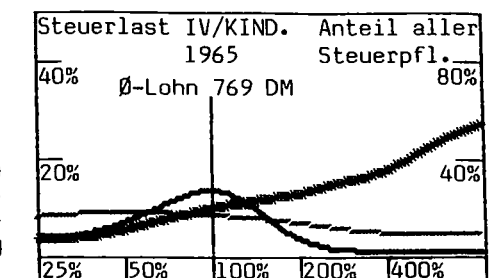
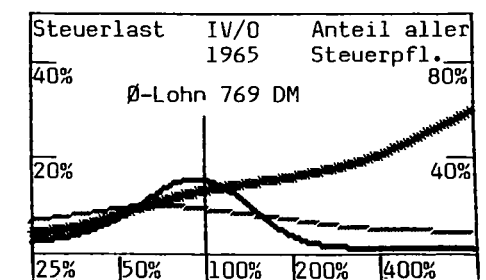
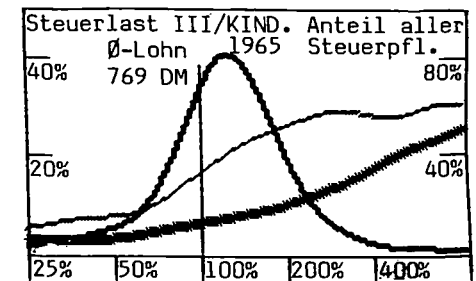
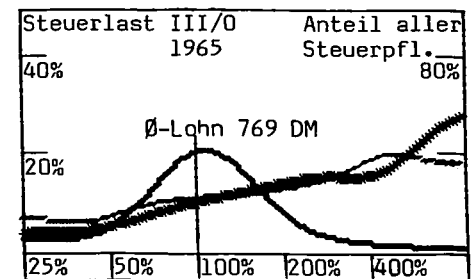
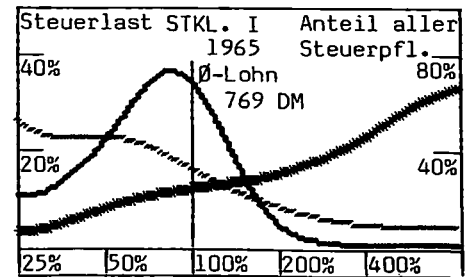
1958-1974 Die Bundesregierung hat das System der Steuerklassen erheblich verfeinert. Steuerklasse

I: Ledige, Steuerklasse II: Ledige mit Kindern, Steuerklasse III: Verheiratete, aber nur ein Ehegatte bezieht Arbeitslohn, Steuerklasse IV: Verheiratete, beide Ehegatten sind lohnabhängig, Steuerklasse V: Frauen, deren Ehegatten nach Steuerklasse III besteuert werden. Die Steuerklassen III und IV sind zusätzlich unterteilt in Steuerpflichtige mit und ohne Kinder.

Nach wie vor wurde der Familienlastenausgleich für Kinder über die Besteuerung geregelt. Zusätzlich wurde der Typus der klassischen Familie - Der Mann ist der Ernährer, die Frau versorgt Haushalt und Kinder - steuerlich gefördert. Hauptnutznießer sind, auch wenn sie keine Kinder haben, die Bezieher hoher Einkommen.

1975-1982: Mit der Steuerreform 1975 läßt die sozialliberale Koalition die Einteilung der Steuerklassen unberührt. Allerdings sind mit Einführung des Kindergeldes für alle Kinder die Kinderfreibeträge abgeschafft worden. Aus den untenstehenden Schaubildern ist ersichtlich, daß sich die Wirkungen des Ehegattensplittings voll entfaltet haben. Relativ zur Steuerklasse I ist der Ertrag durch das Splitting für Einkommen über dem Durchschnitt erheblich größer als 1965, dafür ist die Steuerlast vor allem für die Ledigen mit Löhnen, die um den Durchschnittslohn herum liegen, stark angewachsen.

Mit der Wiedereinführung des Kinderfreibetrages 1983 und noch vielmehr mit dem geplanten Familiensplitting will die CDU/CSU/FDP-Regierung alle familienpolitischen Instrumente der bisherigen Steuersysteme miteinander kombinieren und auf der Basis immens gestiegener Steuerlast zur Wirkung bringen.



Militarismus

Wehrkunde zur Einpaukung des vaterländischen Wehrwillens



Die Einführung des Wehrkundeunterrichts an allen Schulen sei unabdingbar, um den „jungen Menschen Sinn und Notwendigkeit der Landesverteidigung“ beizubringen, forderte Verteidigungsminister Wörner Anfang des Jahres. Die Reaktion plant eine große militaristische Kampagne an den Schulen, um den Schülern mit Noten- und Prüfungsdruck vaterländischen Wehrwillen einzubleuen. Die Kultusministerkonferenz am 16.3. soll die nötigen Beschlüsse dazu fassen.

Bundestagswahlen 1983

Politik der revolutionären Sozialisten und ihre Probleme

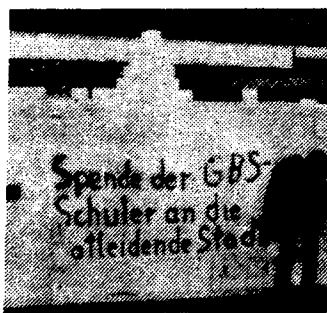
Alle revolutionär-sozialistischen Organisationen verfolgten im Bundestagswahlkampf das Ziel, einen Beitrag dazu zu leisten, die Absegnung der Ziele der Regierung Kohl/Genscher zu verhindern. Kohls „Aufschwung“ wurde von rund 56 Prozent der Wähler unterstützt. Die Strategien der verschiedenen revolutionären Organisationen – Wahlboykott, Wahlempfehlung für die

SPD, Wahlempfehlung für die Grün-Alternativen, Kandidatur als Wahlbündnis revolutionärer Sozialisten – waren unterschiedlich. Welchen Beitrag leisteten sie gegen die Anhangbildung des konservativen und liberalen Lagers; welche Stellungnahme gaben die Organisationen vor den Wahlen ab, und wie beurteilen sie jetzt ihre Politik, welche Konsequenzen wollen sie ziehen?



Ausbildung

Kapitalisten und Reaktion werden immer unverschämter



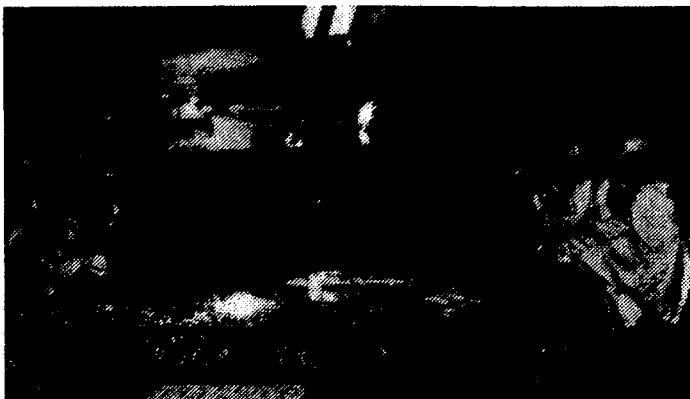
Führende Vertreter der Kapitalistenverbände haben Kohl versprochen, dieses Jahr 30000 zusätzliche Ausbildungsplätze bereitzustellen. Dieser kleine Tropfen auf den heißen Stein wird von der Reaktion groß verkauft. Die drei schleswig-holsteinischen Industrie- und Handelskammern fordern, die Ausbildungsvergütungen für zwei bis drei Jahre einzufrie-

ren. HDW Kiel entläßt zwei Auszubildende. Es wurden vorher „Auflösungsverträge“ abgeschlossen, die bei z.B. schlechten Berufsschulnoten Kündigungen im gegenseitigen Einvernehmen vorsehen. Kapital und Reaktion versuchen, einschneidende Verschlechterungen der Ausbildung und deren Bedingungen durchzusetzen.

Österreich

Steigende Arbeitslosigkeit verschärft Lohndruck und Verödung

Jahrelang galt Österreich als „Musterland“ hinsichtlich seiner geringen Arbeitslosigkeit. Diese ist auch begründet in einer der schlechtesten Arbeitslosenversicherungen der Welt und einer rabiaten Politik gegenüber den ausländischen Arbeitern. Obwohl die Arbeitslosenrate im Vergleich mit anderen westeuropäischen Ländern immer noch gering ist, hat sie sich in den letzten zwei Jahren mehr als verdoppelt, im Burgenland liegt sie bei 16%.



Politische Berichte

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten – erscheint vierzehntäglich, Preis 2,50 DM

Nachrichtenhefte

erscheinen vierzehntäglich mit acht verschiedenen Heften, Preis pro Heft 0,70 DM

- 01 Stahl- und Metallindustrie
- 02 Druckindustrie
- 03 Chemie und übrige Industrien
- 04 Handel, Banken, Versicherungen
- 05 Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr
- 06 Schul- und wehrpflichtige Jugend
- 07 Studierende Jugend
- 08 Kommunalverbände, Landwirtschaft und kleine Selbständige

Politische Berichte und Nachrichtenhefte werden herausgegeben von:

Zentrales Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

5000 Köln 1

Kamekestr. 19

Tel.: 0221/517376

Sie erscheinen im Verlag GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H.

5000 Köln 1

Kamekestr. 19

Tel. 0221/517457

Bezugsbedingungen:

Politische Berichte: Halbjahresabonnement inkl. Versand 36,- DM, Jahresabonnement inkl. Versand 72,- DM.

Politische Berichte sowie ein Heft Nachrichten: Halbjahresabonnement inkl. Versand 47,- DM, Jahresabonnement inkl. Versand 94,- DM.

Jedes weitere Nachrichtenheft: Halbjahresabonnement 9,- DM, Jahresabonnement 18,- DM.

Einzelabonnement Nachrichtenheft: Halbjahresabonnement inkl. Versand 14,- DM, Jahresabonnement inkl. Versand 28,- DM.

Jedes weitere Heft: Halbjahresabonnement 9,- DM, Jahresabonnement 18,- DM.

Bestellungen sind zu richten an:

GNN Verlagsgesellschaft
Politische Berichte m.b.H.

5000 Köln 1

Kamekestr. 19

Tel.: 0221/517457